D 20930E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 22
Mai '71 DM 1,20

dpa

Pakistan — ein preußischer Weg?

In unseren wie gewöhnlich wohl informierenden Publikationsorganen lesen und hören wir über die Ereignisse in Pakistan, daß die Motive der Kämpfenden zwar hinreichend bekannt seien, die Fronten aber nicht in gebräuchliche Schemata paßten und über den militärischen Stand der Dinge, wegen der Nachrichtensperre, im einzelnen Unklarheit herrsche. Kurzum — die Lage sei verwirrend, so recht eigentlich tragisch zu nennen und Mäßigung allseits empfohlen. Wie stets fast zeichnet sich die „freie Presse" durch sorgfältige kenntnisreiche Nachrichten und nicht weniger intelligente Kommentare aus: „In den schmutzigen Bengalenstädten legten Panzer ganze Stadtviertel nieder. Armee-Lastwagen karrten die Leichen zu schnell ausgehobenen Massengräbern, chinesische T-54 und amerikanische Weltkrieg-II-Panzer der pakistanischen Armee zerwalzten die Spuren" (SPIEGEL Nr. 15/71). Nur gut, daß dies nicht im sauberen Hamburg geschieht. „Mudschib konnte keinen Schritt zurück, seine ... aufgeputschten Landsleute hätten ihn gesteinigt. Hinter Jaha drängte der machtbesessene Bhutto und die Falken der Pandschabi-Militärkaste, die den geschwätzigen Bengalen zu gern über Kimme und Korn zeigen wollten, wer der wahre Herr im Lande ist" (SPIEGEL Nr. 14/1971). Sehr detailliert, humorvoll und spannend ist die Geschichte dort geschildert — nicht wahr? Und wie verwirrend ist es doch, daß der Russe die Bengalen, der Chinese die westpakistanischen Herrscher, Indien wiederum Ostpakistan und die USA wie Großbritannien (seligen Angedenkens) scheinbar keinen unterstützen, die sozialistische Linke hierzulande schweigt und das „juste milieu" in der Besorgnis um „die Humanität" verkündigt: seht, hier stimmen die „Ideologien" nicht, hier geht es nur um den Menschen, um menschliches Leid. Aber ach: Indien (das westliche Indien!) hat sich „in einer zweifellos übertriebenen Propagandakampagne zum Anwalt der ostpakistanischen Sezessionisten (sic!) gemacht". Was kann nur „die 'kanonenbootpolitisch' so erfahrene Sowjetunion dazu veranlaßt (haben), die pakistanische Militärregierung in dieser Weise zu attackieren?" (Frankfurter Rundschau, 15. 4. 71). Was kann nur eine liberale Zeitung veranlassen, so zu berichten? Sicherlich nicht die „engen und freundschaftlichen Wirtschaftskontakte zwischen der Bundesrepublik und Pakistan". Nein, es muß etwas Höheres sein. — Gern hätten wir etwas über die ökonomische Herrschaftsstruktur, die politische Organisation, die internationalen Beziehungen Paki-

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe:

Kommentare
Gert Schäfer: Pakistan — ein preussischer Weg? 1
Peter C. Walther: Die Kampagne gegen Steffen 4
Heiner Halberstadt: Diskussion mit Hauptleuten? 4

Parteien
Arno Klönne: Zur Diskussion über die Strategie der Sozialisten in der SPD 5

Ökonomie
Hagen Kühn: Konjunktur in der BRD 7
Paul Mattick: Amerikas Krisenpolitik 11

International
Zur griechischen Situation - Interview mit einem griechischen Kommunisten 14
Jürgen Ostrowsky: BRD-Imperialismus und Südafrika (II.Teil) 17

Gewerkschaften
Eva Brumlop: Anpassung oder gewerkschaftliche Gegenoffensive? Zur Reaktion der britischen Linken 20

Schule
Herbert Stubenrauch: Rote oder rechte Schulreform? 21

Modelle
Selbstdarstellung der AG Sozialpolitischer Arbeitskreise 23

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postf. 591 PSK: Frankfurt/M. 295680

Informationen

Axt an die Leistungsgesellschaft

DÜSSELDORF: Die Leistungsfähigkeit der industriellen Betriebe in der Bundesrepublik ist nach Ansicht der Unternehmer nicht nur durch übermäßigen Kostendruck und finanzielle Auszehrung bedroht. Auf der Jahrestagung der Industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein Westfalens erklärte deren Vorsitzender, Friedrich A. Neumann, die Unternehmer stellten sogar eine „ausgesprochene Kampagne gegen das Leistungsprinzip" fest, an der sich führende Pädagogen, Soziologen und Futurologen beteiligten. Wenn sich dieses Denken ausbreite, werde „die Axt an die geistigen Wurzeln der Leistungsgesellschaft" gelegt, sagte Neumann. Die Ideologie mache nicht mehr Halt vor jenen Bereichen, in denen es nicht um Politik, sondern ausschließlich um praktische wirtschaftliche Vernunft gehe.

Gute Bilanz 70 für Unternehmen

Das Pendel zugunsten der Unternehmergewinne schlug auch im Jahr 1970 kräftig aus. Obwohl die Beschäftigung in der Industrie gegenüber 1969 nur um 4,9 vH zugenommen hat, wurde damit ein um 14,8 vH höherer Gesamtumsatz erreicht. Der Umsatz je Beschäftigten stieg um 8,9 vH.

Die ungleiche Vermögensverteilung zeigt sich in den Brutto- und Nettogewinnen der Unternehmer und in den Brutto- und Nettoeinkommen der Lohnabhängigen. Während die Bruttoeinkommen der Unternehmer nur um 5,8 vH gegenüber dem Vorjahr stiegen, wuchsen die Nettogewinne um 8,6 vH an. Genau umgekehrt ist die Entwicklung bei den Lohnabhängigen: Hier stiegen die Nettoeinkommen (14,7 vH) langsamer als die Bruttoeinkommen (17,6 vH).

Die an sich geringe Steigerung der Profite gegenüber den Löhnen gibt freilich ein falsches Bild, da in den Gewinnen alle 2,9 Millionen registrierten Selbständigen erfaßt sind, auch die mit geringem Einkommen. So verfügen 75 Prozent aller Selbständigen nur über ein Monatseinkommen unter 1800 DM (15,4 vH haben unter 600 DM, 14,5 vH haben zwischen 600 und 800 DM, 25,6 vH verdienen zwischen 800 und 1200 DM).

Politik mit Inseratensperre

Niemand gebe heute den Unternehmern mehr „das Gefühl, mit Anstand Millionär zu sein". So wehklagt die Zeitschrift „Capital". Schuld daran sei auch die „unternehmerfeindliche Regierung Brandt".

Um den Millionären und Milliardären leidige Kritik zu ersparen, hat ein „Frühstückskartell" der Industriellen- ApO beschlossen, Zeitungen, die sich nicht deutlich zu den Prinzipien der freien Marktwirtschaft bekennen, mit Inseraten auszuhungern.

Die Illustrierte „stern" soll im Jahre 1970 schon rund 150 Anzeigenseiten eingebüßt haben. Führende Industriefirmen haben 100 Millionen DM zusammengekratzt, um unter der Leitung des von Augstein zu Springer übergelaufenen Chefredakteurs Claus Jakobi ein neues Magazin als Konkurrenz zum „Spiegel" aus der Taufe zu heben.

Marx unter Theologen

Vatikanische Theologen prüfen derzeit ein marxistisches Dokument, das von der römisch-katholischen Synode der Diözöse Südtirol verabschiedet wurde. In dem angenommenen Antrag wird behauptet, daß die marxistische Theorie Gott letztlich wohlgefälliger sein dürfte als der Kapitalismus: „Unsere Gesellschaft begeht eine schwere Sünde gegen die Pläne Gottes dadurch, daß sie das Kapital in den Mittelpunkt aller Dinge stellt und den Menschen unter das Gesetz des Profits unterordnet. Die marxistische Philosophie hingegen scheint den Plänen Gottes mehr zu entsprechen als die kapitalistische Gesellschaft."

Israels „Jusos" gegen Golda Meir

JERUSALEM: Die Jugendorganisation der regierenden Israelischen Arbeiterpartei hat in einer Resolution im Gegensatz zur erklärten Politik des Kabinetts Golda Meir das Recht der auf dem israelisch besetzten Westufer des Jordans lebenden Palästinenser auf Eigenstaatlichkeit anerkannt. In der Resolution hieß es: „Es ist Raum für zwei Nationen im historischen Land Israel." Die 600 000 Araber im besetzten Westjordanien hätten das Recht auf Selbstbestimmung als Palästinenser. Mit der Verabschiedung der Resolution wurde eine dreitägige Konferenz der israelischen „Jusos" beendet.

In eigener Sache

Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro

Der letzten Nummer von „links" haben wir jeweils ein Exemplar unserer neu erschienenen Thesen „Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik" beigefügt. Inhalt: Die Entwicklung des Kapitalismus nach 1945 — die internationalen Rahmenbedingungen — Entwicklungstrends; zur Situation in der Bundesrepublik; Ansätze sozialistischer Strategie in der BRD: Prinzipielle Annahmen — Aufgaben — das Verhältnis sozialistischer Gruppen zu Institionen, zu Regierung, Parlamentarismus, Wahlen und zu den Gewerkschaften — das Verhältnis zu sozialistischen Staaten — das Verhältnis sozialistischer Gruppen untereinander — Anmerkungen zur Organisationsfrage; zu Arbeit und Ziel des Sozialistischen Büros. Die Thesen sollen der Vorbereitung erweiterter Kooperation von Sozialisten in der Bundesrepublik dienen, die wir in Zukunft auch durch organisatorische Vorschläge vorantreiben wollen. Das erhebliche Interesse, das die Thesen ausgelöst haben, zeigt uns, daß der Text für viele eine Hilfe zur Selbstverständigung sein kann, auch wenn zunächst nur teilweise Übereinstimmung mit seinem Inhalt besteht. Wir schlagen deshalb vor, die Thesen in den jeweiligen Gruppen und Zirkeln zu diskutieren. Weitere Exemplare können noch beim Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, bestellt werden (Preis 2,— DM, ab 10 Stück 50 % Preisermäßigung). Diskussionsbeiträge zu unseren Thesen wollen wir ganz oder auszugsweise entweder in „links" oder in einer gesonderten Broschüre nach der Sommerpause abdrucken. Wir bitten deshalb um Beiträge bis zum 31. Juli.

Zur Finanzierung der Druckauflage benötigen wir den erbetenen Solidaritätsbeitrag von 2,— DM je Broschüre. Aus den Abonnementsgebühren konnten wir die Kosten nicht bestreiten. Bitte, vergessen Sie deshalb nicht, uns den Betrag bald zu überweisen. (Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 610 41; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 1/741269/5).

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Pakistan - ein preußischer Weg?

stans, Genaueres über das Verhältnis West- zu Ostpakistan gelesen und gehört. Vielleicht würde dann die „Verwirrung" sich entwirren. Fangen wir mit den außenpolitischen Manövern an:

Es ist ein Gemeinplatz, daß auf dem indischen Subkontinent wie anderswo innergesellschaftliche Gegensätze und Fronten durch außenpolitische Bündnisse und Manöver überlagert werden. Seit vielen Jahren zeigt sich eine partielle Zusammenarbeit zwischen Indien und der Sowjetunion einerseits, China und Pakistan andererseits, während die USA und in ihrem Gefolge Großbritannien sowohl zu Indien wie zu Pakistan aus ökonomischem Interesse und aus militärstrategischen Erwägungen gute Beziehungen pflegen. Die entgegengesetzten Parteinahmen Chinas und der S. U. zum pakistanischen Bürgerkrieg spiegeln diese Fronten ebenso wider wie die offizielle Zurückhaltung der USA und Großbritanniens. Letztere wollen nämlich weder mit ihren ökonomischen Alliierten in Westpakistan, noch mit ihren indischen Freunden ins Gehege kommen; deshalb schweigen sie. Einzig Indien ist am Auseinanderbrechen Pakistans unter allen Umständen interessiert; deshalb unterstützt es die ostpakistanische Autonomiebewegung. Die Sowjetunion wie China aber versuchen, ihre Einflußbereiche zu bewahren. Das einzige, was hier verwirrend anmuten könnte, ist die Außenpolitik Chinas, soweit sie das Verhältnis zu den inneren Kämpfen Pakistans betrifft.

Offensichtlich hat China die Wege traditioneller Macht- und Bündnispolitik nach außen eingeschlagen. Die jüngste diplomatische Annäherung an die USA, an Persien (das heißt an „ideologisch" aus berechtigten Gründen heftig bekämpfte Länder) deutet darauf nicht weniger als die Politik gegenüber Pakistan hin. Diese chinesische Politik trägt die Züge nun schon traditioneller Außenpolitik des „Sozialismus in einem Lande". Weltmachtpolitische Interessen überlagern und verdrängen — aus ökonomischen und militärstrategischen Gründen — die Parteinahme in inneren Klassenkämpfen. Die chinesische Strategie in den pakistanischen politischen Auseinandersetzungen gleicht aufs Haar der Stalinschen Politik gegenüber China in den 20iger, 30iger und 40iger Jahren: ein reaktionäres Regime, getragen von quasifeudalen Großgrundbesitzern, einer Kompradorenbourgeoisie und „modernisierenden" zivilen und militärischen Bürokratien, wird aus außenpolitischen Interessen gestützt; sozialistische und kommunistische Parteien werden gespalten, Aufstände und Klassenkämpfe der armen Bauern sowie des ländlichen und städtischen Proletariats bleiben führerlos und im Stich gelassen. Eine makabre Farce ist es nur, daß China in diesem Fall offenbar die reaktionäre Partei der Großgrundbesitzer und Generale unterstützt, während der „Chiang-Kai-Sheikh" Pakistans und seine „Awami League", Sheikh Mujibur Rehman, also der Repräsentant der ostpakistanischen Befreiungsbewegung, sich der verbalen Unterstützung der SU erfreut.

Pakistan ist eines der zahlreichen Länder, in dem ökonomische Entwicklungen und Klassengegensätze durch „nationale" Konflikte und Herrschaftsstrukturen verzerrt und geprägt werden. Der Industrialisierungsprozeß Westpakistans zeigt jenes Gesicht, das Lenin einmal als „preußischen Weg" charakterisiert hat. Die „Preußen" des indischen Subkontinents, die westpakistanische Herrscherklasse von feudal-kapitalistischen Großgrundbesitzern und Industriellen, gestützt auf eine Armee beträchtlicher Größe, auf eine autoritär „modernisierende" Staatsbürokratie sowie vornehmlich auf anglosächsisches Kapital, unterdrücken nicht nur ihre eigenen, zum großen Teil in noch feudaler Abhängigkeit lebenden Untertanen, sondern darüber hinaus die kulturell und politisch entwickelteren Ostbengalen kraft militärischen Zwangs und direkter ökonomischer Ausbeutung.

Seit dem Sturz des Diktators Ayub Khan herrschen in Pakistan offene Klassenkämpfe. In den Ereignissen vom Oktober 1968 bis zum März 1969, durch eine Studentenrevolte in Dacca eingeleitet und durch einen in den städtischen Zentren weithin befolgten Generalstreikaufruf zum Höhepunkt eines Massenaufstands gegen die Militärdiktatur geführt (gekennzeichnet durch Fabrikbesetzungen und militante Streikwellen, die bis zum heutigen Bürgerkrieg nicht verebbten), ist das ökonomisch-politische Gefüge Pakistans durcheinander gewirbelt worden. Belagerungszustand, angewandte Notstandsgesetze, die Machtübernahme des Generalstabchefs Yahya Khan und sein beschwichtigendes Versprechen allgemeiner Wahlen konnten die Revolte nicht ersticken, die Flutkatastrophe im Oktober 1970 sie nicht ertränken. Die Spontaneität der Massenbewegung war für die Ergebnisse ganz ebenso kennzeichnend wie das Versagen der sozialistischen Parteien, sich an die Spitze der Revoltierenden zu setzen.

1967 war die oppositionelle 'National Awami Party' (NAP), eine „Volksfrontkoalition" von Liberalen, Sozialdemokraten, nationalistischer Bourgeoisie und Stalinisten, in einen außenpolitisch prosowjetischen und pro-chinesischen Flügel zerfallen. Die prochinesische Partei unterstützte — von China angehalten — die Diktatur Ayubs aus den oben genannten Gründen. Die pro-sowjetische Partei verfolgte den Weg „parlamentarischer Demokratie" und wurde von den Massenaufständen überrascht. Wie die korrupten Gewerkschaften versuchte sie natürlich, die Massen zu beruhigen, um

Sheik Mujibur Rehman

nicht in ihrer Kuomintang-Bündnispolitik gestört zu werden.

In das entstandene Machtvakuum stieß die „Volkspartei" Zulifikar Bhuttos, eines nationalistischen Demagogen und Repräsentanten der mittleren und kleinen Bourgeoisie Westpakistans. Angesichts der hochmonopolisierten Industrie Westpakistans wurden die mittlere und kleine Bourgeoisie der Städte wie die bäuerlichen „Kulaken" in Opposition zum Ayub-Regime getrieben und strebten politisch eine „repräsentative Regierung" an, um die Macht der Oligarchie konterkarieren zu können (es gibt ungefähr 6000 Großgrundbesitzer in Westpakistan, dessen Industrie in den Händen von 22 Monopolisten ist, die 66 % der industriellen Anlagen, 70 % der Versicherungen und 80 % der Banken kontrollieren, ihrerseits „beraten" von britischen und US-amerikanischen „advisers"; 32 % der Entwicklungsausgaben sind vollkommen von „Auslandshilfe" abhängig). Wie sich versteht, denkt diese „Volkspartei" nicht daran, die kolonialen Ausbeutungsverhältnisse gegenüber Ostpakistan aufzuheben. In dem Augenblick, da die „repräsentative Regierung", der Bevölkerungszahl entsprechend, durch die ostpakistanische „Awami League" nach parlamentarischen Regeln gestellt werden konnte, verbündeten sich Oligarchie und „Volkspartei" des Westens, um in einem blutigen Unterdrückungsfeldzug den ostpakistanischen „Heloten" Raison zu lehren. Rassistische Begründungen ließen nicht auf sich warten: die Ostbengalen sind „klein und schwächlich, sie können nicht kämpfen". Leider besteht kein Zweifel daran, daß vorgeblich demokratische und sozialistische Kräfte in Westpakistan dieses Herrenvorurteil weithin teilen und folglich dem Vernichtungs- und Disziplinierungsfeldzug keine nennenswerten Hindernisse in den Weg stellen werden.

In Ostpakistan wird die nationale Befreiungsbewegung durch Sheikh Mujibur Rehman und die „Awami League" repräsentiert. Sie kann sich auf eine breite Koalition stützen, da selbst die ostpakistanische industrielle und agrarische Bourgeoisie, deren Repräsentant Rehman ist, sich gegen die westpakistanischen Unterdrücker empört hat (in Ostpakistan gibt es keinen feudalen Großgrundbesitz). Im Gegensatz zu Westpakistan hat Ostbengalen eine kämpferische antifeudale und demokratische Tradition. Der Kampf um Pakistan war dort ein Kampf der Moslem-Bauern gegen die Hindu-Großgrundbesitzer und Wucherkapitalisten gewesen. Westpakistanische Unternehmer, im Verein mit Armee und Staatsbürokratie, haben das Land ausgebeutet, die Gewinne nach Westpakistan transferiert und dort die Kapitalakkumulation vorangetrieben. Hungersnöte, Verelendung der ländlichen und städtischen Massen rufen den Weg der westeuropäischen kapitalistischen Akkumulation ins Gedächtnis. Der westpakistanische Weg der Industrialisierung, die Koalition des „feudalen Kapitalismus" von Großgrundbesitz, industriellen Monopolherren, kapitalisierender und unterdrückender ziviler und militärischer Bürokratie, samt nationalistisch-rassistischem kleinbürgerlichem Anhang, ist uns aus der preußisch-deutschen Geschichte vertraut. Hinzu gesellen sich die imperialistischen Spießgesellen der „freien Welt" und die Großmachtpolitik der Hegemonialmächte. So hübsch ist die „Verwirrung" geknüpft. Zur Stunde (15. April) wissen wir nicht, wie der Vernichtungsfeldzug der pakistanischen militaristischen Herrscherklasse enden wird. Eines aber wissen wir mit Sicherheit: alle werden sagen, es seien tragische Ereignisse — leider — gewesen, und jeder wird seine „strategischen Notwendigkeiten" ins Feld führen. Sieht so die Niederschlagung von „Kommuneaufständen" auch in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts aus?

GERT SCHÄFER

Soeben neu eingetroffen:

Marx-Arbeitsgruppe Historiker, Berlin: Zur Kritik der politischen Ökonomie. DM 4,50 zuzüglich Versandkosten; für Schulungsgruppen ab 10 Stück Stückpreis DM 4,—. Bestellungen an Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Die Kampagne gegen Steffen

Der „Wahlkampf" zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein — bei Erscheinen dieser Nummer schon entschieden — fand nicht in den üblichen Bahnen statt. Die Wahlagitation ging über die geläufige Persil-Werbung hinaus, wenngleich sie auf der rechten Seite nur bekannte Emotionen anfachte und scheinbar keine politischen Inhalte verkündete.

Doch die Emotionen hatten deutlicher als sonst einen realen politischen Hintergrund. Alles, was rechts von der Mitte an Meinungsmache aufzubieten war, führte eine bundesweite Kampagne gegen den SPD - Spitzenkandidaten Joachim Steffen — damit einen Vorgeschmack darüber gebend, was hierzulande möglich und zu erwarten ist, wenn es für die Mächtigen einmal wirklich um entscheidende Dinge gehen sollte.

Noch prononcierter als die CDU, die zwischen Nord- und Ostsee einen ihrer Erbhöfe verteidigte, führten die Produkte des Springer-Konzerns und die von ihm beeinflußten Provinzblätter den „Wahlkampf" gegen Steffen, so daß es schon hieß, logischerweise hätten Boenisch und Springer an Stelle des Krupp-Direktoren und CDU-Spitzenkandidaten Stoltenberg kandidieren sollen. Doch — gehupft wie gesprungen.

Springers Blätter kolportierten seitenlange Angriffe gegen Steffen. Für „Welt"-Chefredakteur Kremp ging es gegen „den Ulbricht-Deutschen". „Bild" verkündete per Schlagzeile: „Dieser Mann schadet uns allen!" und „Bild"-Chef Boenisch dekretierte: „Eine Gefahr für die Gesellschaft" und forderte dazu auf, diesen Steffen „zur Hölle zu schicken". Schlägertrupps und Morddrohungen ließen denn auch nicht lange auf sich warten. Die Maske der bürgerlichen Reputation fiel. Pogromstimmung wurde, wie vor dem Attentat auf Rudi Dutschke, systematisch angeheizt.

Mit der Intimfeindschaft Springer-Steffen — hervorgerufen durch einige treffende Feststellungen Steffens über die Rolle des Neo-Hugenberg an Spree und Elbe — läßt sich das allein nicht erklären. Dahinter steckte — und steckt — mehr. Die Anti-Steffen-Kampagne entpuppt sich als Fortführung der Verteufelungskampagne gegen die Jungsozialisten, die weniger die Jusos treffen, als vielmehr die Bonner SPD/FDP-Koalition auf die vom Großkapital gesteckten Grenzen hinweisen (Keine „sozialistischen" Experimente!) und die SPD mit Hilfe des linken Buhmanns weiter nach rechts treiben soll.

Mit dem Feuer gegen Steffen ging es auch um jene Kräfte in SPD und Gesellschaft, die potentiell dem Kapital Schwierigkeiten machen könnten. Nach den Stimmenverlusten der SPD-Rechten in Westberlin, nach den trotz kräftiger publizistischer Schützenhilfe nur knappen Abstimmungserfolgen Vogels in München, nach dem Stimmenzuwachs des halblinken Dröscher in Rheinland-Pfalz sollte ein Stimmenzuwachs Steffens verhindert werden, denn er brächte möglicherweise den systemstabilisierenden Anti-Links-Trend in der SPD in Schwierigkeiten.

Natürlich ging es auch um die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Eine SPD-FDP-Koalition in Kiel würde die 21:20 Mehrheit der CDU/CSU-geführten Länder im Bundesrat brechen.

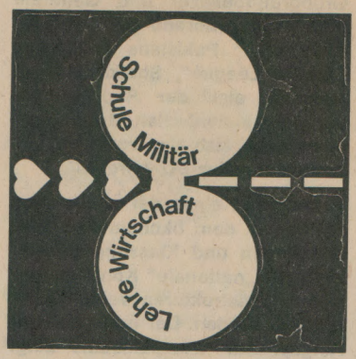
Politik, wenn sie entpolitisierte Menschen beeinflussen soll, lebt von dumpfen Emotionen und Personalisierungen. Also wurde der radikale Reformist Steffen zur „roten Gefahr" hochstilisiert, um mit ihm alle progressiven Tendenzen in der Bundesrepublik zu treffen. Diese Personalisierung bekam dadurch ihr Eigengewicht. Ganz gleich, was Steffen sagt oder tut, ganz gleich auch, ob das überhaupt sozialistisch ist (was es in der Regel nicht ist), durch die Polarisierung wird es einfach dazu — zumindest in der Vorstellung vieler Menschen, und auch das hat wiederum seine realen Auswirkungen.

PETER C. WALTHER

Diskussion mit Hauptleuten?

In der Bundeswehr regt sich die Sorge, „daß unter den gegenwärtigen Bedingungen ihr Auftrag nicht mehr durchgeführt werden kann." Dreißig Hauptleute der 7. Panzergrenadier-Division haben in einer Denkschrift diese „Sorge" artikuliert. Sie schrieben, die Notwendigkeit der Verteidigung würde von der Mehrheit der „Staatsbürger in Uniform" nicht mehr anerkannt, die „wahre Zielsetzung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes" verharmlost, mit der Auswirkung, daß das „Bewußtsein von der Gefährdung und damit der Wehrwillen" verloren gehe.

Die Hauptleute dagegen geben an, daß sie dieses Bewußtsein noch haben und die daraus resultierenden Konsequenzen noch sehen. Sie sind „alle in der Demokratie aufgewachsen und haben diese als bestmöglichste Staatsform erkannt", sie sehen den Schutz der Bundesrepublik als ihre Aufgabe an. Für sie hat sich an der „Aggressivität" der Sowjetunion nichts geändert; sie glauben daran, daß gemäß Lenin die Weltrevolution nach wie vor das eigentliche Ziel der Sowjetunion ist. Dieses schlichte Weltbild der Hauptleute, die doch durchweg jung und intelligent sind, ist ohne Zweifel eine Diskussion darüber wert, wie es sich auflösen läßt.



eingereiht durchgedreht paßt

Flugblatt des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer

Die Bundeswehr hatte seinerzeit die Aufgabe, der politischen Zurückdrängung des Kommunismus militärisches Gewicht zu geben. Dementsprechend wurde ihren Führungskadern unter wesentlicher Mithilfe der Offiziere aus Hitler's Wehrmacht ein entsprechendes Feindbild oktroyiert. Der alles beherrschende Antikommunismus, Geburtspate der Bundesrepublik, ergab keinen äußeren Anlaß zur inneren Diskussion. Im Adenauer-Staat schien so alles zu stimmen. Jetzt aber erleben diese jungen Offiziere, die mit solchem Feindbild aufgewachsen sind, daß die westdeutschen Minister serienweise in „den Osten" fahren, Verträge abschließen und den „Feinden" die Hände schütteln. Auch hat der „Feind" — wie sie ihn zu sehen gewohnt sind — im eigenen Land Fuß gefaßt, äußert sich im Denken und Handeln ihrer Rekruten; sie verweigern die Disziplin, diskutieren über Befehle und fragen nach dem Sinn des Unternehmens Bundeswehr. Wie ist da der „Kampfauftrag" noch zu realisieren? In höchster Not springt den Offizieren der Bundeswehr Helmut Schmidt bei. Er sagte zu seinen Kommandeuren: „Wir erleben eine von mir mißbilligte polemisch - polarisierende Politisierung der Gesamtgesellschaft und die strahlt natürlich vielfältig auf die Truppe aus . . .

Und wenn Sie innerhalb des eigenen Landes einen Blick über den Zaun werfen; gucken Sie sich die Zustände an den deutschen Gymnasien an, gucken Sie sich an, was auf den Universitäten los ist". Allerdings verweist er dann gleichzeitig auf die Wirkung von Vietnam, auf die „tiefgreifenden seelischen Konsequenzen der Einsicht, daß der Krieg in Vietnam im Grunde genauso grausam wie nutzlos ist."

Haben wir eigentlich die Struktur und Funktion der Bundeswehr, dieses Vehikels kapitalischer Machtsicherung und Machterweiterung nach innen und außen, bei unseren strategischen und taktischen Überlegungen genügend bedacht? Mit einer verbalen Ablehnung und der stereotypen Forderung nach Einschränkung des Rüstungshaushaltes ist es sicher allein nicht mehr getan. Das verkrampfte Fordern junger Offiziere nach Aufrechterhaltung ihres eingeübten Feindbildes, umgeben von aufbrechenden gesellschaftlichen Widersprüchen, die sich auch unter den Bedingungen der Bundeswehr ausdrücken, sollte uns aufmerksam machen. Da steht nun die Bundeswehr, bis kurz vor dem Sprengkopf der Atomrakete, und man fragt immer nachhaltiger in dieser Institution: was man eigentlich verteidigen soll. Brecht sagte: „General dein Tank ist stark, aber er hat einen Fehler. In ihm sitzt ein Mensch, dessen Kopf kann denken." Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Hauptleute und viele jungen Offiziere richtig denken, d. h. gesellschaftlich analysieren lernen können. Wenn die Waffe des Gegners (in direktem Sinne des Wortes) durch diejenigen, die sie handhaben sollen, stumpf wird, sollte man nachhelfen. U. a. könnte man mindestens linke Schriften nach erweiterter Adressenliste vertreiben. Die Unterstützung der Wehrdienstverweigerung ist nur eine Seite unseres Verhältnisses zur Bundeswehr. Wenn die im Jahre 1971 zu erwartenden 20 000 Kriegsdienstverweigerer eine Bewegung: „Tragt die Diskussion in die Bundeswehr" auslösen würden, so wäre das von einiger Konsequenz.

Immerhin haben zu allen Zeiten auch Teile des Militärs bei gesellschaftlicher Veränderung mitgewirkt, sind in den revolutionären Prozeß miteinbezogen worden. Das geschah nie von ungefähr.

HEINER HALBERSTADT

Recht der Kriegsdienstverweigerung. Handbuch für die gesamte Praxis der Kriegsdienstverweigerung. Mit allen seither erschienenen Ergänzungslieferungen einschließlich Porto DM 15,—. Verband der Kriegsdienstverweigerer, 7 Stuttgart 13, Postfach 131026.

Wolfgang Sofsky: Sozialismus — die konkrete Utopie. Versuch eines sozialistischen Modells. Hektographiert, ca. 30 Seiten DM 2,—. Bücher- & Papervertrieb.

Zur Diskussion über die Strategie der Sozialisten in der SPD

Arno Klönne

Unter dem Titel „Das Ende der Doppelstrategie?“ haben sich Hansgeorg Conert und Gert Schäfer in der April-Ausgabe von „links“ mit der Situation der Sozialisten in der SPD, speziell der Jungsozialisten beschäftigt. Das Fragezeichen hinter dem Titel ihres Beitrags hat offenbar rhetorischen Charakter; Conert und Schäfer meinen, daß der Versuch, sozialistische Positionen in der SPD aufzubauen, gescheitert sei, – daß dieser Versuch im übrigen auch von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen sei. Die Durchsetzung Vogels in München, die Maßnahmen des SPD-Parteivorstandes gegen die Jungsozialisten und der Beschluß der Führungsgremien der SPD über das Verhältnis zu den Kommunisten erweisen, so muß es dem Leser des besagten Artikels erscheinen, das Desaster der „JUSO-Strategie“; Sozialisten, die angesichts dessen immer noch in der SPD arbeiten, verschwenden ihre Zeit – so etwa läßt sich die Konsequenz des Artikels zusammenfassen.

Bemerkenswert ist hier zunächst ein gewisses Defizit an Information, das die Verfasser zu einer Darstellung der Situation in der SPD führt, die dem Tatbestand nicht entspricht. Wie auch immer man die Strategie der Sozialisten in der SPD beurteilen mag, – sicher ist zunächst einmal, daß die eben erwähnten Vorgänge in der SPD zur Zeit keineswegs die innerparteiliche Ausschaltung sozialistischer Gruppierungen zur Folge haben. Die Linke in der SPD, in sich gewiß zur Zeit eine diffuse und, was die innerparteilichen Kräfteverhältnisse angeht, noch relativ schwache Strömung, ist dennoch alles andere als „geschlagen“. Um einige Beispiele zu nennen: Die Auseinandersetzung in der Münchener SPD, von Vogel ins Spektakuläre gewendet, ist ihrem politischen Gehalt nach keineswegs im Sinne Vogels beendet, im Gegenteil, sie wird nun offensichtlich politischer. Der Versuch, Jungsozialisten durch lokale Verfahren aus der Partei zu drängen, ist kaum zu Erfolg gekommen. N a c h den Vorgängen, die Conert und Schäfer als Schlußstein einer erfolglosen Juso-Strategie werten, hat eben jene Richtung, die man nicht ganz zutreffend mit dem Stichwort „Juso“ zu benennen pflegt, in einer Reihe von Ortsvereinen und Unterbezirken der SPD die Majorität für sich gewonnen, und zwar durchaus nicht im Unterwanderungsverfahren, sondern nach offener innerparteilicher Richtungsdebatte. Orientierungspunkte der Linken in der SPD, wie beispielsweise publizistisch die „Berliner Blätter“, weiten ihr Wirkungsfeld aus und gehen nun auch zu theoretisch profilierten Diskussionen über. Bei den Wahlkämpfen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sind unter Dröscher und Steffen zum Teil politische Positionen vertreten worden, die linke Strömungen in der SPD signalisieren.

Dies alles ist kein Grund zur Euphorie, aber es zeigt immerhin, daß die Linke aus der SPD nicht verdrängt ist und sich auch nicht in den innerparteilichen Untergrund hat verdrängen lassen. Eben diese partiellen Fortschritte der Linken in der SPD sind es (mehr noch, als das Nachlassen des Drucks der APO), die die Gegner sozialistischer Positionen außerhalb und innerhalb der SPD zu härterer und konzertierter Reaktion veranlassen.

Den Sozialisten in der SPD kommt zur Zeit zugute, daß sie, anders als frühere linke Zirkel in oder am Rande der SPD, die Situation dieser Partei und zugleich die Chancen der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik relativ illusionslos betrachten. Die jeder Realität entfremdete Hoffnung, die SPD im Zugriffsverfahren oder durch „Führungswechsel“ in eine sozialistische Partei umfunktionieren zu können (übrigens nur eine Variante insgesamt illusionärer Erwartungen einer kurzfristig in Gang zu bringenden sozialistischen Massenpartei oder -Bewegung in der Bundesrepublik), mußte im Falle der sicheren Ent-Täuschung zwangsläufig in Resignation oder in folgenlose, scheinradikale Hektik umschlagen ... Wichtiger als die Korrektur der Situationsschilderung, die Conert und Schäfer zur SPD geben, ist allerdings die Frage, ob denn die Aktivität von Sozialisten in der SPD überhaupt einen positiven Stellenwert für die linke Bewegung haben könne. Conert und Schäfer beantworten diese Frage offensichtlich negativ. Die Begründung, die sie dafür liefern, ist freilich, ganz im Unterschied zu den analytischen Abschnitten ihres Artikels, recht knapp ausgefallen. Um die wichtigsten Argumente von Conert und Schäfer hier noch einmal kurz in Erinnerung zu rufen: Die Führungsgremien der SPD haben einen irreversiblen Prozeß der bürokratischen Verselbständigung hinter sich. Diese Führungsgremien nutzen die SPD als ein Instrument der Integration der Massen in das bestehende Herrschaftssystem; sie müssen deshalb diese Massen einerseits an die Partei binden, andererseits jede politische Mobilisierung derselben verhindern. Die Linke in der SPD hat dabei objektiv die Funktion, sozialistisches Potential an die SPD und damit an das bestehende Herrschaftssystem zu binden, also Konfliktpotential zu neutralisieren. Die institutionellen Bindungen der Linken in der SPD lähmen ihre außerinstitutionellen Möglichkeiten; momentane Erfolge in der SPD sind nur Resultat zufälliger „Leerräume“, die aber von der Parteiführung schnell aufgefangen werden können. Soweit Conert und Schäfer. Ihre – freilich nicht ausgesprochene – Schlußfolgerung: Sozialisten verlassen die SPD!

Ist den Verfassern nicht aufgefallen, daß eben dieser Schritt, wenn auch aus anderen Absichten, das taktische Ziel der von Strauß und Springer bis weit in die SPD hineinreichenden Kampagne gegen die „Jusos“ war und ist? Nicht ohne Grund ist z. B. bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein mit allen Mitteln der von Steffen repräsentierte Kurs bekämpft worden, dies wohl vor allem wegen möglicher Auswirkungen auf die innere Lage der SPD. Wenn die Integration der Sozialisten in die SPD ein so vorzügliches Mittel der Neutralisierung eines Konfliktpotentials wäre, – weshalb sollten sich die Repräsentanten des Herrschaftssystems dann selbst dieses Instruments entledigen? Handelt es sich nur um „Hysterie“?

Hier ist ein kleiner Exkurs notwendig:

Positionskämpfe in der SPD

'Vertrauliche Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft'

Der vom „Spiegel“ veranlaßten EMNID-Blitzumfrage ist es zu verdanken, daß die Bundesbürger erstmals mit Zahlen belegt bekommen haben, wie groß der Kreis derer ist, die mit den linksradikalen Jungsozialisten sympathisieren. Durchaus keine verschwindende Minderheit, wie viele uns während des vergangenen Jahres immer wieder im Hinblick auf unsere warnenden Berichte geschrieben haben, sondern 35 % (!) der SPD-Wähler meinen, die Jungsozialisten hätten schon recht, die Gesellschaft müsse grundlegend verändert werden.

Wir glauben, daß der bereits jetzt deutlich erkennbare Trend noch viel sorgfältiger beobachtet werden muß als bisher. 31 % aller befragten wahlberechtigten Bundesbürger halten es z. B. nach der EMNID-Umfrage für richtig, daß Grund und Boden in Baugebieten kommunalisiert werden müßte. 20 % haben nichts dagegen einzuwenden, daß es bei einzelnen Aktionen der Jungsozialisten zur Zusammenarbeit mit Kommunisten kommt. Je gebildeter und je jünger die Befragten, um so häufiger sind sie für die Freiheit des Kontaktes mit den Kommunisten; bei Bundesbürgern mit Abitur beträgt die zustimmende Quote 36 % (!)...

Wenn Brandt und Wehner (der eine vor 1933 Mitglied der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“, einer linken Splittergruppe der Sozialdemokraten, der andere führender Funktionär der Kommunistischen Partei Deutschlands) nach rund 40-jähriger Wartezeit endlich Gelegenheit bekommen, ihr politisches Ziel – nämlich den Sozialismus – zu verwirklichen, und wenn die Bundesregierung mit aller Energie versucht, ein Arrangement mit dem von Moskau geführten „Sozialistischen Lager“ einzugehen, dann darf man sich nicht wundern, daß die gärende junge Mannschaft der SPD zum „klassenpolitischen Durchbruch“ drängt. Dieser Trend kann nur abgebogen werden, wenn Männer wie Minister Schmidt oder Oberbürgermeister Vogel an die Spitze gelangen und einen klaren Trennstrich ziehen zwischen denen, die eine soziale und demokratische linke Volkspartei wollen, und denen, die eine Partei marxistisch-leninistischen Stils anstreben. Je rascher Klarheit geschaffen wird, desto heilsamer für die Bundesrepublik.

Übersehen Sie bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie nicht, was wir hier mit dem Begriff „Positionskämpfe um die Nachfolge Brandts“ charakterisieren möchten. Nachdem offenkundig geworden ist, daß der derzeitige Kanzler nicht die geeignete Persönlichkeit zur Führung eines neuerlich von der SPD dominierten Kabinetts sein kann, treten die ersten Nachfolge-Kandidaten auf die Bühne (Schmidt und Vogel). Für beide ist Wehner der „böse Geist“ der SPD, dem es anzulasten ist, daß die Sozialismus-Kampagne der Radikalen so rasch ausufern konnte. Ihren vorläufigen Höhepunkt dürfte sie allerdings erst vom 18. – 20. November finden, wenn es auf dem Sonderparteitag um Steuern, Eigentum, Grundbesitz usw. gehen wird.

LZ ZEITUNG FÜR LEHRLINGE UND JUNGARBEITER

Preis 0,50 DM

LZ ist kein Schulungsblatt irgendeiner Gruppe, aber auch keine „Jugendzeitung". Sie versucht, bereits interessierte Lehrlinge anzusprechen und über Informationen, Fallschilderungen und theoretische Beiträge zur Selbstorganisation — möglichst innerhalb der Gewerkschaften — zu bewegen. Dabei soll kein 'Lehrlingsbewußtsein' geschaffen werden, sondern wir wollen die Lehrlinge als junge Lohnabhängige ansprechen. Kampfziel: Gegen den Kapitalismus — für Gewerkschaftsdemokratie!

LZ ist die einzige überregionale Lehrlingszeitung in der Bundesrepublik. Sie erscheint, außer im Sommer, alle zwei Monate (also 5 × im Jahr), jeweils mit 16 Seiten DIN-A-3-Format. Der Verkaufspreis beträgt fest 50 Pfennig, der Ankaufspreis für Wiederverkäufer 40 Pfennig einschließlich Porto und bei Abnahme von über 200 Exemplaren 35 Pfennig. Abonnements gegen Überweisung von 5,— DM für jeweils fünf Numern einschließlich Porto.

LZ kann auch mit Regionalbeilagen verkauft werden. Diese Beilagen entstehen in eigener Regie, Anzeigeneinnahmen aus Regionalbeilagen verbleiben bei der Lokalredaktion. Nähere Einzelheiten zum Regionalvertrieb mit eigenen Beilagen erhaltet ihr von uns.

Wer LZ abonnieren oder weiterverkaufen will, wer uns Informationen, Aufsätze oder Fotos schicken will, wer als Lokalredaktion für LZ arbeiten will:

LZ-Anschrift: Michael Böhnert, 2 Hamburg 22, Schröderstr. 2a Telefon 22 43 76. LZ-Konto: Postscheck Nr. 341662, Kennwort LZ-Redaktion, Uwe Dunze, PSA Hbg.

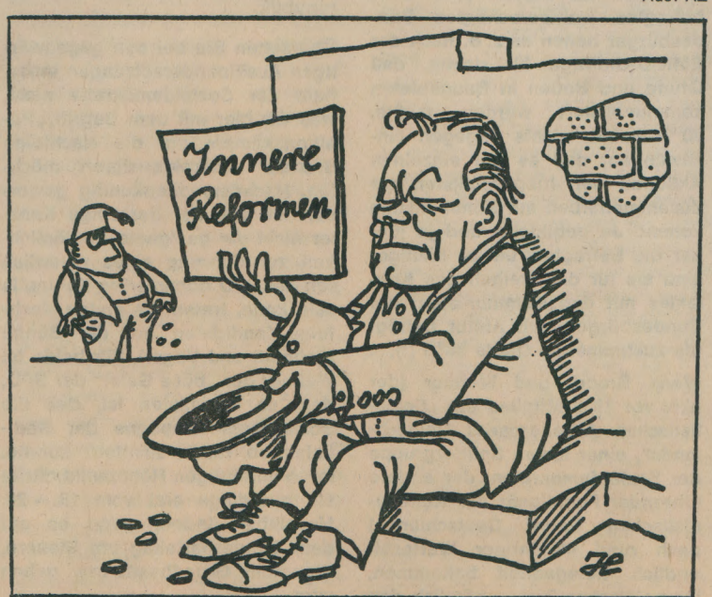
Bei genauerer Lektüre des Beitrags von Conert und Schäfer fällt auf, daß die Autoren, was die strategische Position der ökonomisch-politischen Herrschaftschichten angeht, ein eigentümlich widerspruchsvolles Urteil abgeben und zwischen optimistischen und pessimistischen Lageeinschätzungen hin und her schwanken, — wobei mir beide Einschätzungen fragwürdig erscheinen. Da wird einerseits „die historische Überfälligkeit des spätkapitalistischen Systems" und die „volle Aktualität des Übergangs zum Sozialismus" beschworen, — Formeln, die in dieser Undifferenziertheit beim Leser das (gefährliche) Gefühl herstellen könnten, als befinde sich das bestehende politisch-ökonomische System Westdeutschlands kurz vor dem Zusammenbruch (ein Gefühl, das schon der m. E. mißverständliche und ungenaue Begriff „Spätkapitalismus" nahelegt) und als sei „der Sozialismus" bereits für unsere Gesellschaft eine inhaltlich-konzeptionell und politisch-kräftemäßig greifbare Alternative, womit dann sicher die gegenwärtige SPD uninteressant würde. Da wird andererseits konstatiert, die Herrschaftsschichten seien aufgrund ihres enormen Machtzuwachses zur Durchsetzung ihrer Interessen kaum noch auf die Vermittlung traditioneller Organisationen (lies: Parteien) angewiesen, — eine These, die dann freilich wiederum jede Tätigkeit und Auseinandersetzung in der SPD als sinnlos erscheinen lassen muß. Zwischendurch hingegen findet sich bei Conert und Schäfer ein Hinweis, der m. E. die Situation sehr viel differenzierter beschreibt und genauer trifft und der gedanklich auszubauen wäre: Das (staatlich verschränkte) kapitalistische System in Gesellschaften wie der Bundesrepublik gerät zunehmend in Legitimationsschwierigkeiten. In dieser Lage muß es „die strikte Vermeidung der Erörterung sozialstruktureller Alternativen" anzielen. Genau in diesem Punkt hat aber die innere Situation der SPD erheblichen Stellenwert. Anders als Conert und Schäfer würde ich die Funktion der SPD im hiesigen Herrschaftssystem nicht als die eines fixierten, stabilen Integrationsinstruments, sondern, der entwickelten marxistischen Theorie entsprechend, als die eines „Grenzträgers" der kapitalistischen Herrschaft definieren. In dem Begriff „Grenzträger" wird aber Ambivalenz angedeutet: Einerseits braucht das ökonomisch-politische Herrschaftssystem gerade die SPD, um sich eine Massenlegitimation zu sichern; andererseits birgt eben diese der SPD zugedachte Rolle immer wieder die — je nach der Position: Gefahr oder Chance in sich, die Legitimation des Kapitalismus zugunsten sozialstruktureller Alternativen abzubauen. Insofern wird die Grenze der Macht und Legitimation der Herrschaftsschichten gerade auch vom jeweiligen Stand der Auseinandersetzungen **in** der SPD bestimmt, — dies allerdings nicht unter dem Aspekt einer existierenden sozialistischen Massenbewegung (von der in der Bundesrepublik vorerst keine Rede sein kann), sondern in einer Perspektive, die zunächst einmal auf die Entwicklung von **Voraussetzungen** für eine solche Massenbewegung gerichtet ist.

Hier übrigens liegt der schwächste Punkt der Argumentation von Conert und Schäfer. Ihr Beitrag enthält implicit den Rat an die Sozialisten, die SPD zu verlassen, — aber sie sagen kein Wort darüber, was diesem Schritt folgen soll. Welche kollektiven Handlungsmöglichkeiten könnten, wenn jemand diesem Rat folgen würde, funktional dann das übernehmen, was zur Zeit die Sozialisten in der SPD versuchen? So sicher es ist, daß die Arbeit in der SPD nur ein Abschnitt in einer arbeitsteiligen politischen Strategie der Linken in der Bundesrepublik sein kann, so sicher scheint mir, daß die Linken unter den hier und heute gegebenen Bedingungen keinen Grund haben, diesen Abschnitt zu räumen.

Wenn die Arbeit für eine sozialistische Alternative nicht ins Reich der politischen Subkultur absinken soll, dann muß die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus auch und nicht zuletzt im Feld jener Partei geführt werden, an die sich die Hoffnungen jener Massen heften, die Reformen wünschen, — auch wenn diese Massen den Konflikt zwischen Reformen und Kapitalismus noch kaum ahnen (und übrigens diejenigen, die sich Sozialisten nennen, die Umrisse ihrer Alternative noch kaum anzugeben wissen . . .).

Die Diskussion wird in „links" fortgesetzt.

Aus: AZ



Positionskämpfe in der SPD

'Züricher Wirtschaftsbrief'

Die Fachleute spannen die Ideologen aus, reflektieren geplagte westeuropäische Unternehmer zum Fall Vogel und zu den Konsequenzen, die man in der deutschen Sozialdemokratie daraus zu ziehen beginnt und knüpfen daran bereits neue Hoffnungen: auf Kooperation zwischen Regierungen und Wirtschaft . . Leistungs-, statt Einkommens- und 'Gesellschaftspolitik' . . fruchtbare 'Kanalisierung' der politischen Energien. . .

Bürgerliche Politiker sehen Vogel bereits als Nachfolger Brandts dank einiger Qualitäten, die Brandt abgehen: Er ist ein hervorragender Organisator, alles andere als ein Ideologe, ein unerhört fleißiger und ausdauernder Arbeiter . . er kennt die Dschungel der Verwaltung und hat Verständnis für die Lebensbedingungen der Wirtschaft. Selbst nüchterne Insider erwarten nach der Feuertaufe bei den Münchner Unterbezirkswahlen:

Auf dem SPD - Landesparteitag (Herbst 1971) wird Vogel anstelle von Gabert zum bayerischen SPD-Landesvorsitzenden gewählt . .

Bei den olympischen Spielen wird Vogel noch immer Oberbürgermeister und damit Gastgeber sein. Man verschiebt einfach die Kommunalwahlen auf einen späteren Termin. .

Zur Bundestagswahl 1973 stellt die SPD Dr. Vogel an die Spitze ihrer Landesliste und sichert ihm den Einzug in den nächsten Bundestag und damit evtl. auch schon in die nächste Bundesregierung. Außerdem rechnet man mit Vogels Kandidatur für den Parteivorstand auf dem nächsten SPD-Bundesparteitag.

Vogel wirkt wie eine Impfung gegen die Angst vor Kommunismus, Marxismus, Sozialismus und andere -ismen. Sein Aufstieg stärkt in der SPD fühlbar den rechten Flügel um Schiller, Möller, Schmidt, Leber (auf Kosten Wehners) . . .

Konjunktur in der BRD

Hagen Kühn

In den ersten 3 Quartalen 1970 wurden 23 % des westdeutschen Bruttosozialproduktes exportiert. Regional verteilt sich der Export gemäß Tabelle 1.

Von den rund 20 % der bundesrepublikanischen Industrieprodukte, die auf dem Weltmarkt realisiert werden, wurden 1969 allein 70 % von den folgenden fünf Industriezweigen hergestellt:

Maschinenbau 20,7 %, Straßenfahrzeugbau 16,4 %, Chemische Industrie 15,9 %, Elektrotechn. Industrie 10,1 %, Eisenschaffende Industrie 6,8 %. (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 85; 6/1970, S. 340*; 8/1970, S. 410; zit. n. „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse" Nr. 3 Frankfurt (Main) 1970, S. 3.

Angleichung der internationalen Zyklen

Die Wirtschaft in der BRD ist in ihrer Rekonstruktionsperiode von schärferen zyklischen Überproduktionskrisen verschont geblieben. Ein nicht unwesentlicher Grund liegt darin, daß die Zyklen der kapitalistischen Industrieländer asynchron verlaufen sind. D. h.: Der Boom und damit die volle Entfaltung des immanenten Widerspruchs zwischen Produktions- und Konsumtionskraft der kapitalistischen Wirtschaft wurde stets gedämpft durch die zunehmenden Importe bzw. die abnehmenden Exportmöglichkeiten aufgrund geschrumpfter und hart umkämpfter Auslandsmärkte. Während später in der „Talsohle" die im Inland nicht realisierbare Warenfülle im Ausland expandierende Märkte vorfand.

Auch in der Krise 1966/67 traf die westdeutsche Industrie auf dem Weltmarkt noch einmal Bedingungen an, die eine beispiellose Exportoffensive ermöglichten[1], deren Beitrag zu Dämpfung der Krise und Wiederaufschwung erheblich bedeutender war als der des vielbesungenen „modernen Instrumentariums" der staatlichen Regulierungspolitik[2].

Doch bereits in seinem Jahresgutachten 1967 mußte der Sachverständigenrat" feststellen, daß . . . „die Gegenläufigkeit der Konjunkturen in Westeuropa . . . 1967 weitgehend von einem Gleichlauf abgelöst worden zu sein (scheint)"[3]. Dieser Sachverhalt hat sich seither vor allem darin bestätigt, daß der Boom 1968-70 von der außerwirtschaftlichen Seite her erstmals keine Hemmnisse, sondern verstärkende Impulse erfahren hat.

„Also reden wir vom konzertierten Maßhalten..."

„Süddeutsche Zeitung", Zeichnung: P Leger

Heute sehen sich die wichtigsten Handelspartner und Konkurrenten der BRD-Wirtschaft entweder – wie z. B. Belgien, Holland, Frankreich, Italien, die skandinavischen Länder und Japan – einer zumindest zu erwartenden rückläufigen Konjunktur gegenüber oder befinden sich – wie die USA und Großbritannien – in einer Stagnation, deren Ende trotz fleißigen Gesundbetens durch die Prognostiker noch nicht abzusehen ist. Daraus kann man den Schluß ziehen, daß die Bedingungen für eine Exportsteigerung, zumindest was die Expansion des Weltmarktes anbetrifft, nicht rosig aussehen.

Verschärfte Weltmarktkonkurrenz

Ohne Zweifel werden kontraktive Tendenzen auf den nationalen Märkten eine allgemein stärkere Exportorientierung der Monopole erzwingen, wobei die verschiedenen Regierungen versuchen werden, die jeweils notwendigen politischen Bedingungen zu schaffen. In der nun sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz wird aber die westdeutsche Wirtschaft einen nicht mehr so starken Stand haben wie noch 1966/67. Damals lag ein erheblicher Konkurrenzvorteil in der unterbewerteten D-Mark[4]. Da es das gegenwärtige Weltwährungssystem zuläßt, daß es zu längeren internationalen Geldwertverschiebungen kommen kann, sind die Exporteure eines Landes mit unterdurchschnittlichem Geldwertschwund bevorzugt. Das drückt sich – ganz grob gesehen – darin aus, daß die Produktionskosten bei niedriger Inflationsrate relativ geringer sind als die der ausländischen Konkurrenten mit höheren Inflationsraten.

Nun hat einerseits die D-Mark-Aufwertung schon einen Teil dieses Vorteils nivelliert und zum anderen ist durch die permanenten Handelsbilanzüberschüsse der letzten Jahre derartig viel Inflation „importiert" worden[5], daß die BRD in der Rangskala der Inflationsraten in demselben Maße aufgestiegen ist, wie sich dadurch die Konkurrenzvorteile in Schwächen umgewandelt haben.

Die zunehmende Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird auf der Ebene der internationalen Politik durch verschiedene Erscheinungen signalisiert. So durch die protektionistischen Bestrebungen in den USA, durch die wachsenden Schwierigkeiten bei den EWG-Verhandlungen und die zunehmenden Differenzen zwischen USA und EWG.

Tabelle 1

Außenhandel der BRD nach Regionen (Jan. – Oktober 1970)

	Exportanteil in %	Handelsbilanzsaldo in Mrd. DM
Alle Länder	**100**	**+ 12,3**
Kapitalistische Industrieländer	**78,4**	**+ 11,1**
darunter:		
EWG	**40,2**	**+ 1,2**
EFTA	**22,6**	**+ 9,5**
USA	**9,0**	**– 0,6**
Sozialistische Länder	**4,4**	**+ 0,9**
„Entwicklungsländer"	**16,9**	**+ 0,1**

(Quelle: Monatshefte d. dt. Bundesbank, Dezember 1970, S. 69*) eig. Ber.)

Osthandel

In diesem Zusammenhang widmen die Unternehmerverbände und ihre Regierungen den sozialistischen Ländern und den unterentwickelten Ländern wachsendes Interesse. Vor einer Überschätzung des Handels mit diesen beiden Regionen bezüglich seiner „antizyklischen" Wirkung ist allerdings sehr zu warnen. Erstens ist (Tab. 1) der Anteil des Exportes in diese Länder gemessen am Gesamtexport gering. Zweitens ist der zur Krisenstabilisierung notwendigen verstärkt-positiven Handelsbilanz durch den Devisenmangel der betreffenden Länder eine entscheidende Grenze gesetzt. Drittens ist die westdeutsche Wirtschaft in den „Entwicklungsländern" gegenüber den ehemaligen Kolonialländern und den USA noch immer gehandicapt. Und viertens bedeutet die „neue Ostpolitik" noch lange keine Freikarte zu den Märkten des sozialistischen Lagers. Das mußten erst kürzlich westdeutsche Konzerne schmerzlich feststellen, als ihnen die japanische Konkurrenz ein dickes Auftragspaket vor der Nase wegschnappte.

Dem Wirtschaftsjahr 1971 geht die exportabhängige westdeutsche Wirtschaft entgegen bei erstens rückläufiger realer Expansion des Weltmarktes und zweitens geschwächter internationaler Konkurrenzfähigkeit. Für die auch nur teilweise Kompensation einer drohenden Überproduktionskrise im Inland sind dies denkbar ungünstige Voraussetzungen. Zumal es hierzu nicht lediglich auf die Aufrechterhaltung des Exportvolumens, sondern auf eine Steigerung der Exporte gegenüber den Importen, also des Exportüberschusses ankommt.

Konjunkturelle Entwicklung 1968/70

Die Tabelle 2 (sieh. S. 8) zeigt einige Faktoren, die in der Geschichte des derzeitigen Wirtschaftszyklus von Bedeutung sind, auf die deshalb kurz eingegangen werden soll[6]. Die allgemeine Bedingung zur Wiederbelebung nach einer zyklischen Überproduktionskrise wie 1966/67 besteht in der Wiederanhebung der gefallenen Profitrate, also des Verhältnisses von Mehr-

wertmasse zum aufgewendeten (fixen und zirkulierenden) konstanten Kapital plus dem variablen Kapital (m/c+v).

Die in der Krise entstandene industrielle Reservearmee (offene und versteckte Arbeitslosigkeit) und zweifellos auch die organisatorische und politische Schwäche der westdeutschen Arbeiterklasse, die sich u. a. in der „konzertierten Aktion" manifestiert, bot dem Kapital die Voraussetzung zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität von bis dahin ungekanntem Ausmaß. Dies und die damit einhergehende Senkung des Anteils der Löhne und Gehälter am „Volkseinkommen" trug – zusammen mit anderen Ursachen – wesentlich dazu bei, daß sich der pro Kapitaleinheit produzierte Mehrwert erhöhen konnte.

Entscheidend wichtig für den Akkumulationsprozeß ist, daß der Mehrwert seine Märkte findet, auf denen er realisiert werden kann. Dazu muß die gesamte Warenmasse, also sowohl der Teil, der das konstante und variable Kapital ersetzt, als auch der Mehrwert ihre Käufer finden. Vom Exportüberschuß und den Staatsaufträgen gingen hier die Impulse aus, die wichtig waren, um aus der „Talsohle" herauszukommen.

Die aus den Veränderungen im Produktionsprozeß (Produktivitätssteigerung usw.) und Realisierungsprozeß („neue Märkte") des Kapitals erwachsende Verschiebung innerhalb der Distributionssphäre in Form des Anwachsens des Profitanteils auf Kosten des Lohnanteils am Wertprodukt wirkt ihrerseits auf die Produktionssphäre zurück: Höhere Profitraten bedeuten verstärkte Akkumulation.

Die Produktivitätssteigerung ist hierbei nur ein anderes Wort für die „relative Freisetzung" von Arbeitskraft, d. h. die Vergrößerung der Relation c:v. Da die Erhöhung von c verstärkte Nachfrage nach Produktionsmitteln und die relative Verminderung (die im Aufschwung mit gleichzeitigem absolutem Zuwachs verbunden ist) von v ein relatives Zurückbleiben der Konsumgüternachfrage bedeutet, ist es nicht schwer zu erkennen, daß dies im Produktionsaufbau der Volkswirtschaft eine überproportionale Ausdehnung des Produktionsmittel produzierenden Sektors (Abteilung I) im Vergleich zum Konsumgütersektor (Abteilung II) bedeutet. Diese übermäßige Ausdehnung des Produktionsapparates im Vergleich zur Konsumtionskraft der Gesellschaft (s. Tab. 2) ist sowohl notwendige Konsequenz des Aufschwungs als auch Ursache für das Ende des Zyklus:

Während der Aufschwungsperiode war durch die Erneuerung des fixen Kapitals plus der dazu notwendigen Nachfrage nach zirkulierendem konstanten Kapital die Industrie der beste Kunde der Industrie (Hilferding). In der Spätphase der Konjunktur, in der wir uns seit Sommer 1970 befinden, wird aber deutlich, daß die Produktionsmittel, die bislang Absatz im „eigenen" Bereich finden konnten " ... letzten Endes doch nur dem Zweck (dienen), mit ihnen Konsumtionsmittel zu produzieren; daher ist die Produktion von Produktionsmitteln letzten Endes durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft begrenzt. ... Ist daher der Prozeß der Ausdehnung des Produktionsapparates zu einem teilweisen Abschluß gelangt, indem mit den neu eingerichteten Betrieben die Produktion von Waren der Abteilung II begonnen wird, so tritt unausbleiblich Überproduktion . . . ein, da die Konsumtionskraft der Gesellschaft in viel geringerem Maße gestiegen ist als die Produktionskraft" [7].

Tabelle 2

	Masseneinkommen[a]	Investitionsgüterindustrie[a]	Anteil der Anlageinvst. am BSP in %	Anteil des priv. Verbrauchs am BSP in %
1966	+ 6,8	– 0,4	25,6*	55,5*
			25,8**	57,7**
1967	+ 2,2	– 7,0	22,2	56,9
			23,4	58,0
1968	+ 5,2	+ 12,5	21,7	55,8
			24,4	56,1
1969	+ 9,7	+ 19,4	22,3	55,3
			25,4	55,5
1970	+ 12,7	+ 13,8*	25,0	54,7
			27,5	54,1

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 10/1970, S. 61, 65*; Jahresgutachten 1970 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", Deutscher Bundestag – Drucksache VI/1970, S. 60, 140. Eig. Berechng. a) Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %. *) 1. Halbjahr. **) 2. Halbjahr.

Das Ende des Booms

Die Produktion stößt nun auf die Schranken des auf Grund antagonistischer Distributionsverhältnisse begrenzten Marktes. Es ist dabei völlig offen, ob die konsumnahen Industrien ihre Waren wegen der relativ beschränkten Massenkaufkraft nicht absetzen können, oder ob die Produktionsmittelhersteller aus letztlich dem gleichen Grund keinen Absatz mehr bei der Abteilung II finden können. Die Realität zeigt, daß beides gleichzeitig der Fall ist.

Im Sommer 1970, als die nahende „Kippe" der Konjunktur sich durch Rückgänge des Auftragseingangs andeutete, waren dadurch alle Industriezweige betroffen. So betrug die Abnahme der Auftragseingänge von Juni bis August 1970 bei der:

- Investitionsgüterindustrie . . . . . 13 v. H.
- Chemischen Industrie 7,9 v. H.
- Maschinenbauindustrie 7,9 v. H.
- Kraftwagenindustrie 29 v. H.
- Elektrotechnische Industrie . . . . . 6,7 v. H.
- Kunststoffverarbeitenden Industrie . . . . . 22,3 v. H.
- Schuhindustrie . . . 54,5 v. H.[8]

Vermutlich werden die Konsumgüterindustrien im Vergleich zum letzten Zyklus mehr vom Rückschlag betroffen werden. Und während selbst der BDI im Dezember eine Stagnation im Bereich „klassischer Verbrauchsgüter" [9] konstatierte, ruht die antigewerkschaftliche Propaganda immer noch auf den Säulen sämtlicher Variationen zum Thema „Lohn-Preis-Spirale". Wenn die von der Arbeiterklasse erkämpften Lohnerhöhungen so „maßlos" waren, dann ist doch zu fragen, warum die Hersteller gerade von langlebigen Konsumgütern dann keinen Absatz finden, warum im Gebrauchsgüterbereich die Kapazitätsauslastung abnimmt und die Aufträge schon im Spätherbst nur noch für 2,3 statt für 2,6 Monate im gleichen Vorjahreszeitraum reichten[10]. Daß z. B. gerade jene Bereiche der Elektroindustrie, welche Konsumgüter (Waschmaschinen, Bügeleisen, Kühlschränke, Staubsauger usw.) produzieren, von Kurzarbeit betroffen sind [11], fällt ebenfalls auf.

Überproduktion

Mit Beginn des Winters 1970 haben die rückläufigen Auftragseingänge in fast allen Bereichen der Industrie auch schon auf die Produktion durchgeschlagen. Nach Mitteilungen des Bundeswirtschaftsministerium näherte sich im November die Industrieproduktion einer Stagnation.

Die Wachstumsrate, die noch in den Vormonaten bei je 4 v. H. lag, sank im November auf 0,6 v. H., wobei besonders in der Investitionsgüterindustrie das saisonbereinigte Wachstum von 8 v. H. im Oktober auf 1,5 v. H. im November gefallen ist[12]. Bedenkt man, daß in diesem Jahr aber die Kapazitäten der Industrie um mehr als 1,5 v. H. gewachsen sein werden, so kann der Schluß gezogen werden, daß schon jetzt bedeutende Überkapazitäten vorhanden sein müssen. Der sprunghaft gestiegene Anteil der Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt im 2. Halbjahr 1970 ist ein Indiz dafür. (Tabelle 2)

Allgemein läßt sich sagen, daß nicht absetzbare Waren (Warenkapital) und Überkapazitäten (unausgenutztes fixes Kapital) Ausdruck einer und derselben Ursache sind: der Überproduktion von Kapital. Das aber bedeutet – zusammen mit der durch die Arbeitsmarktsituation gegebenen Möglichkeit zur Lohnerhöhung und Verminderung der Arbeitsintensität – Senkung der Profitrate und damit des „wirtschaftlichen Wachstums". Die Produktion wird noch eine gewisse Zeit auf der gleichen Stufenleiter fortgesetzt werden, aber in dieser Zeit häufen sich die Warenbestände und Überkapazitäten. Eine Aussage über Ausmaß und Zeitdauer der Stagnation und ggf. des Rückgangs der industriellen Produktion und der Beschäftigung ist schon allein deshalb nicht möglich, weil eine Aussage nie präziser sein kann als ihr Objekt und dies ist gekennzeichnet durch die Anarchie der Warenproduktion.

Auf jeden Fall wird die Akkumulation sich erst dann wieder auf erweiterter Stufenleiter vollziehen, wenn die oben dargelegten Bedingungen für die Erhöhung der Profitraten wieder gegeben sind. Sie aber können letztlich nur durch eine Krise geschaffen werden. Die Krise hat die Funktion, die „Fehlentwicklungen" zu korrigieren. Denn obwohl Produktion und Konsumtion eine untrennbare Einheit darstellen, müssen sie sich im kapitalistischen Akkumulationsprozeß voneinander lösen. Aber „. . . da sie nun doch zusammengehören, so kann die Verselbständigung der zusammengehörigen Momente nur gewaltsam erscheinen, als ein zerstörender Prozeß. Es ist gerade die Krise, worin ihre Einheit sich bestätigt, die Einheit der Unterschiedenen".[13]

Die von Apologeten so gerne als „philosophisches Problem" abqualifizierte Eigentumsfrage stellt sich hier auf folgende Weise: Könnte nämlich den Kapitalanwendern verboten werden, durch ungezügelte Akkumulation und Beschränkung der Konsumtionskraft ihre Profitchance zu nutzen, bzw. könnten sie veranlaßt werden, trotz gesunkener Profitraten mit Rücksicht auf Arbeitsplätze und Massenkonsum weiterzuproduzieren, dann gäbe es keine Überproduktion. Allerdings gäbe es dann auch keine private Verfügung über Produktionsmittel und keinen Kapitalismus mehr. Die Unsinnigkeit dieses „Könnte" zeigt nichts anderes als die Unsinnigkeit der Phrase vom krisenlosen Kapitalismus.

Wirtschaftspolitik

Welche Strategien eine Regierung ergreift ist zunächst einmal durch den Klassencharakter des Staates bedingt, aber – und das scheint beachtenswert – „nicht in dem Sinne objektiv bedingt, daß es nur eine Richtung, nur eine Möglichkeit des Reagierens auf die gesellschaftlichen Anforderungen gäbe. Die Tätigkeit des Staates ist zu einem Feld der Klassenauseinandersetzungen, des Austragens von gesellschaftlichen Konflikten der verschiedensten Art, auch von divergierenden Interessen verschiedener Monopolgruppierungen selbst geworden. Die Wirtschaftspolitik, die heute ent-

scheidenden Einfluß auf den Ablauf ökonomischer Prozesse nimmt, ist in hohem Maße durch politische Faktoren bestimmt."[14] Beachtet man das nicht, so könnte es zum Beispiel vollends gleichgültig sein, welche Partei die Regierung im Staat stellt.

„Expansionspolitik"

Um das Interesse verstehen zu können, das sich hinter den jeweiligen Alternativen verbirgt, ist es ratsam, deren Folgen ins Blickfeld zu rücken.

Es erhebt sich die Frage, ob durch die erste, die „keynesianische" Variante, die auch den Forderungen der Gewerkschaften und wohl auch der kleinen Unternehmer entspricht, eine Wirtschaftskrise verhindert werden kann:

Die geforderten zusätzlichen Staatsausgaben müssen grundsätzlich so beschaffen sein, daß sie zusätzliche Profite und Löhne, also Nachfrage induzieren, ohne daß im selben Maße zusätzliches Angebot auf die Märkte drängt, was ihre – rein von der Zirkulation her betrachtet – kompensatorische Wirkung wieder aufheben würde. Der Staat soll also zusätzliches Geld in den Kreislauf pumpen, er soll als „Ersatzkonsument" auftreten. Dabei bieten sich vorwiegend entweder Infrastrukturinvestitionen oder Rüstungsaufträge an.

Bei ersteren ist bedenklich, daß sie sich vorwiegend auf die Bauindustrie ausüben[15], einen Industriezweig, in dem seit dem Herbst 1969 die Preise „nahezu viermal so schnell (gestiegen sind), wie im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre." Es ist also anzunehmen, daß schon hier ein relativ großer Teil der Ausgaben „in die Preise" geht, statt die erwünschte „Multiplikatorwirkung" in den anderen Wirtschaftsbereichen zu zeitigen. Ähnliche Folgen könnten auch forcierte Rüstungsaufträge haben, deren Stunde jetzt ebenfalls gekommen zu sein scheint. Daß der Monopolvertreter Mommsen im Schmidt-Ministerium das Hauptbuch zu Hause gelassen hat, ist auf jeden Fall unwahrscheinlich.

Aber selbst wenn es gelingt, daß stärkere Impulse von den zunächst berührten Sektoren ausgehen, Disproportionen nicht abgebaut, werden die im Boom entstandenen sondern verstärkt. Die in immer größerem Maße notwendigen „Geldspritzen" werden lediglich die Disproportionen noch längere Zeit verhüllen. In immer weiteren Bereichen wird es zu „partiellen Depressionen" (W. Hofmann), also Strukturkrisen kommen.

Die wichtigsten Folgen einer solchen Politik der sofortigen expansiven Ausgaben liegt darin, daß sich alle Faktoren, die im Boom die Profitrate schmälern, verstärken werden. Auf Grund des immer zähflüssiger werdenden Kreislaufs wird die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals abnehmen. Die Lohnkosten werden sich erhöhen, da die zu ihrer Minderung notwendige industrielle Reservearmee fehlt. Das Preisniveau wird sich durch das zusätzliche Geld erhöhen. Neben der immer mehr aussetzenden „Regulierungsfunktion" der Preise wird das noch eine besondere Gefährdung der exportorientierten Industrien mit sich bringen usw. All diese Faktoren ziehen also eine immer sich selbst verstärkende Notwendigkeit nach weiteren Staatsausgaben nach sich.

Die einzige tendenziell krisendämpfende Maßnahme könnte in der Rückzahlung des „Konjunkturzuschlages" bestehen. Die Massenkaufkraft würde erhöht, damit die Realisierungsbedingungen ohne gleichzeitige Kostenerhöhung. Voraussetzung ist allerdings, daß die Arbeiter dieses Geld nicht aus Angst um den Arbeitsplatz, vor Einkommensverlusten durch Kurzarbeit, Wegfall von Überstunden usw. auf die hohe Kante legen.

Die Zinsverbilligung ist wirkungslos. Eine Überproduktionskrise drückt sich dadurch aus, daß die Unternehmer ihr Kapital nicht anlegen, da es keinen Profit abwirft. Das ändert sich auch nicht dadurch, daß das Leihkapital billiger wird.
Alles in allem kann man im Falle einer sofortigen „Expansionspolitik" mit einem wirtschaftlichen Zustand rechnen, für den die journalistischen Wortschöpfer den Ausdruck „Stagflation" geprägt haben. Eine Kombination von stagnierender Produktion bei gleichzeitiger Inflation. Eine Lage, die zudem nicht ewig aufrecht erhalten werden kann, da sie die Widersprüche ständig verstärkt.

Der Staat kann also gegebenenfalls eine akute zyklische Krise abwenden, aber er kann – da er nicht direkt und planend auf die Akkumulation einzuwirken vermag – nicht die Funktion der zyklischen Krise übernehmen, die darin besteht, die zum Aufschwung nötigen Bedingungen herzustellen.

Zur Strategie der Monopole

Um erfassen zu können, ob und warum Monopole – zweite Variante – ein Interesse daran haben können, daß staatliche Wirtschaftsstimulanz zunächst unterbleibt, ist es ratsam, die besondere Stellung der Monopole in der Krise zu beachten.

„Ökonomisches Monopol bedeutet . . . die monopolistischen, das heißt mit ökonomischer und außerökonomischer (!) Macht und Gewalt verbundenen Veränderungen der Ausbeutungsbedingungen, die es dem Kapital erlauben, auf der Basis einer gewaltigen Konzentration der Produktion Verfügungsgewalt über Kapital zu erlangen, die den Rahmen des „eigenen" Kapitals weit übersteigt, daher auch über weit höhere Akkumulationsmittel zu verfügen, als ihm nach dem immanenten kapitalistischen Verteilungsgesetz – jedem ent-

NEUERSCHEINUNGEN

PROLETARISCH–REVOLUTIONÄRE ROMANE:

Neukrantz, Barrikaden am Wedding – Kampf einer Straßenzelle in den Berliner Maitagen 1929; 260 S. mit Nachwort, Fotos und Dokumenten zu den Maikämpfen 1929, DM 6,–

Schönstedt, Kämpfende Jugend Kommunistische Jugendarbeit in Berlin-Kreuzberg (1932), mit Nachwort, Fotos und Dokumenten zur kommunistischen Jugendarbeit, 230 S., DM 6,–

Fjodor Gladkow, Zement (1925); über die ökonomischen, ideologischen und menschlichen Schwierigkeiten, die nach dem Bürgerkrieg beim Aufbau des Sozialismus auftraten. – Mit Dokumentenanhang ca. 350 S., ca. DM 8,– (Mai).

Chou Li-Po, Orkan (2 Teile): Revolution auf dem chinesischen Dorf – Kampf der armen und mittleren Bauern gegen die Großgrundbesitzer; mit Dokumenten zur Politik der KP China während der Bodenreform und zu den Etappen der chinesischen Revolution je ca. 300 S., je ca. DM 8,– (Ende Mai).

OBERBAUMVERLAG BERLIN
Verlag für Politik und Ökonomie
1 Berlin 21 – Bundesratufer 1

ROTE ROBE

Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes – Vereinigung der Gerichtsreferendare in Baden - Württemberg

Aus dem Inhalt von Heft 2/71:

- Rechtsleben in Südafrika
- Rechtsstaat und sozialer Wandel
- Staatsanwaltschaft u. Gewaltenteilung
- Thesen zum Arbeitsrecht

Probeheft und Abonnement (6 Hefte im Jahr für DM 8,40 incl. Porto) bei:

ROTE ROBE - VERLAG
69 Heidelberg,
Blumenstraße 15

Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik

dargestellt am Beispiel des Hamburger „Jour Fix". Schilderung, Analyse, Dokumente sowie eine umfassende Lehrlingshandbuch-Dokumentation von Reinhard Crusius, Oskar Söhl, Manfred Wilke

Was steht in diesem Buch?
Eine übersichtliche Schilderung der Arbeit und der Entwicklung des ersten Lehrlingszentrums der BRD als exemplarische Darstellung, denn der Jour Fix, Hamburg, hat bisher fast alle Erfolge, Konflikte und Pleiten erlebt, mit denen Lehrlingspolitik (in den Gewerkschaften) konfrontiert wird. Die Schilderung wird Kapitel für Kapitel politisch interpretiert.
Drei theoretische Zwischenkapitel, um Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren der Lehrlingsbewegung innerhalb einer sozialistischen Strategie zu umreißen. Viele Dokumente, Flugblätter, Protokolle, Briefe, Aufsätze usw. zur Jour-Fix-Arbeit und zur Lehrlingspolitik allgemein.
Dabei kann jeweils das eine ohne das andere gelesen, verstanden und benutzt werden, obwohl Text, Theorie und Dokumentation durch Hinweise übersichtlich miteinander verknüpft sind.

Was soll dieses Buch?
Es soll der beginnenden Lehrlingsbewegung eine Hilfestellung bieten, indem es
a) Erfahrungen protokolliert und politisch wertet,
b) theoretische Begründungen und Perspektiven zur Diskussion stellt,
c) Arbeitsmaterialien anbietet und
d) alle wesentlichen (theoretischen) Aufsätze und Protokolle zu den praktischen Fragen der Lehrlingspolitik zusammenträgt, die in den letzten zwei Jahren erschienen sind.
Es ist also Lese- und Handbuch in einem. In dieser Zusammenstellung eignet es sich auch für die Arbeit sozialistischer Schüler- und Studentengruppen, soweit diese an einer Vereinheitlichung der sozialistischen Theorie und der sozialistischen Praxis in den verschiedenen Bereichen arbeiten.

Wie kann man es beziehen?
Der Endpreis des Buches ist 5,10 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren gibt es 12 % Rabatt, also Einzelpreis 4,50 DM. Buchläden erhalten 33⅓ % Rabatt, also Einzelpreis 3,40 DM. Alle Preise verstehen sich zuzüglich Porto.
Bei einem Umfang von über 200 Seiten DIN A 4 decken diese Preise neben einigen Einnahmen durch Anzeigen die Selbstkosten, mehr nicht. Der Preis ist so niedrig, damit das Buch vor allem auch für Lehrlinge kaufbar ist.

Bestellungen bei:

Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591
Hohe Straße 28, Telefon 06 11 - 83 25 93

internationale marxistische diskussion

bisher erschienen:

1. charles bettelheim: über das fortbestehen von warenverhältnissen in den „sozialistischen ländern" dm 2,–
2. colletti / libertini / maitan / magri: lenins „staat und revolution" – heute dm 5,–
3. martin nicolaus: konkurrenz und mehrwert. zur klassentheorie bei marx dm 4,–
4. edoarda masi: der marxismus von mao u. die europäische linke dm 2,–
5. „partei und klasse". eine diskussion zwischen jean-paul sartre und „il manifesto". eingeleitet von rossana rossanda dm 3,–
6. jean laplanche: marcuse und die psychoanalyse dm 2,–
7. l. colletti: zur stalinfrage dm 2,–
8. maurice godelier: system, struktur und widerspruch im „kapital" dm 2,–
9. ernest mandel / martin nicolaus: kontroverse über die möglichkeit einer revolution in den usa dm 4,–
10. louis althusser: freud und lacan dm 2,–
11. die notwendigkeit des kommunismus. die plattform von „il manifesto" dm 5,–
12. m. tronti: revisionismus und extremismus, 3 aufsätze ca. dm 3,–

in vorbereitung sind folgende neuerscheinungen:

(vorbestellungen werden entgegengenommen und sofort nach erscheinen ausgeliefert)

13. m. nicolaus: die objektivität des imperialismus. anti-mandel ca. dm 6,–
14. l. colletti: marxismus als soziologie ca. dm 3,–
15. r. miliband: marx und der staat ca. dm 3,–
16. n. poulantzas: zum marxistischen klassenbegriff ca. dm 3,–

Versand durch
Bücher- & Papervertrieb
605 Offenbach 4, Postf. 591

Merve-Verlag
1 Berlin 15
Postfach 327

sprechend seiner Kapitalmacht – zusteht[17]".

Es gibt eine Reihe von Gründen, die dafür sprechen, daß die Monopole an einer Krise vom Ausmaß derjenigen von 1966/67 ein objektives Interesse haben können.

Die für das gesamte Kapital günstigen Auswirkungen der Krise hat der ehemalige christlich-demokratische Minister Schmücker wie folgt gekennzeichnet: „Das Arbeitskräftepolster ist abgebaut, der Mißbrauch der Sozialversicherung ist zurückgegangen unnd die Arbeitsproduktivität ist gestiegen".

D. h.: Schaffung einer industriellen Reservearmee, Disziplinierung der Arbeiterklasse, Schwächung ihrer Kampfpositionen. (Es ist wahrscheinlich, daß in den aus „Rentabilitätsgründen" vorgenommenen Entlassungen jene Arbeiter besonders Berücksichtigung finden werden, die sich bei der Organisierung von Streiks usw. hervorgetan haben). Freilich profitieren davon nur die Unternehmer, die es nach der Krise noch sind. Unter denjenigen aber, die 1966/67 Konkurs anmelden mußten, war nicht ein einziges Großunternehmen. Im Gegenteil: die Monopole konnten auch in den beiden Krisenjahren steigende Profite verbuchen: „ Die größten Gewinnsteigerungen verzeichneten die mächtigen Konzerngruppen, die zugleich eng mit der Bonner Regierungbürokratie verflochten sind."

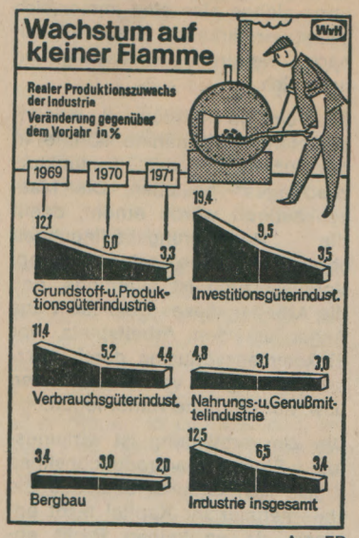
Tabelle 3

6 Gesellschaftsgruppen	(Nettoprofite in Mill. DM)	
der I.-G.-Farben-Gruppe	1966	1967
7 Thyssen-Gesellschaften	2623	3116
4 Flick-Gesellschaften	420	498
AEG-Telefunken	851	1068
Hoesch AG	555	786
	109	217[19]

Und selbst wenn die Profite ohne Krise noch höher gewesen wären: Der Wegfall einer Vielzahl von kleineren Konkurrenten in der Krise, die durch ihre Auswirkungen ermöglichte forcierte Zentralisation des Kapitals usw. stärkte die Marktstellung der meisten Monopole derart, daß die „Verluste" ohnehin in der Konjunktur wieder wettgemacht werden konnten.

Schließlich sind es vor allem die Monopolgruppen, die den westdeutschen Export bestreiten. „Die acht größten westdeutschen Konzerne vereinen allein über 20 v. H. der westdeutschen Ausfuhr auf sich [20]." Damit verbindet sich aber ein brennendes Interesse an einem im Vergleich zum Ausland niedrigen Preis- und Lohnniveau. So empfahl 1967 der ehemalige DIHT-Präsident Schneider, man solle die „konsolidierende Wirkung" der Rezession nicht zu gering achten [21]. Und noch angesichts der blühenden Konjunktur 1969 wünschte sich der Vorstandsvorsitzende und IHK-Präsident, Herr von Menges, daß es „1971 hoffentlich eine leichte (!) Rezession geben wird" [22].

Deshalb warnt auch der Siemens-Chef Tacke vor der „Vergötzung der Vollbeschäftigung" [23] und der FAZ-Schreiber Fack zieht daraus die Konsequenz, indem er empfiehlt: „Wer dem entfesselten



Aus FR

Machtkampf um den volkswirtschaftlichen Kuchen Einhalt gebieten will, muß rechtzeitig auf die Konjunkturbremse treten [24]". So bleibt es denn auch Herrn Abs von der Deutschen Bank vorbehalten, darauf hinzuweisen, daß die dazu notwendige Politik „sicherlich nicht ohne Tränen abgehen wird" [25]. Über die Maßnahmen, welche letztendlich ergriffen werden, läßt sich noch nichts sagen. Zwar ist die Regierung mit einer „Konjunkturausgleichs-Rücklage", dem rückzahlbaren „Konjunkturzuschlag" und einem fertigen Ausgabenprogramm besser ausgerüstet als seinerzeit die Regierung Erhard. Aber sowohl die welt- als auch die binnenwirtschaftliche Situation scheint dafür auch gefahrvoller zu sein als in der gleichen Phase des vorigen Zyklus. Es ist noch sehr fraglich, ob sich die Wünsche der Monopolherren nach einer „leichten Rezession" erfüllen werden. Fest steht allerdings, daß die Sozialdemokratie Zeiten entgegengeht, die sie vor die Zerreißprobe stellen werden. Ihre Funktion als Integrationspartei der Arbeiterklasse in den Kapitalismus hängt wesentlich davon ab, ob unter ihrer Regierung annähernd Vollbeschäftigung erhalten bleibt. Ist dies nicht Fall, dann kann sie diese Funktion nicht mehr voll erfüllen und wird dadurch auch für die Monopole wertlos. (Es helfen dann auch keine Anti-Kommunismus-Beschlüsse mehr). Mit der SPD steht und fällt aber auch die Variante des „Reformkapitalismus" als Strategie des Ausbaus des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Es besteht dann die erhöhte Gefahr, daß die diesem System innewohnende Tendenz zu autoritären und faschistischen Herrschaftsmethoden sich verstärkt durchzusetzen versucht.

Anmerkungen

1) Vgl. „Jahresgutachten 1967 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", Bundestagsdrucksache V/2310, Ziff. 20-43.

2) Zur Krise 1966/67: „Jahresgutachten 1967"; E. Altvater: Die Weltwährungskrise, Frankfurt (M.) 1969; E. Mandel: Die deutsche Wirtschaftskrise – Lehre aus der Rezession 1966/67, Frankfurt (1969); Ökonomie und Politik einer Krise, DIW-Forschungshefte, Berlin (DDR) 2/1968.

3) „Jahresgutachten 1967", Ziff. 27.

4) Vgl. E. Altvater: „Weltwährungskrise" a.a.O., S. 87 ff.

5) Bei der Produktion von Exportwaren entstehen im Inland Einkommen (Löhne und Profite), d. h. Nachfrage. Die produzierten Waren tauchen aber im Inland nicht als Angebot auf. Sind also die Exporte höher als die Importe, so bedeutet das einen dauernden Nachfrageüberhang und somit Preissteigerung. In diesem Zusammenhang spricht man von „importierter Inflation", die von den Meinungsmachern immer dann unterschlagen wird, wenn den Gewerkschaften die Schuld für die Inflation in die Schuhe geschoben werden soll.

6) Da eine genaue Analyse des Zyklus 1967 bis 1970 hier nicht geleistet werden kann, sei verwiesen auf: E. Altvater: Zur Konjunkturlage der BRD Anfang 1970 in „Sozialistische Politik" 5/1970, S. 3-45.

7) E. Varga: Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt (M.) 1969, S. 207.

8) Ifo-Schnelldienst, 43/44, 1970, S. 3, zit. n. „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse", Frankfurt (M.) 3/1970, S. 3.

9) „HB" v. 23. 12. 1970, S. 1.

10) „HB" v. 11./12. 12. 1970.

11) „Wirtschaftswoche" 49/1970, S. 23 f.

12) „HB" v. 8./9. 1. 1971, S. 1.

13) K. Marx: Theorien über den Mehrwert, MEW Bd. 26. 2., Berlin (DDR) 1957 ff., S. 501.

14) H. Heininger; P. Hess, a. a. O., S. 88.

15) „Abschlußbericht der Bundesregierung über das Erste Konjunkturprogramm und das Zweite Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68", Bundestags-Drucksache V/3630, S. 33.

16) „Jahresgutachten 1970", S. 27.

17) H. Heiniger; P. Hess, a. a. O., S. 42 f. (Hervorhebung von Verf.).

18) „links", Frankfurt (M), 4/1969, S. 7.

19) DWI-Berichte, Berlin (DDR), 10/1969, S. 25.

20) E. Altvater: Weltwirtschaftskrise, a. a. O., S. 81.

21) „Der Volkswirt", Frankfurt (M), 35/1967, S. 1894.

22) „Süddeutsche Zeitung" v. 13. 5. 1969.

23) „Wirtschaftswoche" 49/1970, S. 35.

24) „FAZ" v. 4. 12. 1970.

25) „HB" v. 14. 12. 1970.

(Auszug aus „Marburger Blätter")

Bitte an Leser

Unterstützen und fördern Sie das sozialistische Büro, die sozialistische Zeitung „links" und die weiteren Projekte des Büros durch Spenden!

Wandeln Sie Ihr Abonnement in eine Förderer-Mitgliedschaft um! Interessieren Sie auch Ihnen bekannte Buchhändler und Zeitschriftenverkäufer für den Weiterverkauf von „links"; schicken Sie uns solche Adressen! Spenden bitte überweisen an Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt 295680 oder Girokonto bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, 1/741 326/300

Amerikas Krisenpolitik

Paul Mattick

Zur politisch-ökonomischen Lage der USA

Der 1904 in Deutschland geborene Paul Mattick lebt heute in den USA. Mitglied zuerst der Freien Sozialischen Jugend und dann der Freien Arbeiterjugend (KAPD). Aus Abenteuerlust wanderte Mattick 1926 in die Vereinigten Staaten aus. Seit 1927 leitete er die deutschsprachige „Chicagoer Arbeiterzeitung". Von 1934 bis 1943 war Mattick Herausgeber der Zeitschriften „Living Marxism" und „New Essays" und Mitarbeiter verschiedener anderer Publikationen, darunter der „Zeitschrift für Sozialforschung". Abgesehen von der Periode der Massenarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise, arbeitete Mattick in verschiedenen Betrieben als Werkzeugmacher. Politisch aktiv war er im IWW (Industrial Workers of the World). Nach dem Zweiten Weltkrieg beschränkte sich aber seine politische Tätigkeit auf den publizistischen Bereich. Mattick, der heute als der profilierteste Vertreter des Rätekommunismus gilt, schrieb für mehrere Zeitschriften Europas, der USA und Lateinamerikas zahlreiche politisch-ökonomische Artikel und Essays.

Von seinen Schriften liegen bisher in Westdeutschland vor: „Kritik an Herbert Marcuse — Der eindimensionale Mensch in der Klassengesellschaft", EVA 1969; „Marxismus und Monopolkapital" in dem Sammelband „Monopolkapital u. Werttheorie", EVA 1969; „Werttheorie und Kapitalakkumulation", in dem Sammelband „Kapitalismus und Krise", EVA 1970; Das Vorwort zu „Lenin als Philosoph" von Anton Pannekoek, EVA 1969; Das Nachwort zu Henryk Grossmanns „Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik", EVA 1969; „Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA — 1929 bis 1935" Neue Kritik 1969; „Marx und Keynes", EVA 1971; „Kritik an Mandel", in „Die soziale Revolution ist keine Parteisache!", Zeitschrift, Nr. 1, Berlin 1971.
Besonders ausführlich in der Schrift „Marx und Keynes" vertritt Mattick die These über den Staatsinterventionismus, die auch am Anfang des hier abgedruckten Artikels angedeutet wird.

Für Mattick ist die Intervention des Staates zum Scheitern verurteilt, weil auch sie die Profitabilität nicht herstellen kann: der Staat kann nicht nichts aus nichts schaffen; er kann lediglich umverteilen, was zuvor produziert wurde.

So beruhen die öffentlichen Arbeiten, die Rüstungsproduktion und die Wohlfahrtsleistungen auf der Umverteilung des gesamten Mehrwerts vom privaten auf den „öffentlichen" Sektor, der öffentlich insofern ist, als er von den Aufträgen des Staates lebt. Der Mehrwert, der im privaten Sektor nicht mehr akkumuliert werden kann, wird vom Staat durch Steuern und Staatsverschuldungen (deficit spending) aufgesogen und im „privatöffentlichen" Sektor ausgegeben. Der öffentliche Sektor ist aber — gesamtgesellschaftlich betrachtet — unprofitabel, d. h. es findet in ihm keine Selbstverwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals statt.

Streik bei General Motors dpa

Wenn man die Kapitalisten in den beiden Sektoren als eine einheitliche Kapitalistenklasse betrachten, dann kann man in der Tat sagen, daß dem Staat die Produkte des öffentlichen Sektors von der Kapitalistenklasse geschenkt werden. Am Ende hat nämlich die Kapitalistenklasse als Ganzes nicht mehr Geld als vorher, während der private Sektor Staatspapiere und/oder Steuern bezahlt hat, der öffentliche Sektor durch die Aufträge des Staates Geld eingesteckt hat und der Staat gegenüber dem privaten Sektor verschuldet ist. Die Produkte des öffentlichen Sektors werden dem Markt entzogen und sind für die Akkumulation nicht brauchbar; die Kapitalistenklasse hat wie vorher keinen Anreiz zu akkumulieren; es ist lediglich die Staatsverschuldung, die sich akkumuliert.

Der öffentliche Sektor lebt und expandiert also auf Kosten des privaten Sektors. Von seiner Existenz profitieren offensichtlich die großen 'Corporations', die Aufträge vom Staat erhalten, nicht aber das kapitalistische System als Ganzes. Die Intervention des Staates hat außerdem die Funktion, die politische Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit abzuwehren. Sie ist Symptom der bestehenden Krise im Akkumulationsprozeß des Kapitals, nicht ihre Lösung.

Der Spätkapitalismus steht dann vor dem zentralen Problem, wie weit der öffentliche Sektor expandieren und die öffentliche Schuld wachsen kann, ohne daß das Weiterbestehen des privaten Sektors und damit auch die bestehende Gesellschaftsordnung in Frage gestellt wird. **C. POZZOLI**

Inflation und Deflation

Inflation oder Deflation sind dem Kapital aufgezwungene Mittel, die Löhne der Arbeiter den Profitbedürfnissen anzupassen. Das kapitalistische Ideal ist Stabilität, was sich mit den Notwendigkeiten der Akkumulation jedoch nicht vereinbaren läßt. Bis zum Zweiten Weltkrieg waren die kapitalistischen Krisen vornehmlich durch Deflation gekennzeichnet: die Produktion wurde eingeschränkt, Arbeiter entlassen, Löhne gekürzt, Kapitalwerte vernichtet, und die Preise gesenkt. Durch diesen Niedergangs- und Zerstörungsprozeß bildete sich eine neue Balance zwischen den Profitansprüchen der überlebenden und nunmehr konzentrierten Kapitale und der aktuellen Produktion. Die zunehmende Heftigkeit der Krisen veranlaßten Versuche ihrer Unterbindung auf dem Wege der Inflation. In der Inflation steigen die Preise schneller als die Löhne. Die so erzielten Reduzierungen des Anteils der Arbeit am gesellschaftlichen Produkt erhöht die Profite und fördert die kapitalistische Akkumulation.

Da die kapitalistische Politik sich nicht auf die der kapitalistischen Produktionsweise unterliegenden Ausbeutungsverhältnisse beziehen kann, muß sie ihre „Lösungen" wirtschaftlicher Probleme in der Welt der Markterscheinungen suchen. So stellt sich ihr alles sehr einfach dar: der aus den kapitalistischen Entwicklungsgesetzen abzuleitende zyklisch auftretende Mangel an Profit stellt sich auf dem Markt als mangelnde Nachfrage dar, die eine weitere Ausdehnung der Produktion und damit Neuinvestierungen behindert. Nimmt dieser Zustand langwierigeren Charakter an, dann springt der Staat mit öffentlichen Ausgaben ein, die zwar die Produktion beleben, aber an der Profitsituation selbst nichts zu ändern vermögen, da sich die vermehrte Arbeit nicht in zusätzliches Kapital verwandeln läßt.

Trotzdem wird der kapitalistische „Fortschritt" gewöhnlich an der Zunahme seiner Gesamtproduktion gemessen, welche die gewinnbringende wie nichtgewinnbringende Produktion in sich einschließt. Erlaubt auch nur der profitable Teil der Produktion die Anhäufung zusätzlichen Kapitals, so täuscht die wachsende Gesamtproduktion den Zustand eines allgemeinen Aufschwungs vor. Die Zustände seit dem Zweiten Weltkrieg konnten so als eine Konjunktur gefeiert werden, die angeblich nachwies, daß es dem Ka-

Neu im Bücher- & Papervertrieb

KINDERBÜCHER

Yü Gong versetzt Berge.
19 revolutionäre Parabeln aus dem alten China. DM 5,–

Heinrich Hannover: Die Birnendiebe am Bodensee. Geschichten für alle, die wissen wollen, wie man Geschichten erzählt, verändert, verbessert. DM 10,–

SOZIALARBEIT

Zur Kritik der bürgerlichen Erziehung. Fragen antiautoritärer sozialistischer Erziehung. Kinderkollektiv Ludwigsburg und Kinderkollektiv Backstube Frankfurt. DM 3,80

Geschichte und Funktion der Sozialarbeit. Herausgegeben vom Arbeitskreis Sozialarbeit, Frankfurt. DM 2,–

Reich/Romm/Bernfeld. Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse. Raubdruck aus 1968. DM 5,–

GEWERKSCHAFTEN

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf. Materialien zur Mitbestimmung. Herausgegeben von der Basisgruppe Geschichtswissenschaft in der Hamburger Universität. DM 6,–

FIDEL CASTRO

... unsere Probleme werden nicht durch Wundertaten von irgend jemanden, – Wundertaten von Individuen oder Gruppen von Individuen – gelöst werden. Die einzigen Wunder auf irgend einem Gebiet können vom Volk vollbracht werden. Rede, gehalten am 26. Juli 1970 in Havanna. DM 2,50

ERNEST MANDEL

Friedliche Koexistenz und Weltrevolution. DM 1,20
Die Radikalisierung der Jugend. DM 2,–
Über die Bürokratie. DM 1,50

IL MANIFESTO

M. Sefarini, L. Magri, L. Pintor. Die Einheit der Klassen-Linken herstellen. Nationale Arbeiter-Konferenz Mailand 30.–31. 1. 1971. DM 1,80

M. TRONTI

Internationale Marxistische Diskussion. Revisionismus und Extremismus. 3 Aufsätze. DM 4,–

KLASSENANALYSE

M. Bridier: Neue Arbeiterklasse oder neue Bourgeoisie? S. Mallet: Die neue Arbeiterklasse des Mai 1968. H. Marcuse: Perspektiven des Sozialismus in der Industriegesellschaft. A. Gorz: Weder Bolschewik noch Gewerkschaftler. U. a. DM 6,–

Preise zuzüglich Versandkosten Bestellungen an 605 Offenbach 4, Postf. 591 - Telefon 06 11 - 83 25 93

Bücher- & Papervertrieb Sozialistisches Büro Verlag 2000 GmbH

pitalismus gelungen sei, den Krisenzyklus durch staatliche Wirtschaftseingriffe aufzuheben.

Dieser Optimismus gewann ein Maß von Realität durch die rapide Erhöhung der Arbeitsproduktivität, als Folge der Verwissenschaftlichung der Technik, die während und nach dem Kriege um sich griff. Vermehrt sich jedoch die unrentable Produktion schneller als die rentable, so führt dies zu einer weiteren Abnahme der Akkumulation, und die „Lösung" dieses Problems wird nun wieder in der Beschränkung der öffentlichen Ausgaben gesucht. Die durch Defizitfinanzierung vermittelte vermehrte staatliche Produktion wird so einerseits für eine Krisenlösung gehalten, andererseits jedoch auch wieder für einen anhaltenden Krisenzustand verantwortlich gemacht.

Da die bürgerlichen Ökonomen ihre eigene Wirtschaft nicht verstehen dürfen, stellt sich ihnen die Inflation als Folge der durch die staatlich bestimmte Produktion vermehrten Nachfrage dar, der das Angebot angeblich nicht gewachsen ist. Die Preise steigen, so wird gesagt, weil zu viel Geld zu wenigen Waren nachläuft. Daraus folgt, daß ein Rückgang der Nachfrage durch die Beschränkung der öffentlichen Ausgaben die Inflation beenden würde, wenn auch auf Kosten wachsender Arbeitslosigkeit. Lassen sich die öffentlichen Ausgaben nicht beschneiden, so muß die Nachfrage nach neuem Kapital durch höhere Zinssätze vermindert werden, was ebenfalls Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Daran ließe sich allerdings nichts ändern. Unter den heutigen Umständen gäbe es nur die Wahl zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit. Allerdings ließe sich durch eine allgemeine Reduzierung der Lohneinkommen und einer weiteren Erhöhung der Arbeitsproduktivität ein Marktgleichgewicht herstellen. Dem stünden jedoch die Lohnpolitik der Gewerkschaften und die Preispolitik der Monopole entgegen, so daß es notwendig wäre, die Preis- und Lohnpolitik unter staatliche Kontrolle zu bringen.

Die Tatsachen widersprechen jedoch solchen Erklärungen. Daß von einer zu großen Nachfrage nicht die Rede sein kann, ist schon dadurch erwiesen, daß fast ein Viertel der amerikanischen Produktionskapazität brach liegt. Daß die Preise nicht durch untragbare Lohnkosten bestimmt werden durch die Tatsache, daß trotz erhöhter Produktivität, der Reallohn der Arbeiter seit 1967 nicht mehr gestiegen ist. Das Angebot war größer als die Nachfrage, und doch stiegen die Preise jährlich bis um 7,2 %. Auch die deflationistische Politik der letzten zwei Jahre hat daran nichts geändert, obwohl noch immer gehofft wird, daß sich das Tempo der Inflation vermindern wird. In Wirklichkeit haben Angebot und Nachfrage nichts mit der Inflation zu tun, wie auch die monopolistische Preis- und Lohnpolitik nicht Ursachen sondern Resultate der Inflation sind.

Gemessen an der Gesamtproduktion reichten die Profite nicht aus, um zu Neuinvestierungen anzureizen, die eine annähernde Vollbeschäftigung mit sich brächten. Die Belastung der profitablen durch die unprofitable Produktion zeigt sich den einzelnen Kapitalen als Abnahme ihrer Gewinne, dem sie durch Erhöhung der Preise zu entgehen suchen. Die Arbeiter versuchen, ihre Löhne den steigenden Preisen anzupassen. Wird von kapitalistischer Seite her der Mangel an Profit einerseits von den existierenden Löhnen abgeleitet, so andererseits auch von der Besteuerung des Kapitals. Die unproduktiven Ausgaben werden zum Teil durch Steuern und zum Teil durch Anleihen finanziert. Die Gesamtproduktion steigt schneller als der Gesamtprofit, was sich im Fall der durchschnittlichen Profitrate äußert. Die monopolistische Preispolitik sichert den notwendigen Profit auf Kosten des konkurrierenden Kapitals; eine Möglichkeit, die sich jedoch im Laufe der Zeit durch die allgemeine Profitverminderung von selbst aufhebt. Die staatliche Geld- und Kreditvermehrung impliziert die steigenden Warenpreise und die Entwertung des Geldes.

Gelingt es dem Kapital nicht, die Expansion des unrentablen staatlichen Sektors durch eine relativ schnellere private Kapitalakkumulation zu überflügeln, dann drückt der fortgesetzte inflationistische Kurs den langsamen Verfall der profit-orientierten Marktwirtschaft aus. Ohne solche beschleunigte kapitalistische Akkumulation erscheint die Umkehr zur Deflation als notwendige ökonomische Maßnahme und Voraussetzung für eine neue Konjunktur. Das neuartige an der jetzigen Situation besteht darin, daß die Mittel der Deflation und Inflation gleichzeitig angewandt werden. Höhere Preise begleiten eine abnehmende Produktion, die Erscheinungen der Konjunktur fallen mit denen der Krise zusammen. Dieser doppelte Angriff auf die existierenden Lohn- und Arbeitsbedingungen entspricht der Notwendigkeit der beschleunigten Akkumulation des amerikanischen Kapitals innerhalb der eigenen Grenzen und im Rahmen der Weltwirtschaft. Die verschärfte internationale Konkurrenz und die damit verbundene imperialistische Politik, müssen im eigenen Lande durch größere Ausbeutung unterbaut werden.

Offizielle Daten

Die Produktionsziffern in den USA (Produkte und Dienstleistungen) sanken 1970 zum ersten Mal seit 1958, als sich das Land in einer Rezession befand. Trotz der Restriktionspolitik der Regierung, durch welche der höchste Stand an Arbeitslosigkeit seit neun Jahren erreicht wurde (6 % aller Arbeitskräfte), trieb die Inflation die Preise stärker in die Höhe als jemals seit dem Krieg in Korea. Das Handelsministerium (Commerce Department) berichtet, daß nach vorläufigen Schätzungen das „wirkliche" Nationalprodukt nach Ausschaltung der Auswirkungen höherer Preise, im letzten Quartal 1970 um 3,3 Prozent und im ganzen Jahr um 0,4 Prozent zurückgegangen ist. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist das Nationalprodukt im Jahr durchschnittlich um 4 Prozent gestiegen.

Das Commerce Department erklärte, daß der Verkauf von in den USA erzeugten Autos im letzten Quartal 1970 von einer Jahresrate von 7,7 Millionen Stück auf 5,4 Millionen gesunken ist. Das war der stärkste Rückgang in einem Quartal seit 20 Jahren.

Der Preisindex für das Nationalprodukt, der sich von dem Index für Konsumenten- und Großhandelspreise unterscheidet, stieg im letzten Quartal 1970 um 5,7 Prozent. Im Jahre 1969 stieg der Preisindex um 4,7 Prozent, 1970 um 5,3 Prozent.

Imperialismus

Da der kapitalistische Staat nicht mit seinem Privatkapital auf dem Markt konkurrieren kann, muß sich seine zusätzliche Produktion auf öffentliche Ausgaben beziehen, die dem Kapital nützlich sein können. Hier ist es an erster Stelle die imperialistische Machtpolitik, die den privaten Kapitalinteressen am besten entspricht. Die damit verbundenen Kosten können als eine Art „gesellschaftlicher Investition" betrachtet werden, die zu neuen Profitmöglichkeiten führen kann oder schon vorhandene sicherstellt. Man muß sich hier vor Augen halten, daß Amerika durch zwei Weltkriege zur stärksten kapitalistischen Macht geworden ist. Es gelang dem amerikanischen Kapital in großem Maße, das europäische Kapital in Kanada und Südamerika abzulösen, große Kapitalmassen in fast allen europäischen Ländern anzulegen, und frühere Kolonien der europäischen Mächte unter seine Kontrolle zu bringen. Das Öl des Nahen Ostens ist jetzt zum großen Teil in amerikanischen Händen, und in Südost-Asien versucht das amerikanische Kapital, die Oberherrschaft über diese vielversprechenden Gebiete zu gewinnen. Ohne die imperialistische Konkurrenz wäre Amerika nicht zu dem geworden, was es heute ist. Die Expansion des Kapitals macht den Imperialismus so notwendig wie erwünscht, und die schon gewonnene Macht bestimmt den Grad der imperialistischen Aggressivität.

Allerdings enthält die imperialistische Politik ihre eigenen Widersprüche, die zuletzt auf die der Kapitalproduktion zurückzuführen sind. Ist sie einerseits eine Notwendigkeit, so andererseits auch eine Gefahr, da sie zu weiterer wirtschaftlicher Zerrüttung führen kann. Lassen sich öffentliche Aus-

gaben im nationalen Rahmen irgendwie kontrollieren, so ist das im Kriegsfall nicht länger möglich, da sie nun auch vom Kriegsgegner mitbestimmt werden. In den bisherigen großen Kriegen wurde sozusagen alles aufs Spiel gesetzt, und sie endeten nach ein paar Jahren mit der Niederlage der einen und dem Sieg der anderen Seite und erlaubten neue internationale Machtkonstellationen in Wirtschaft und Politik. Im Zeichen der Atombombe schrekken jedoch selbst die imperialistischen Mächte vor solchen Kriegen zurück, womit ihre tatsächlichen Kriegshandlungen einen permanenten Charakter anzunehmen drohen und damit keine erkennbaren Früchte tragen. Der amerikanische Krieg in Indochina hat zur Enttäuschung der imperialistischen Erwartungen geführt. Anstatt Möglichkeiten weiter Expansion zu schaffen, vertieft er nur die Schwierigkeiten der Profitproduktion zu Gunsten größerer öffentlicher Ausgaben.

Da die einzelnen Kapitale nicht gleichmäßig an der staatlich-bestimmten Produktion teilhaben, subsidisiert ein Teil des Kapitals einen anderen Teil. Die nicht am Krieg profitierenden Kapitale wenden sich, wenn nicht aus ideologischen, so doch aus wirtschaftlichen Gründen, gegen die scheinbar erfolglose Kriegspolitik. Da der Krieg mit dauernder Inflation verbunden ist, haben auch Teile der Mittelklasse das Interesse an ihm verloren. Die Arbeiter haben bisher am wenigsten opponiert, da viele von ihnen befürchten, daß ihre Arbeitsgelegenheiten an Krieg und Rüstung gebunden sind. Selbstverständlich sind es nicht nur ökonomische Momente, die entweder zur Ablehnung oder zur Bejahung des Krieges führen, aber notwendigerweise sind es doch wirtschaftliche Erwägungen, die der einen oder anderen Haltung besondere Ausdruckskraft verleihen. Jedenfalls läßt sich eine zunehmende Kriegsmüdigkeit feststellen, die der imperialistischen Politik unter Umständen gefährlich werden könnte.

Es wäre jedoch falsch, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Amerikas ausschließlich auf den Krieg in Indochina zurückzuführen. Sie beruhen auf einem von diesem Kriege relativ unabhängigen Krisenmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise. Eben weil die durch den Zweiten Weltkrieg erzielten Erfolge bereits der Vergangenheit angehören und das dadurch vergrößerte Kapital eine entsprechend größere Profitmasse benötigt, um sich auch weiterhin in gleichem Tempo zu entfalten, wurde der Erfolg von gestern zum Hindernis von heute. Die der Verwertung des existierenden Kapitals entsprechende Profitmasse war nicht mehr zu erzielen, so daß sich die Expansion in Stagnation verwandelte. Daß die durch den Weltkrieg und seine Folgen gemachten Gewinne nicht ausreichten, um das Akkumulationsproblem des amerikanischen Kapitals aus dem Wege zu räumen, war schon in der Tatsache angezeigt, daß es in der ganzen Nachkriegsperiode notwendig blieb, die Arbeitslosigkeit durch wachsende öffentliche Ausgaben abzuwehren.

Konjunktursteuerung

Die unkoordinierte kapitalistische Wirtschaft hat natürlich nicht die Möglichkeit der Selbstbestimmung, die sich einmal für eine steigende und ein anderesmal für eine fallende Konjunktur entscheiden kann. Mit zunehmenden Profiten dehnt sich die Produktion aus, wie sie mit abnehmenden Profiten fällt. Wenn von Wirtschaftspolitik gesprochen wird, so bezieht sich das nicht auf das Kapital selbst, sondern auf Regierungsmaßnahmen, welche die Wirtschaft in der einen oder anderen Richtung beeinflussen können. Diese Maßnahmen bestehen in der Anwendung des Steuersystems als konjunkturpolitischem Instrument, dem Staatskredit und der Geldpolitik. Durch die Verknappung des Geldes und der damit verbundenen Erhöhung der Zinsraten, können Produktion und Investitionen verlangsamt werden. Ebenfalls durch direkte oder indirekte Erhöhungen der Kapitalsteuern. Mit der Einschränkung der Produktion im allgemeinen, fällt die Profitabilität der schwächeren Kapitale im besonderen, und die Einschränkungen und Bankrotte erzeugen die Arbeitslosigkeit, die nicht mehr durch zusätzliche öffentliche Ausgaben aufgesogen wird. Der letzte Zweck des ganzen Prozesses ist auch der erste aller kapitalistischen Produktion, nämlich die Vermehrung des Profits, um auf dem Boden einer geänderten Kapitalstruktur eine neue Prosperität zu erzielen.

Der von der Nixon-Regierung eingeleitete deflationistische Kurs war in dieser Hinsicht erfolgreich. Arthur F. Burns, dem Chef des Federal Reserve System zufolge, „umfaßt nun die Arbeitslosigkeit alle Arten von Arbeitern und besonders die sogenannten unproduktiven Arbeiter; ein Zustand, wie er in der ganzen Nachkriegsperiode nicht zu finden war. Dank dieser energischen Maßnahme zur Kostenverminderung, befindet sich die seit zwei Jahren stagnierende Produktivität der Arbeit wieder im Aufstieg. Im zweiten Viertel 1970 stieg die Produktivität auf 4 % und von dort auf 5 % im dritten Viertel des Jahres. Dieser Fortschritt in der Arbeitsproduktivität bremst den Aufstieg der Arbeitskosten trotz der auch weiterhin steigenden Löhne." (New York Times, 8. Dezember 1970). Obwohl es diesem Fachmann entgangen ist, daß die Reallöhne schon seit 1967 nicht mehr gestiegen sind, ist nicht zu bezweifeln, daß die Arbeitslosigkeit, die nach offiziellen Angaben Ende 1970 6 % aller Beschäftigten umfaßte, die Möglichkeit größerer Ausbeutung mit sich brachte und die Produktionskosten verminderte. Aber diese Kostenverminderung hat nichts an den steigenden Preisen geändert.

Hausbesetzung in New York upi

Die Nixon-Politik war so eine „enttäuschende", da sie zwar den Gang der Wirtschaft verlangsamte, aber die Inflation nicht beendete. Inflation ohne Arbeitslosigkeit, wurde nun gesagt, sei solcher mit Arbeitslosigkeit vorzuziehen. Aber das Kapital muß in allen Situationen Profit machen, und die Inflation mit Arbeitslosigkeit entsprach seinen Interessen am besten. Solomon Fabricant, ein weiterer Fachmann, drückte dies folgendermaßen aus: „Die Fortsetzung der inflationistischen Politik 1969 hatte nur die Depression aufgeschoben auf Kosten einer noch weit tiefer greifenden Depression zu einem späteren Zeitpunkt, an dem die Inflationsrate ein nicht mehr tragbares Niveau erreicht haben würde." (New York Times, 8. November 1970). Es handelte sich nicht um die Inflation selbst, sondern nur um die Rate ihrer Entfaltung. Um diese zu hemmen, schien es notwendig, die Beschneidung des Reallohns nicht nur in der Zirkulationssphäre vorzunehmen, sondern, durch den Druck wachsender Arbeitslosigkeit, auch in der Ausbeutungssphäre der Produktion.

Dollar-Krise

Die Unterbrechung des inflationistischen Kurses erschien nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Notwendigkeit, da die amerikanischen Zustände eng mit denen der Weltwirtschaft verbunden sind. Der Dollar ist eine Reservewährung. Von seiner Stabilität hängt das internationale Währungswesen und damit auch der Welthandel ab. Internationale Vereinbarungen bestimmen das Verhältnis anderer Währungen zum Dollar, der, wenigstens theoretisch, auf einen bestimmten Goldpreis basiert. Die Kaufkraft des Dollars ist während der letzten zehn Jahre um mehr als ein Viertel gesunken. Damit sind auch die Dollarreserven anderer Länder entwertet, und die Neigung wächst, sie in Gold einzutauschen. Der unablässig fortschreitende Verlust seiner Golddeckung macht den Dollar als Weltgeld und Reservewährung stets problematischer und damit das gesamte internationale Geldsystem.

Ermöglicht die Entwertung des Dollars eine bessere Profitabilität, insoweit als die Preise schneller als die Löhne wachsen, so tendiert sie doch in Richtung einer Zersetzung des bestehenden internationalen Geldsystems, das auf der Parität des Dollars mit anderen Währungen beruht. Die größere Konkurrenzkraft hat dem amerikanischen Kapital bisher eine positive Handelsbilanz erlaubt, die allerdings, durch große Kapitalexporte und den Krieg in Indochina, von einer negativen Zahlungsbilanz begleitet war. Die von der Regierung erzeugten Dollars fanden ihren Weg ins Ausland, da dort die Profite mehrversprc-

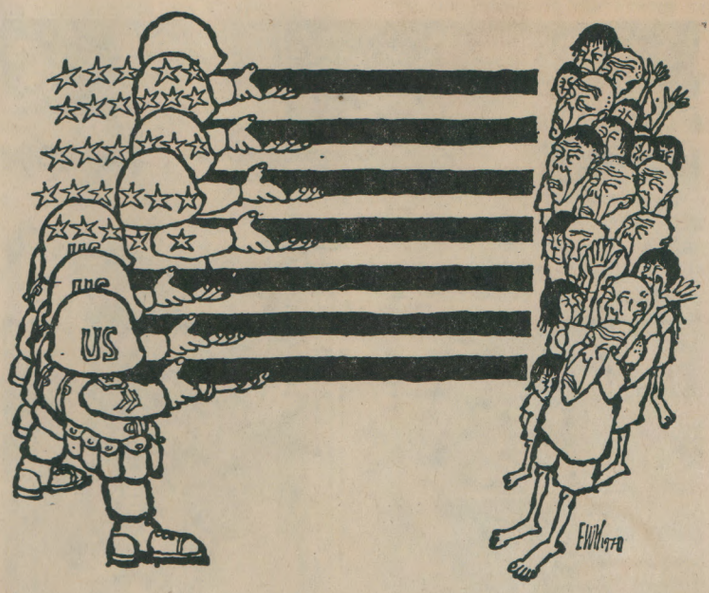
chender als in Amerika waren und unterwarfen einen wachsenden Teil der Weltwirtschaft der amerikanischen Ausbeutung. Die damit verbundene Beschleunigung der internationalen wirtschaftlichen Aktivität war so zum Teil an die inflationistische Politik Amerikas gebunden und fand für lange Zeit keinen ernsthaften Widerstand. Aber mit der zunehmenden Konkurrenzfähigkeit des europäischen und japanischen Kapitals wenden sich diese Länder gegen den auf inflationistischem Wege geförderten amerikanischen Kapitalexport. Es ist nicht zu erwarten, daß diese Länder, nur um den Dollarstandard aufrechtzuerhalten, ihre eigenen kapitalistischen Interessen den inflationistischen Notwendigkeiten Amerikas für dauernd unterwerfen.

Jedenfalls schien die sich beschleunigende Inflation, national wie international, der Kontrolle der amerikanischen Regierung zu entgleiten und dem Kapital mehr zu schaden als zu nützen. Sie erzwang, neben Ab- und Aufwertungen anderer Währungen, eine internationale Inflation, welche die mühsam errungenen internationalen Vereinbarungen untergräbt und auf eine allgemeine finanzielle Krise hindeutet. Die rapide steigenden Dollarpreise verminderten zudem die internationale Konkurrenzfähigkeit des amerikanischen Kapitals, und seine Warenexporte fielen im Verhältnis zu den Importen. Zwischen 1962 und 1968 wuchs der amerikanische Export von 21,4 Milliarden auf 34,2 Milliarden an. In derselben Zeit stiegen die Importe jedoch von 16,4 Milliarden auf 32,4 Milliarden Dollar, womit die positive Handelsbilanz fast vernichtet wurde. Daß sie noch in kleinem Maße weiterbesteht, ist nicht dem Warenaustausch zwischen Europa und Amerika zu danken, sondern dem Amerikas mit den unterentwickelten Ländern. Mit dem Verschwinden der positiven Handelsbilanz wurde der Druck auf die Zahlungsbilanz durch weitere Kapitalexporte und die Kosten des Imperialismus immer stärker und führte zu dem Entschluß, den inflationistischen Kurs aufzuhalten.

Diese Entscheidung war umso leichter zu treffen, da die Kriegslagen in Indochina und im Nahen Osten viel von ihrer Bedrohlichkeit verloren hatten und Amerika erlaubten, die damit verbundenen Kosten zu stabilisieren. Die temporäre Einschränkung des Kapitalexports beeinträchtigte die schon angelegten Kapitale wenig, da diese sich nun eines neuerstandenen europäischen Kapitalmarktes bedienen konnten. Eine dem International Monetary Fund abgerungene künstliche Reserve, das sogenannte Papier-Gold, unterbaute die amerikanische Goldreserve, und europäische Kapitalexporte nach Amerika stützten die Zahlungsbilanz. In dieser von verschiedenen Seiten her vermittelten Atempause, schien es durchaus möglich, den inflationistischen Kurs zu unterbrechen. Die sozialen Folgen wurden als notwendig zu zahlender Preis hingenommen, um von der Inflation zu einer mehr realistischen Konjunktur vorzustoßen.

Diese stellte sich als Illusion heraus. Wohl fiel die Gesamtproduktion das erstemal seit 1958, aber am Preisniveau änderte sich nichts. Ende des Jahres war die Zahl der Arbeitslosen auf 5 Millionen gewachsen, die der Wohlfahrtsempfänger auf fast 15 Millionen. Jede Woche erklären rund 200 Firmen und mehr als 3000 selbständige Geschäftsleute ihren Bankrott. Die zunehmende Produktivität der Arbeit hat wohl die Profitabilität verbessert, jedoch nicht genügend, um zu neuen Investitionen anzulocken. Die Aufträge in der Maschinenbau-Industrie sind heute niedriger als sie vor 12 Jahren waren. Die „kalkulierte" Reduzierung der wirtschaftlichen Aktivität mündete in einem allgemeinen Niedergang, dessen soziale Folgen sich nicht absehen ließen. Versuchte die Nixon-Regierung vorerst auf den Wegen weiterer Erleichterungen der kapitalistischen Besteuerung und der Verminderung der Zinsraten die Wirtschaft erneut aufwärtszutreiben, so sah sie sich bald gezwungen, zu den inflationistischen Maßnahmen der Vergangenheit zurückzukehren. Für das Jahr 1971 ist ein Defizit zwischen 15 und 20 Milliarden Dollar und eine entsprechende Beschleunigung der Geldzufuhr vorgesehen, um zum Zustand der Vollbeschäftigung zurückzufinden.

Die Definition der „Vollbeschäftigung" erlaubt allerdings Arbeitslosigkeit bis zu 4 Prozent der Gesamtbeschäftigten. Aber selbst um dieser Definition gerecht zu werden, müßten nach Angaben der Wirtschaftsexperten die Produktion jährlich um 6 % in realen Werten steigen. Angesichts des aktuellen Rückgangs der Produktion um die Jahreswende, kann jedoch selbst diese schon unwahrscheinliche 6-prozentige Wachstumsrate nicht zur Volbeschäftigung führen, und dies umsoweniger, als, den Erhebungen geplanter Neuinvestierungen zufolge, alle Industrien für 1971 ihre Investitionen zwischen 5 und 9 Prozent zu vermindern trachten. Die Arbeitslosen werden nicht im privaten Wirtschaftssektor Beschäftigung finden, so daß das Programm der Vollbeschäftigung sich nur durch eine weitere Expansion des staatlichen Sektors verwirklichen ließe, und damit nur durch eine neue Inflationswelle.



Der politische Kurs

Inflation, Krieg und Arbeitslosigkeit führten zu einer allgemeinen Unzufriedenheit, die sich nicht nur politisch, sondern auch als militärische Demoralisierung bemerkbar machte. Die Zurückziehung eines Teils der Truppen aus Indochina ist nicht nur auf die Absicht der Stabilisierung der militärischen Ausgaben zurückzuführen, sondern auch auf die zunehmende Unzuverlässigkeit der in Vietnam stationierten Soldaten. Sie wurde allerdings erst ermöglicht durch die scheinbare Unfähigkeit Nord-Vietnams, den Krieg in größerem Maßstabe fortzusetzen. Die Zurückziehung der Truppen und das damit verbundene Versprechen eines völligen Rückzugs aus Vietnam erweckten neue Illusionen und legten die amerikanische Anti-Kriegsbewegung fast völlig lahm. Auch die Studentenbewegung, die sich fast ausschließlich gegen den amerikanischen Imperialismus wandte, ohne sich viel um das kapitalistische System selbst zu kümmern, wurde ein Opfer ihrer eigenen programmatischen Beschränkung und ihrer aktuellen Unfähigkeit, den Gang der Dinge wesentlich zu beeinflussen. Durch den Einbruch in Kambodscha und Laos erhielt sie allerdings einen neuen Impetus, der aber weit hinter der früher entwickelten Aktivität zurückblieb.

Die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten des amerikanischen Kapitals sollten jedoch nicht überschätzt werden: die unzufriedenen Kräfte richten sich im allgemeinen nicht gegen das kapitalistische System, sondern nur gegen die gegenwärtige Regierungspolitik. Die Nixon-Regierung sorgt sich so ebenfalls nicht so sehr um die Erhaltung des Kapitalismus als um ihre eigene Weiterexistenz und macht ihre Politik, soweit dies objektiv möglich ist, mit Hinsicht auf die kommenden Wahlen. Das kann sich allerdings nur auf die Innenpolitik beziehen, aber hier ist es durchaus möglich, auf Kosten weiterer Staatsverschuldung die Gesamtproduktion zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die dadurch beeinträchtigte kapitalistische Akkumulation kann das System selbst noch nicht erschüttern, da der Anteil der staatlich-bestimmten Verschwendungsproduktion der Gesamtproduktion gegenüber noch verhältnismäßig gering ist.

Die Außenpolitik läßt sich jedoch nicht einseitig kontrollieren. Ohne Zweifel würde der Nixon-Regierung ein Ende des Krieges in Vietnam unter amerikanischen Bedingungen willkommen sein. Dies umso mehr, als sich eine für das amerikanische Kapital kritische Lage in den Ländern Südamerikas zu entwickeln beginnt, und die Situation im Nahen Osten nichts an ihrer Explosivität verloren hat. Die Eingriffe in Kambodscha und Laos weisen darauf hin, daß für Amerika der Krieg in Indochina nur mit der Niederlage Nord-Vietnams enden kann, d. h. mit dem Ende der Bestrebungen Süd- und Nord-Vietnam zu vereinigen. Es hängt von dem Verhalten der Sowjetunion und Chinas ab, ob eine Konsolidierung der amerikanischen Macht in Südost-Asien einsetzen wird. Wie die Dinge liegen, fällt der erneut aufgenommene inflationistische Kurs mit verschärfter imperialistischer Aggressivität zusammen. Beide Erscheinungen können die internen sozialen Gegensätze nur auf die Spitze treiben, so daß der amerikanische Kapitalismus in seinem langjährigen Krisenzustand verharren wird.

Angela Davis Solidaritäts-Aufruf

Unterschriftenlisten anfordern bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Solidaritätsspenden Sonderkonto Angela Davis bei Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Kontonummer 1/740 282/9-11.

Zur griechischen Situation

Interview mit einem griechischen Kommunisten

links: Am 21. April 1967 putschten die Obristen in Griechenland. Hat sich in der Folgezeit bestätigt, daß das von ihnen errichtete Regime faschistisch ist?

Georg: Um ein faschistisches Regime im geläufigen Sinne handelt es sich nicht. Das Regime stützt sich auf keine Massenbewegung. Es kam durch einen Überraschungsputsch an die Macht und konnte sich bis heute nicht konsolidieren.

links: Wie konnte dieser Putsch gelingen? Wer stand hinter diesem Putsch, wennn es nicht allgemein die griechische Bourgeoisie war?

Georg: Genauer gesagt, ist das Regime vom 21. 4. 1967 eine Diktatur im Interesse der inländischen Monopol-Oligarchie , welche mit dem ausländischen, hauptsächlich dem USA-Monopol-Kapital verbunden ist. Die Errichtung der Diktatur resultiert aus dem damaligen wachsenden und tiefgreifenden Widerstand gegen die griechische Abhängigkeit; damit wurden die Interessen der Nato und besonders der USA im Mittelmeerraum tangiert.

links: Fühlten sich die USA und ihre griechischen Partner durch die Entwicklung im Jahre 1967 tatsächlich bedroht?

Georg: Man kann sagen, daß die demokratischen Kräfte insgesamt, und vor allem die Partei der Linken, die EDA, aus den bevorstehenden Wahlen 1967 gestärkt hervorgegangen wären.

links: Was war das Bedrohliche im Programm der EDA aus der Sicht der USA? Man sagt, die EDA hatte ein ausgesprochen antiimperialistisches Programm. Was kann man darunter genau verstehen?

Georg: Hauptpunkt des Programms ist der Kampf für die Unabhängigkeit des Landes und die Loslösung von allen Bündnissen, d. h. also auch Austritt aus der Nato und vor allem, was für Griechenland sehr wichtig ist, die Anullierung des Vertrages von 1953 mit den Amerikanern, der den Amerikanern das uneingeschränkte Recht zur militärischen Benutzung des Landes gibt. Die EDA forderte für Griechenland eine außenpolitisch blockfreie Neutralitätspolitik. Der sozialpolitische Teil des Programms sah vor: Nationalisierung der Energieproduktion; Verstaatlichung der Banken; Entwicklung der einheimischen Industrie durch Nutzung der Energiequellen und der Bodenschätze des Landes (Braunkohle, Bauxit); Entwicklung der Landwirtschaft durch die Mechanisierung und Förderung der genossenschaftlichen Produktion; Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter und der arbeitenden Bevölkerung insgesamt. Die Verwirklichung dieses Programms war eng verbunden mit dem Kampf für eine Demokratisierung des Staates und aller Bereiche des öffentlichen Lebens.

links: Inwieweit fühlte sich die Linke in Griechenland durch das amerikanische Engagement und durch die Nutzung des griechischen Territoriums für militärische Zwecke beeinträchtigt? Hätte es der Realisierung des sozialpolitischen Programms hindernd im Wege gestanden?

Georg: Das griechische Problem ist hauptsächlich und vor allem ein Unabhängigkeitsproblem. Um die bestehenden Klassengegensätze im Sinne der Arbeiterklasse zu lösen, muß man den antiimperialistischen Kampf mit allen demokratischen Kräften zu Ende führen. Die Linke stand und steht heute noch, nach dem Putsch, auf dem Standpunkt: der Weg zur sozialistischen Umgestaltung Griechenlands geht nur über die Unabhängigkeit des Landes; d. h. Griechenland muß unabhängig werden von den USA und der Nato.

links: Die Linke in Griechenland war ja von dem Putsch der Obristen genauso überrascht wie letzten Endes auch die konservative Rechte. Würde die Rechte auch geputscht haben, wenn die demokratischen Kräfte bei den Wahlen 1967 zum Zuge gekommen wären?

Georg: An sich sprach man die ganze Zeit von einem bevorstehenden Putsch der Rechten; d. h. derjenigen Kräfte, die sich in der ERE-Partei sammelten.

links: Warum erschienen den USA die politischen Operationen der Rechten nicht als eine ausreichende Garantie ihrer Interessen?

Georg: Natürlich setzten die Amerikaner bei der Sicherung ihrer Privilegien auch auf die politischen Operationen der rechten Parteien. Aber sie hielten das im Ergebnis für zu unsicher. Nach 8 Jahren der konservativ bis reaktionären Regierung von Karamanlis wurde 1964 die Zentrumsunion mehrheitlich gewählt. Dann kam der „kalte" Putsch des Königs von 1965, der den Ministerpräsidenten Papandreou (Zentrumsunion) absetzte. Doch der Erfolg dieser Machtmanipulation des Königs und der hinter ihm stehenden rechten Kräfte war zweifelhaft. Seitdem hat sich die Lage ständig zugespitzt, und es bestanden für die linken und progressiven Kräfte gute Aussichten bei den Wahlen 1967. Im Rahmen des parlamentarischen Systems hätten die Rechten ihre Macht nicht mehr aufrecht erhalten können.

links: Nachdem nun die Amerikaner in Konsequenz dieser Entwicklung mit Hilfe des Militärs den Putsch durchgeführt haben, müssen sie im Grunde genommen auch das Regime heute irgendwie honorieren. Wie ist z. B. die amerikanische Investitionstätigkeit in Griechenland?

Georg: 3/4 aller fremden Investitionen sind amerikanisches Kapital; dabei sind über 50 % der Investitionen in der Industrie überhaupt fremdes Kapital. Eine starke Einfuhr von westeuropäischem Kapital ist ebenfalls zu verzeichnen, vor allen Dingen von England, Frankreich und Westdeutschland (dort vor allen AEG und Siemens). Dementsprechend befindet sich 1/3 der Industrie in den Händen fremden Kapitals: Aluminium, (Peschine-Reynolts) Petrochemische Industrie (Esso-Pappal), Raffinerien (Niarchol) usw., Zusammengefaßt: Es findet also ein regelrechter Ausverkauf Griechenlands statt.

links: Wie sind die Profitrealisierungschancen in Griechenland?

Georg: Man kann sie als günstig bezeichnen. Wenn es eine Bremse für das ausländische Kapital gibt, zu investieren, ist es nur die politische Unsicherheit. Die Widerstandsorganisationen haben erklärt, daß sie alle Verträge der Junta überprüfen werden.

links: Auch die sozialistischen Länder haben nach wie vor wirtschaftliche Beziehungen zu Griechenland, und sowohl die Sowjetunion wie die DDR leisten Wirtschaftshilfe. Wie beurteilt Ihr das aus Eurer Sicht?

Georg: Es steht 1. fest, daß die sozialistischen Länder das Regime politisch ablehnen. Es gibt auch dementsprechende Erklärungen der kommunistischen Parteien. 2. muß man betrachten, daß in den ersten Jahren nach dem Putsch das Geschäft mit den sozialistischen Ländern zurückging. In den Jahren 1969 – 1970 bemerkte man eine stärkere Aktivität. Die Junta ermunterte und die sozialistischen Länder antworteten positiv; sie brachten den Handel nicht nur auf das frühere Volumen, sondern weiteten ihn aus. Wir nehmen an, daß die heutige Politik der sozialistischen Länder davon ausgeht, daß das Regime sich stabilisiert hat, und wir meinen eben, diese Einschätzung ist falsch. Aus diesem Grunde stehen wir auch im Gegensatz zu dieser Politik der sozialistischen Länder.

links: Du sagst, das Regime hat sich bis heute nicht konsolidiert, es habe keine Massenbasis gefunden. Andererseits unternimmt es aber doch ziemliche Anstrengungen, mindestens das Kleinbürgertum für seine Sache zu gewinnen.

Georg: Man hat im Jahre 1970 eine gewisse Aktivität in dieser Richtung beobachtet. Es gab Versuche zur Ankurbelung der Industrieproduktion und reichliche Kredite für den Mittelstand. Auch ist eine gewisse Erhöhung des Exports zu verzeichnen. Aber im großen und ganzen sieht man aus den Außenhandelsbilanzen: das Defizit ist größer geworden, d. h., die Verschuldung ist angewachsen auf jetzt über 900 Mio Dollar.

links: Wie verhält sich die Masse der Bevölkerung zum Regime? Wobei zu unterteilen wäre zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung?

Georg: Im allgemeinen verhält sich die Bevölkerung zur Junta negativ bis indifferent, und die Junta spürt die Ablehnung des Volkes. In den Großstädten ist sie natürlich mehr sichtbar; weniger sichtbar ist die Ablehnung in den Dörfern, und das ist verständlich, denn das Leben in kleinen Dörfern und in der Provinz ist leichter zu kontrollieren als in einer Großstadt.

links: Welches sind die Perspektiven des Widerstandes in Griechenland? Wer trägt den Widerstand?

Georg: Der Widerstand wird getragen von der Linken, von der Patriotischen Front, anderen Widerstandsorganisationen und von einzelnen Gruppen bis hin zur antidiktatorischen Rechten.

links: Von der Linken in welchem Umfang? Was versteht man unter „Linke" in diesem Fall? Die kommunistische Partei war ja in Griechenland verboten, und die EDA war eine Art Ersatzpartei, in der Kommunisten mehrheitlich mitgearbeitet haben. Wird der Kampf in Griechenland heute also von der EDA geführt oder ist es die kommunistische Partei selbst, die sich an die Spitze des Kampfes gestellt hat?

Georg: Die kommunistische Partei hat gleich nach dem Putsch das Volk zum Widerstand aufgerufen und angefangen, ihre Kräfte zu mobilisieren und auch zu organisieren. Die kommunistische Partei war offiziell in den ganzen Jahren

Organisation und Partei

Texte von G. Lukàcs aus den Jahren 1920—1926:

Zur Organisationsfrage der Intellektuellen — Zur Frage des Parlamentarismus - Die moralische Sendung der kommunistischen Partei - Opportunismus u. Putschismus - Alte und neue Kultur - Spontaneität der Massen, Aktivität der Partei - Taktik und Ethik u. a.

182 S. **Preis: 5,— DM.**

Das rote Gewerkschafts-buch

Herausgegeben von
A. Enderle, H. Schreiner,
E. Weckerle und J. Walcher.

Erstausgabe 1932. Eine Gewerkschaftsarbeit, die revolutionär im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus sein will, muß aus den Erfahrungen und Fehlern der „Roten Gewerkschaftsopposition" lernen. Nur so kann realisiert werden, daß die Gewerkschaften wieder zur „Kriegsschule der Arbeiterklasse" (Engels) werden.

191 S. **Preis: 5,— DM.**

Die Septemberstreiks

Darstellung, Analyse und Dokumente der Streiks 1969 in der Stahlindustrie, im Bergbau und anderen Bereichen.

406 S. **Preis: 9,— DM**

Weitere große Auswahl an sozialisierten Drucken:

Buchliste anfordern!

Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung.

Übrigens: Wir versenden jetzt auch sämtliche Texte der sozialistischen und progressiven Verlage.

★spartakus

2 Hamburg 13, v. Melle-Park 17,
Postfach 117, Tel. 04 11/41 74 84

Mitglied des „Verband des linken Buchhandels (VLB)".

nach dem Bürgerkrieg verboten, aber nach dem Putsch ist dann ja eine neue Situation eingetreten. Alle Parteien wurden verboten, auch die EDA-Partei. Eben aus dieser Situation heraus kam die kommunistische Partei jetzt stärker als bisher zum Vorschein.

Es gibt aber einen großen Streitpunkt zwischen den Kommunisten. Da ist der Beschluß von 1965, daß die kommunistische Partei gewisse Zentren und Stützpunkte aufbauen sollte. Aber sie waren immer noch erst im Aufbau, als der Putsch bereits kam. Diese Verzögerungen und fundamentalen Meinungsverschiedenheiten nach dem Putsch über die Politik und die Linie der Partei führten schließlich zur Spaltung der KPG.

links: Wann war diese Spaltung?

Georg: Im Jahre 1968 im Februar.

links: Was waren die unmittelbaren Gründe?

Georg: Man kann sie an einem Beispiel aufzeigen: Bekanntlich hat die kommunistische Partei, auch die EDA, einen Monat vor dem Putsch die Parole ausgegeben, wir gehen zu den Wahlen und es gilt jetzt die Wahlen zu gewinnen, die Wahlen gut vorzubereiten usw. Das ist der Ausdruck einer ausschließlich legalistischen Politik, die von einer falschen Analyse der damaligen Situation ausging.

links: Eine Analyse, die darauf beruhte, daß in Griechenland im Zeichen der Koexistenz in keiner Weise ein Rechtsputsch zu erwarten sei?

Georg: Man kann das so sagen, und es ist mehr eine Sache der Taktik und nicht des Programms, weil das Programm der kommunistischen Partei und das Programm der EDA im Volk Anklang gefunden haben. Das zeigten auch die großen Bewegungen, die in den letzten Jahren vor dem Putsch entstanden sind. Doch man kann sich nicht von Wahlresultaten leiten lassen. Die EDA bekam z. B. im Jahr 1964 12 % der Stimmen, aber das entsprach bei weitem nicht ihrem wirklichen Einfluß im Volk und in der politischen Entwicklung. Diesen Einfluß hätte man auch anders nutzen können, und wenn man von Taktik spricht, muß man zuvor die Interessen der Amerikaner in Griechenland und im östlichen Mittelmeerraum richtig einschätzen. Z. B. behaupte ich heute noch, daß es einen engen Zusammenhang zwischen dem 6-Tage-Krieg Israels gegen die arabischen Staaten von 1967, der ungefähr so 45 Tage nach dem Putsch ausbrach, und zwischen dem Putsch selbst in Griechenland gab.

links: War die Taktik der eigentliche Grund der Spaltung der Partei oder gab es noch andere Gründe?

Georg: Vor allem ging es um die Frage der Unabhängigkeit der Partei und um die Festlegung der Politik in Griechenland aufgrund der Analyse der Situation in Griechenland selbst. Die Partei hat sozusagen die Politik der Koexistenz, ohne sie auf griechische Zustände zu übertragen, einfach übernommen. Deshalb konnte sie, wie wir gesehen haben, in diesem Fall keine richtige Strategie für Griechenland entwickeln. Dann kam die große Frage: Wo fallen die Beschlüsse? Bekanntlich war die Führung der kommunistischen Partei im Ausland, aber in Griechenland selbst war über die Hälfte der Zentralkommiteemitglieder. Trotzdem wurden in den letzten Jahren die Hauptbeschlüsse über die Politik in Griechenland im Ausland gefällt, also am Sitz des Politbüros. — Grundlegende Unterschiede bestehen auch in der Frage des Internationalismus, d. h. des Rechts jeder Partei, ihren eigenen Weg zum Sozialismus selbst zu bestimmen.

links: Wie weit ist diese Spaltung denn geraten? Hat sich der vom Moskauer Kurs unabhängige Teil der Kommunistischen Partei konsolidiert?

Georg: Unsere Partei arbeitet vor allen Dingen in Griechenland, wo sich eine neue Führung gebildet hat. Es gibt auch im Ausland Organisationen, aber die Beschlüsse fallen in Griechenland selbst, dort wo der Kampf ausgetragen wird.

links: Wie wirkt sich das auf den Widerstand aus?

Georg: Wir müssen alle Kampfformen nutzen, die geeignet sind, den Sturz der Diktatur herbeizuführen. Unter den Bedingungen des nackten Terrors muß die Widerstandsorganisation auf harte Zusammenstöße vorbereitet sein.

links: Und wie ist der Kurs der mit Moskau übereinstimmenden griechischen Kommunisten?

Georg: Die Kolligiannis-Gruppe spricht bezeichnenderweise nicht vom Kampf um den Sturz des Regimes, sondern von dessen Ablösung. Sie ist völlig von ihren früheren Beschlüssen abgegangen und argumentiert gegen militante Aktionen. Dementsprechend findet diese Gruppe auch keine nennenswerte Basis mehr im Volk.

links: Wächst der Widerstand in Griechenland?

Georg: Man kann, wenn die äußeren dynamischen Merkmale betrachtet werden, gegenwärtig nicht von einer Steigerung sprechen. Wenn man aber die Entwicklung in politischen und wirtschaftlichen Bereichen ansieht, steigert sich die Ablehnung gegenüber der Junta. Das kann man vor allen Dingen in den Städten beobachten. Die Intelligenz tritt mutiger auf und veröffentlicht Bücher mit offenem antidiktatorischem Inhalt. Die Arbeiter organisieren in den Fabriken den täglichen Kampf gegen den von der Junta proklamierten Lohnstopp.

links: Besteht die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts in Griechenland?

Georg: Das liegt im Bereich der politischen Überlegungen, aber man kann nicht sagen, daß der bewaffnete Konflikt vor der Tür steht. Unsere Politik richtet sich auf eine große Sammlung all jener Kräfte, die gegen die Junta sind, auch wenn sie nicht unser Sozialisierungsprogramm annehmen.

links: Trägt dieses breite Bündnis nicht dazu bei, das Programm der kommunistischen Partei zu verwässern?

Georg: Ich glaube, es haben die früheren Jahre gezeigt, daß eine solche Gefahr nicht besteht: Die Befreiung von der Junta ist zugleich die Öffnung des Weges für eine demokratische Entwicklung. Das Ganze hat Prozeßcharakter. Wir meinen, daß wir die Bedingungen für eine sozialistische Revolution selbst erst schaffen müssen und nicht auf die Bedingungen warten dürfen. Zunächst geht es um die Lösung des vordringlichsten Problems, und das ist der Sturz der Junta.

■

● **„Alarmzeichen Griechenland". Politisches Nachtgebet in Köln Mai 1969. Bestellungen an Marie Veit, 5 Köln 41, Fürst-Pückler-Str. 57, DM 1,— in Briefmarken beilegen.**

● **Diskussionspapier. Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Stückpreis DM 2,—, ab 10 Stück 50 % Rabatt. Bestellungen an Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postf. 591.**

● **Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von "Il Manifesto". Heft 11 der Reihe Internationale Marxistische Diskussion. DM 5,— zuzüglich Versandkosten. Bestellungen an Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591.**

BRD-Imperialismus und Südafrika (II. Teil)

Jürgen Ostrowsky

Der Kampf um den Süden des Kontinents

Die SAR ist die Operationsbasis der von Pretoria und dem westdeutschen Großkapital verfolgten Strategie, „das ganze südliche Afrika in der Hand zu behalten und es als Konspirationsbasis gegen die unabhängigen Staaten des Nordens zu nützen. Neben den Schritten, Malawi, Lesotho, Botswana und Swaziland zu absorbieren, steht die Bedrohung Tanzanias und Zambias" (40). „Neben die Faschisierung im Inneren treten als weitere Maßnahmen zur Verteidigung der weißen Vorherrschaft:

a) die militärische Allianz mit Smith und Caetano zur Bekämpfung der Guerillas im südlichen Afrika,

b) der Plan, ein 'südafrikanisches Commonwealth' zu schaffen ...,

c) die noch stärkere Bindung nordamerikanischer und westeuropäischer Interessen an Südafrika"(41). Dieses Konzept südafrikanischer Hegemonie fand schon zu NS-Zeiten Beifall: „Die südafrikanische Nation hat den politischen Kampf gegen das imperialistische Engländertum gewonnen, jetzt erhebt sie den Anspruch, Afrika südlich des Äquators sei Interessensphäre der Union" (42).

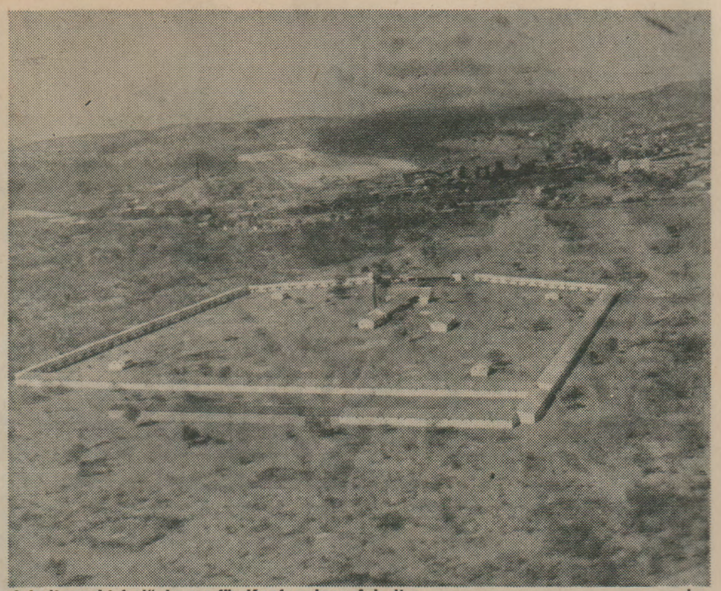
Die Länder, gegen die sich der Vorstoß der Vormacht SAR richtet, lassen sich in drei Kategorien einteilen:

1. Die Heloten, also Arbeitskräfte- und Rohstofflieferanten, zugleich eine vorgeschobene Sicherheitszone gegen Befreiungsbewegungen; dazu gehören die Enklaven Lesotho und Swazi (Ngwane), Botswana, sowie Malawi, das unter dem wirtschaftlichen Druck seiner rassistischen Nachbarn (Rhodesiens zumal) die Flucht in die bedingungslose Kollaboration antrat;

2. die Verbündeten — Rhodesien (von der Befreiungsbewegung Zimbabwe genannt) unter Ian Smith und die portugiesischen sog. 'Überseeprovinzen' Angola und Mozambique, sowie Portugal selbst;

3. die unabhängigen Staaten Zambia (unter Kenneth Kaunda) und Tanzania (unter Julius Nyerere).

Das faktisch von Pretoria annektierte Südwestafrika (von der Widerstandsbewegung Namibia genannt), befindet sich vollständig im Griff internationaler und südafrikanischer Konzerne wie DeBeers, Harry Oppenheimers Anglo-American-Trust, Bethlehem Steel (USA) oder Rio Tinto Zinc (Großbritannien). Nach einem von der Befreiungsorganisation „Südwestafrikanische Nationale Vereinigte Front" vor den Vereinten Nationen ver-



„Arbeit macht frei"- Lager für Kupferminen-Arbeiter dpa

teilten Flugblatt stellen „die Deutschen ... heute die 'unerbittlichsten Blutsauger' der afrikanischen Arbeiter ... sowie das Rückgrat der südafrikanischen Apartheidpolitik und 'aller ihrer Schrecken' " (43).

Kaum besser ergeht es den nominell unabhängigen Staaten dieses Gürtels: Lesotho, Ngwane und Botswana sind durch eine Zollunion wirtschaftlich an die SAR gefesselt, die südafrikanische Währung gilt in allen dreien. Im Kapitalverkehr herrschen die Standard Bank of South Africa und die britische Kolonialbank Barclay's D.C.O., in deren Würgegriff sich eine Anzahl ehemaliger britischer Kolonien noch immer befindet.

Malawi schließlich befindet sich in der Lage, daß „90 000 Malawier sich und ihre ... Familien als Gastarbeiter in Südafrika ernähren, 200 000 arbeiten in Rhodesien" (44). Sein Staatshaushalt wird von London subventioniert, weitere Kredite stellen sogar portugiesische Banken zur Verfügung. Schließlich erklärte Ministerpräsident Banda am 23. April 1970, „die OAU solle aufhören, sich die Ansichten berufsmäßiger Exilpolitiker (über die SAR und Zimbabwe) zu eigen zu machen" (45).

Zimbabwe, das ehemalige Südrhodesien der Föderation Nord- und Südrhodesiens sowie Njasalands (heute Malawi), ist der adäquate rassistische Partner der SAR. Der rhodesische Außenhandel mit der BRD stieg gerade nach der Verhängung von UN-Embargos sprunghaft an: er brachte die BRD von 1965 auf 1966 jeweils an die erste Stelle im Export wie im Import der Republik (46). Zwar wickelte sich ein großer Teil dieses Außenhandels ebenfalls über Drittländer — vorzugsweise die SAR und die portugiesischen Kolonien — ab, aber 1969 wurde zum wirtschaftlich besten Jahr des Staates — zum Leidwesen Großbritanniens, das wiederum unter seiner weitgehenden Embargo-Befolgung Handelseinbußen in Kauf nehmen mußte. Die Wiederaufnahme voller Handelsbeziehungen steht denn auch auf dem Programm der neuen konservativen Regierung: „Bei den Vereinten Nationen ... kursiert derzeit eine Liste mit den Namen von 42 Londoner Oberhausabgeordneten, die Geschäftsinteressen in Südafrika und Rhodesien haben und bei verschiedenen Gelegenheiten Südafrika und Rhodesien politisch unterstützt haben" (47).

Gemäß seiner strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung im Konzept Pretorias geht die Unterstützung Rhodesiens durch die SAR bis zur Entsendung von Truppenkontingenten, die gegen die Befreiungsbewegungen in Zimbabwe kämpfen, da sie aber unmittelbar an der Grenze zu Zambia operieren, weiterreichende Aufgaben haben dürften (48).

Große strategische, vor allem aber künftige wirtschaftliche Bedeutung kommt den beiden portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique aufgrund ihrer reichen Rohstoffvorkommen zu. Die enge Verbindung zwischen der SAR und diesen beiden Gebieten geht aus den für die Kolonien allein vorerst sinnlosen Projekten des Cabora-Bassa-Dammes und des Kunene-Fluß-Stausystems hervor: sie sind zuallererst von Bedeutung für die südafrikanische Wirtschaft bzw. einen Wirtschaftsverbund zwischen der Republik und den Kolonien auf lange Sicht.

Die Bedeutung des Cabora-Bassa-Gesamtprojektes für das Konzept einer Art 'EWG' südlich des Äquators unter südafrikanischer Hegemonie veranlaßte die „Financial Times" zu der Prognose, „daß die Regierung in Pretoria (sich) bei den geringsten Anzeichen einer Störung wahrscheinlich einschalten werde, 'um ihre eigenen Interessen und nebenbei auch die Portugals zu wahren'. Und selbst die 'FAZ' meint, daß für den Fall, daß die portugiesischen Streitkräfte allein nicht in der Lage sind, Cabora Bassa und die 1 400 Kilometer langen Überlandleitungen gegen die FRELIMO zu schützen, sich eines Tages auch südafrikanische Truppen an der 'Jagd auf Partisanen' beteiligen könnten" (49). Wie sich diese 'Jagd' ohnehin schon seit langem abspielt, schildert ein Bericht unter dem Titel „My-Lai-Massaker gibt es auch in Afrika" in der „Frankfurter Rundschau" (50).

Gleichwohl versucht die Industrie-Propaganda das Projekt — einschließlich der Schiffbarmachung des Sambesi und des Baus einer Eisenbahnverbindung — auch als Köder für Zambia anzupreisen: diese Verbindung wäre ideal für seine Kupfertransporte (die ohnedies über den Hafen Beira in Mozambique verschifft werden) und böte damit „eine Alternative zur geplanten Eisenbahnverbindung zwischen Lusaka und Dar-es-Salaam" (51). Ein Prospekt der Hochtief AG, (AEG-RWE-Commerzbank) die am Dammbau beteiligt ist: „Entscheidend wird letztlich sein, wer hier den Wettlauf gewinnt: die wirtschaftliche Ausstrahlungskraft Cabora-Bassas oder die rein politische (!) des Bahnbaus der Chinesen" (52).

Tanzania und besonders Zambia (das ehemalige Nord-Rhodesien) sind die Hauptgegner der südafrikanischen Expansionspolitik — umsomehr, da sie als sozialistisch orientierte Nationen den Befreiungsbewegungen solidarisch Hilfe leisten. Zambia ist wegen seiner Binnenlage freilich gezwungen, seine Handelswege über Tanzania zu legen, wenn es ökonomisch unabhängig und pressionsfrei bleiben will. Der Bahnbau vom Hafen Dar-es-Salaam bis ins zambische Kupfergebiet dient der Realisierung dieser Intention. Er wird durchgeführt von Ingenieuren und auch Arbeitern aus der VR China; nur sie war bereit, „das von der Weltbank als unrentabel abqualifizierte 1,2-Milliarden-Projekt durch einen zinsfreien Kredit zu finan-

zieren“ (53). Seit dem vergangenen Herbst ist der Bau dieser Bahn im Gang.

Die demonstrative Eigenständigkeit beider Länder findet im strategischen Kalkül Pretorias ihren Ausdruck: zur Abwehr des Kommunismus aus dem Norden, so Premierminister Vorster, sei ein umfassendes Konzept für Südafrika nötig. Deshalb bestehe ein Gemeininteresse zwischen Südafrika und seinen Nachbarn, allerdings mit einem Schönheitsfehler, denn: Südafrika habe das „bestmögliche Verhältnis zu Botswana, Lesotho, Swaziland und Malawi (!); Portugiesen und Südafrikaner „verständen einander“; es werde aber auch die Zeit kommen, „da Zambia und Südafrika einander verstehen werden“ (54). „Verständigungspolitik“ im Vietnam-Stil betreiben Portugal und die SAR permanent. Portugiesische Truppen überschreiten häufig auf ihren Guerilla-Verfolgungsaktionen Zambias Grenzen, und mehrfach flog Portugals Luftwaffe Angriffe gegen zambische Grenzdörfer (55). Südafrikanische Polizeioffiziere sind in eindeutigen Missionen in Zambia aktiv — etliche wurden verhaftet und ausgewiesen; nach U-2-Muster führt die südafrikanische Luftwaffe Spionageflüge über ihren Nachbarländern durch, und die Regierung richtete einen besonderen 'Sicherheitsfonds' ein für Aktionen, „welche die südafrikanische Presse als 'CIA-mäßig' beschreibt. Das neu eingerichtete Bureau of State Security (BOSS genannt), mit dem hohen Budget von fast drei Millionen (engl.) Pfund, 'wird in einem Rahmen operieren, der seine Aktionen über die Landesgrenzen hinausgehen läßt' “ (56).

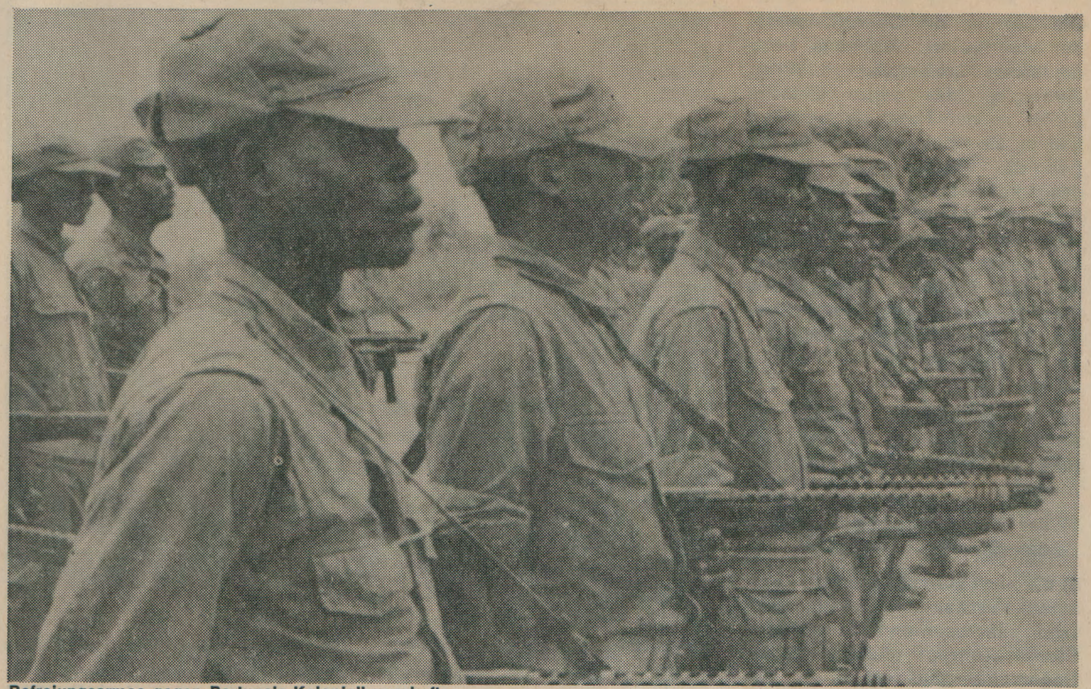
Nach dem israelischen Nahost-Feldzug 1967 kursierten gar begründete Gerüchte über eine ähnliche Aktion der SAR gegen Zambia und Tanzania, im Vertrauen auf die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen. Bestärkt wurden solche Vermutungen durch den Besuch des israelischen Luftwaffenkommandeurs, General Mordechai Hod, „von dem Südafrikas oberste Armee- und Luftwaffenoffiziere sich aus erster Hand über Israels Taktik“ im Junikrieg informieren ließen (57).

Bollwerk des christlichen Abendlandes

Die Großmacht-Perspektiven der SAR und ihrer Verbündeten greifen indes weit über die eines südafrikanischen Wirtschaftsbundes hinaus. Sie zielen auf die Schaffung einer Organisation zumindest 'südatlantischer' Prägung, unter Einbeziehung etwa Argentiniens und Brasiliens, unter Einschluß von Australien und Neuseeland sogar auf eine südhemisphärische Konzeption. In beiden wäre die SAR die führende Macht, militärisch wie wirtschaftlich. Auf die Schaffung einer SATO — als Pendant zur NATO — (mit deren Beteiligung allerdings) — drängen vor allem die Portugiesen — aus verständlichen Gründen, da ihre strategische Stellung nur dann von Rang wäre, wenn die für die NATO 'lebenswichtigen' Azoren z. B. in ein solches System einbezogen würden. Die Funktion dieser Allianzen ist klar: 'Bollwerk' des christlichen Abendlandes und des 'freien Westens' zu sein gegen das Gespenst des Weltkommunismus und der Befreiungsbewegungen. So sieht sich die SAR zumal, nachdem mit „Nordrhodesien und vor allem Katanga ... gleichsam die letzten Pfeiler einer Mauer gesunken seien, welche das schwarze West-, Zentral- und Ostafrika vom schwarzweißen südlichen Erdteilsdreieck trennte“ (58). „Die Tätigkeit sogenannter 'Befreiungsbewegungen', die, von Peking wie aus dem Ostblock organisiert, die Nordgrenzen von Angola und Mozambique beunruhigen, legt den Gedanken an eine gemeinsame Verteidigung nahe“ (59), die längst praktiziert wird: „Mitte 1968 kämpften bereits 500 südafrikanische Soldaten in Angola und Mozambique. In Zimbabwe standen sogar 1 500 südafrikanische Soldaten aus der SAR“ (60). Smith gar drohte unmißverständlich: „Wenn die zambischen Politiker nicht in der Lage seien, die Guerilla-Tätigkeit zu sehen, müsse Rhodesien ihnen vielleicht helfen die Augen aufzumachen“ (61)!

Die Deklarierung nationaler Befreiungskämpfe zu Komplotten auswärtiger Kommunisten, des Kommunismus selbst zu einer Art von östlicher Untermenschen-Ideologie sind Bestandteile einer Kalten-Kriegs-Psychose, die nicht müde wird, alles bedroht zu sehen, insbesondere die strategisch vorgeblich so überaus bedeutsame Position der SAR als Bastion gegen den Weltkommunismus.

Dementsprechend entfaltet die SAR eine rege Bündnisaktivität, die gegenwärtig auf der Ebene des Austausches von Militärdelegationen, Manövern und Flottenbesuchen verläuft. Eine Gruppe konservativer britischer Abgeordneter verlangte schließlich in einem Geheimreport, „Großbritannien müsse mit Südafrika, Argentinien und Brasilien einen 'Regionalpakt zur Verteidigung des südlichen Afrika und der Kap-Route' abschließen“ (62).



Befreiungsarmee gegen Portugals Kolonialherrschaft

In konsequenter Verfolgung seiner militanten Politik hat die SAR sich bis an die Zähne gerüstet — was 1939 im NS-Deutschland bereits lobend vermerkt wurde (63) — und seine Rüstungsausgaben von rund 250 Mio. DM anfang der sechziger Jahre auf etwa 2 Milliarden 1969 erhöht (64). Allein nach dem Sharpeville-Massaker 1962 wurden sie fast verdreifacht.

Profiteure waren die Rüstungskonzerne westeuropäischer Länder und der USA; trotz UN-Embargo-Beschlüssen wurde ungehindert weiter geliefert und die Waffen-Koproduktion in einigen Bereichen aufgenommen. Angesichts der inoffiziellen Duldung der „Vermittlung von militärischem Know-How, (der Erlaubnis für ihre Firmen) in südafrikanische Waffenfirmen zu investieren, (sowie) daß ihre Bürger übersiedelten, um leitende Posten in diesen Waffenfabriken zu übernehmen“ (65), geraten Bonner Dementis, „die Bundesrepublik habe nicht die Absicht, das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegenüber Südafrika zu umgehen“ (66) zu Zynismus. Frankreich gar hatte sich auch offiziell nie an diese Beschlüsse gehalten und war zum größten Waffenlieferanten der SAR aufgestiegen. Ein gewisser Major Siegfried Müller ('Kongo-Müller') lobte dies in einer Propaganda-Gazette: darin zeige sich „de Gaulles realistisches Denken ... Innere Verhältnisse ... sollten kein Hinderungsgrund sein, die südliche Flanke der freien Welt zu schützen“ (67) — „Handel ist keine Schande“.

Im Juli 1969 eröffnete der Vorsitzende der südafrikanischen Atom-Energie-Behörde, Dr. Roux, daß „Südafrika auf nuklearem Gebiet mit den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Portugal zusammenarbeite“ (68). Bei der Einweihung des ersten südafrikanischen Atomreaktors hatte der damalige Ministerpräsident Verwoerd immerhin geäußert: „Südafrika ist eines der führenden Uran-produzierenden Länder der Welt. Es ist eine Verpflichtung, daß Südafrika nicht nur (!) die militärische Verwendung des Materials bedenkt, sondern auch ... alles tut, um seinen Gebrauch auf friedliche Vorhaben zu lenken“ (69). Bis heute ist die SAR dem 'Atomsperrvertrag' nicht beigetreten.

In vertrautem Metier arbeiten westdeutsche Konzerne offensichtlich mit südafrikanischen Firmen zusammen: „Eine Verlautbarung der Farbwerke Hoechst vom Juli 1969 enthüllte, daß die Firma zusammen mit der SASOL ein gemeinsames Unternehmen in der Nähe von Johannesburg gegründet hat. SASOL arbeitet an der Entwicklung der Giftgase Tabun, Soman und Sarin“ (70) — sämtlich Kampfstoffe aus den Laboratorien der IG Farben. Schließlich: „Mit Hilfe westdeutscher Spezialisten und westdeutschen Kapitals werden in Südafrika Kernspaltstoffe produziert, die in militärisch verwertbares Uran 235 umgewandelt werden können“ (71). Begründete Mutmaßungen gehen weiter. So sollen sich Bonn und Pretoria „in einem Geheimabkommen über atomare und militärische Zusammenarbeit“ geeinigt haben (72); andere Untersuchungen konstatieren, „Südafrika (sei) für Bonn ein militärtechnisches Übungs- und Erprobungsgelände und rüstungswirt-

schaftliches Produktionsgebiet geworden" (73); Hans-Magnus Enzensberger kommt in einer schlüssigen Überlegung ebenfalls zu dem Ergebnis, alle Indizien sprächen dafür, daß die BRD unter dem Deckmantel der Atomsperrvertrags-Unterschrift in der SAR zusammen mit dieser die Erprobung nuklearer Waffen betreibt, nach deren Besitz es mächtige Gruppen des Militärisch-Industriellen Komplexes und ihren Wortführer und engen Vertrauten F. J. Strauß so sehr gelüstet (74).

In diesem Zusammenhang müssen daher auch die zeitweiligen Bestrebungen der BRD gesehen werden, sich von der Abhängigkeit von den USA bei Uranlieferungen zu befreien. So besteht schon ein Lieferabkommen zwischen der südafrikanischen Nuclear Fuels Corp. und der BRD sowie Japan und der Schweiz (75). Überdies beabsichtigte die Frankfurter Urangesellschaft mbH (Gruppen Klöckner und Metallgesellschaft sowie über die Hibernia-Bergwerksgesellschaft der VEBA-Konzern) zusammen mit der britischen Rio Tinto Zinc Corp. große Uranvorkommen in Namibia auszubeuten und dafür Bundesbürgschaften zu erhalten. Den Wünschen der Urangesellschaft entsprachen Wirtschafts- und Forschungsministerium, dem Auswärtigen Amt und dem BMZ dagegen ging es um die Optik. Letztere rieten vorerst ab, das Projekt verschwand aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit – ein Ergebnis der öffentlichen Diskussion um das Cabora-Bassa-Vorhaben. Kaum auszuschließen dürfte freilich sein, daß die beteiligten Interessengruppen lediglich eine bessere Tarnungsmöglichkeit zu suchen bestrebt sind (76).

Die kleine Koalition auf imperialistischem Kurs

Die Südafrikanische Republik stellt eine der bedeutendsten imperialistischen 'Mittelmächte' dar, deren Funktion vor allem in ihrer strategischen Lage zu sehen ist, von welcher aus sie, gestützt auf wirtschaftliche und militärische Kraft, Ordnungsmacht des imperialistischen Weltsystems ist. Rassismus und hysterischer Antikommunismus sowie ein der weitgehend ungebrochenen deutschen imperialistischen Ideologie verwandtes Selbstverständnis machen sie zum geeigneten Bündnispartner des nach dem Krieg vollständig restaurierten westdeutschen Kapitalismus. Spezifische Interessenidentitäten – etwa auf militärischem Gebiet – verstärken diese „heilige" Allianz reaktionärster Gruppen des Monopolkapitals. Die Stellung der sozial-liberalen Koalition zum westdeutschen Imperialismus ist bezüglich der FDP eindeutig, wie die angeführten Zitate und Ereignisse beweisen. Hinsichtlich der SPD freilich ist gleichfalls von jeglichen Illusionen abzusehen, wenngleich Minoritäten innerhalb der Sozialdemokratie durchaus subjektiv wie objektiv als Anti-Imperialisten anzusprechen sind; ein hypothetisches anti-imperialistisches Bewußtsein (das mithin aus gleich welchen Erwägungen auch immer nicht publik werden soll) der sozialdemokratischen Machtelite muß hingegen klar bestritten werden. Ältere wie neuere programmatische Erklärungen und politische Äußerungen stellen ein derartiges Defizit an theoretischem Gehalt dar, daß von den Voraussetzungen für die Entwicklung eines anti-imperialistischen Bewußtseins nicht mehr gesprochen werden kann. Sie müßte überdies in Zweifel gezogen werden, wenn – allen vorgeschützten und zugestandenen Bedingungen zum Trotz – eine sozialdemokratisch geführte Regierung auch nicht annähernd zu im Einzelnen zweifelhaften Stellungnahmen oder Maßnahmen imstande ist wie die britische oder schwedische Regierung im Falle der Embargo-Erfüllung oder der Haltung zum Cabora-Bassa-Projekt. Die SPD hat sich mit allen Konsequenzen zur Stützung des westdeutschen Kapitalexports und damit des westdeutschen Imperialismus, kaschiert durch eine Hegemonialstellung innerhalb eines geeinten Europa, hergegeben. Die objektive Funktion der SPD im Verhältnis zum anti-imperialistischen Kampf ergibt sich mithin notwendig aus der These Lenins, daß „vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus ... die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär sind" (77).

Anmerkungen

40) Jack Woddis, Militärputsche in Afrika, in: Tricontinental Nr. 8/1968, S. 78
41) Helmut Barsnick, Südafrika ignorieren?, in: „links" Nr. 3/1969, S. 15
42) Europa blickt nach Afrika, hrsg. v. Erwin Barth von Wehrenalp, Berlin 1939, S. 303
43) FR v. 28. Mai 1970
44) DER SPIEGEL Nr. 11/1970, S. 139
45) Post, S. 64
46) Schilling/Unger, S. 132
47) FR v. 11. u. 12. November 1970
48) „Spartakus . . .", S. 54
49) FR v. 19. August 1970
50) FR v. 18. November 1970
51) Abdul S. Minty, South Africa's Defence Strategy (hrsg. v. Anti-Apartheid-Movement), London 1970, S. 13
52) FR v. 27. Juli 1970; vgl. hierzu auch: Südafrika in Angola, in: Anti-Imperialistisches Informationsbulletin Nr. 3/1970, S. 13/14
53) DER SPIEGEL Nr. 16/1970, S. 162
54) Minty, S. 12 u. 13
55) a.a.O., S. 10
56) a.a.O., S. 11 u. 12
57) ebda.
58) Werner Schmidt, Südafrika, Bonn 1963, S. 245
59) Schilling/Unger, S. 151
60) ebda.
61) Monatsbericht Nr. 46, S. 5
62) DER SPIEGEL Nr. 27/1970, S. 84
63) Europa blickt . . ., S. 319
64) Minty, S. 1 u. 26
65) a.a.O., S. 3
66) FR v. 28. August 1970
67) Post, S. 51
68) Minty, S. 8
69) ebda.
70) vgl. hierzu: „Spartakus . . .", S. 72; Minty, S. 5; Apartheid . . ., S. 84; Carl Oglesby/Richard Shaull, Amerikanische Ideologie, Frankfurt 1969, S. 128f
71) Minty, S. 8, und: Apartheid . . ., S. 84
72) Sechaba Nr. 5/1970, zitiert nach: „Spartakus . . .", S. 74
73) Apartheid . . ., S. 84
74) vgl. hierzu: Enzensberger, Deutschland, Deutschland unter anderm, Frankfurt 1967
75) Post, S. 6
76) vgl. hierzu: FR v. 3. u. 4. August 1970, und: DER SPIEGEL Nr. 43/1970, S. 34
77) Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in Werke Bd. 21, Berlin/DDR 1968, S. 343

BÜCHER FÜR DAS STUDIUM
GEISTESWISSENSCHAFT

Deutsche Romantheorien
Beiträge zu einer historischen Poetik des Romans in Deutschland. Herausgegeben und eingeleitet von Reinhold Grimm
1968 · 420 Seiten · Leinen · DM 38,– · engl. Broschur · DM 26,–

Deutsche Dramentheorien
Herausgegeben von Reinhold Grimm
etwa 380 Seiten · Leinen · etwa DM 42,– · kart. · etwa DM 32,–

Anglistische Studienreform
Probleme – Pläne – Perspektiven. Herausgegeb. v. Ewald Standop
1970 · 160 Seiten · kartoniert · 8° · DM 8,80
Leo Pollmann

Literaturwissenschaft und Methode
Reihe: Schwerpunkte Romanistik, Band 22 und 23
etwa 160 Seiten · etwa DM 9,80

JURA

Marcus Lutter
Case-book zum Sachenrecht
1970 · etwa 416 Seiten · kartoniert · DM 11,80

Besonderes Verwaltungsrecht
Ein Lehrbuch, herausgegeben von Ingo von Münch. 2. verbesserte Auflage. 1970 · 664 Seiten · Leinen · DM 28,–

Otto Kimminich
Deutsche Verfassungsgeschichte
Lehrbücher des öffentlichen Rechts, Bd. 6, etwa 700 Seiten · Linson DM 38,–

Peter Badura
Exemplarischer Leitfaden der Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsverwaltung
1970 · etwa 120 Seiten · kartoniert · etwa DM 13,80

Athenäum Verlag GmbH
6000 Frankfurt/Main

TRIKONT

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 21
ANTIGEWERKSCHAFTLICHER KAMPF ODER KAMPF IN DEN GEWERKSCHAFTEN?
WIELAND ESCHENHAGEN
Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie / Erfahrungen in Bremen

Spontane Kämpfe und sozialistische Strategie in der gegenwärtigen Phase in der BRD / Opposition und Bürokratie an der Klöckner-Hütte Bremen / Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen und ökonomischer Konflikt / Kluft zwischen Basis und Apparat / Zur Funktion der innerbetrieblichen Vertretungsorgane / Chancen und Grenzen der Gewerkschaftsopposition.
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 170 Seiten, ca. DM 9,00

TRIKONT

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 22
MENSCH UND SOZIALISMUS IN ALBANIEN
GILBERT MURY

Geschichte Albaniens bis zum Befreiungskampf/Ökonomischer Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft/Revolutionierung des Alltagslebens/Proletarische Verwaltungssysteme in den Fabriken/Umgestaltung der Arbeitsorganisation in der Industrie/Die neue Stellung der Frau/Leben in den Landkommunen/Revolutionierung der Kultur/Verhältnis von Partei und Massen.
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 175 Seiten, ca. DM 8,50

Anpassung oder gewerkschaftliche Gegenoffensive?

Zur Reaktion der britischen Linken auf die lohn- und gewerkschaftpolitischen Disziplinierungsversuche der Tory-Regierung

Eva Brumlop

Mit der Verabschiedung eines Sieben-Punkte-Programms hat der Sonderkongreß des britischen Gewerkschaftsverbandes (T.U.C.) seine zukünftige Strategie gegenüber der kurz vor ihrer Verabschiedung stehenden Anti- Streik-Gesetzgebung festgelegt und seine Beschränkung auf einen 'verfassungsmäßigen' Kampf betont. Die entscheidenden Forderungen des militanten Teils der britischen Gewerkschaftsbewegung nach mehrtägigen vom TUC ausgerufenen nationalen Streiks sowie einem totalen Boykott aller geplanten Neuregelungen, unter denen die Verweigerung der Zwangsregistrierung an erster Stelle steht, wurden von der Mehrheit des Kongresses gegen die Stimmen der zwei größten Gewerkschaften (Transport- und Metallarbeitergewerkschaft) abgelehnt. In den vergangenen vier Monaten hatte sich der massive Widerstand der britischen Linken gegen das neue Klassengesetz in zahlreichen inoffiziellen und offiziellen Proteststreiks, Demonstrationen und Kundgebungen artikuliert. Während der TUC seine Aufklärungskampagne nach dem Muster künstlich von Partei und Gewerkschaft kommandierter Massenversammlungen auf zwei Sonntage beschränkte, zeigte sich auf der anderen Seite das lebendige Bild einer aus der ständigen Zuspitzung der Klassenauseinandersetzung entstehenden Streikbewegung. Am 8. Dezember folgten über eine halbe Million Arbeiter dem Streikaufruf des kommunistisch orientierten 'Ausschusses zur Verteidigung der Gewerkschaften'. Am 1. und am 18. März schlossen sich jeweils über 1,5 Millionen Arbeiter dem von der zweitgrößten Gewerkschaft des Landes gefaßten Beschluß zu eintägigen nationalen Streiks an. Diese Entscheidung zur direkten Aktion, die schließlich auch von der Transportarbeitergewerkschaft und einigen kleineren Gewerkschaften (Drucker, Kesselschmiede, Schiffsbau) unterstützt wurde, ist mit einer langfristigen Strategie verknüpft, welche die Funktionsfähigkeit der Gesetzgebung nach ihrem In-Kraft-Treten untergraben soll. Der ständig wachsende Druck betrieblicher Abwehrreaktionen und der Einfluß prominenter Sprecher der offiziellen britischen Linken Gewerkschaftsführer (Jack Jones und Hugh Scanlon) hat zwar die 'Verfassungstreue' des TUC nicht erschüttern können, jedoch eine Intensivierung des gewerkschaftlichen Kampfes in den eigenen Reihen bewirkt.

Wird der legalistische Vorstoß einer Disziplinierung der Arbeiterklasse auch als verspäteter Anpassungsversuch des englischen Monopolkapitals formal verwirklicht, so hängt seine reale Wirksamkeit doch von der Kampfbereitschaft der Basis ab. Die Defensivhaltung der Gewerkschaftsführung, deren Politik seit über 20 Jahren 'gesamtwirtschaftlichen Zielen' verpflichtet ist, die in der Labour-Party immer noch den parlamentarischen Sachwalter ihrer trade-unionistischen Interessen zu erkennen glaubt, enthält sicher keine Ansätze zu einer Gegenoffensive. Die Labour-Party, einst als parlamentarisches Organ trade-unionistischer Interessen aus dem Schoß der englischen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, hat sich in der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Gewerkschaften besonders besorgt gezeigt, sie könne ihr öffentliches Image verderben, wenn sie sich zu eng mit den gewerkschaftlichen Interessen identifiziert. Als Sachverwalter des 'nationalen Interesses' (ein von ihr ständig wiederholter Vorwurf lautet, die Tory-Regierung spalte die 'Nation') hatte ihre auf eine Entschärfung der Klassenauseinandersetzung zielende Politik sie bereits 1969 zu dem gewerkschaftlichen Disziplinierungsversuch vorstoßen lassen, der nun von den Tories vollendet wird. Als Oppositionspartei gezwungen, die Rolle des Gemeinwohlapologeten mit der des Interessenvertreters der Lohnabhängigen zu vertauschen, findet sich Barbara Castle in der schizophrenen Situation, die von ihr konzipierte Gesetzgebung zu attackieren. Ihre von einem technokratisch beschränkten Selbstverständnis ausgehende Kritik, die längst die „entideologisierte Sachdebatte" an die Stelle der Klassenauseinandersetzung gestellt hat, richtet sich deshalb auch nicht gegen den politischen Inhalt der Gesetzgebung, sondern stellt seine 'Praktikabilität' in Frage. Eben dieser politische Standort einer Labour-Party, die als Regierungspartei eine zusätzliche Disziplinierungsfunktion für die Gewerkschaftsopposition erfüllte, stellt die Linke vor die Notwendigkeit der politischen Gegenoffensive.

Trotz der sich vermehrenden und mit wachsender Massenbeteiligung ausgetragenen einzelnen Lohnkämpfe, die vor dem Hintergrund wachsender Reproduktionsprobleme des britischen Neo-Kapitalismus (ständige Wachstumsverlangsamung, höchste Arbeitslosenquote seit dem Krieg, die im März 3,3 % in England, 5,7 % in Schottland und 10 % in Irland erreicht hat, etc.) und trotz zunehmender Arbeitslosigkeit stattfinden, kann von einer Überwindung partikularistischer Kämpfe noch kaum gesprochen werden. Trotz des lebendigen Bildes ständiger gewerkschaftlicher Kämpfe sind für diese noch weitgehend das ökonomische Moment und die gewerkschaftliche Zersplitterung charakteristisch. Der Versuch der Regierung, inflationäre Tendenzen durch die Senkung der Reallöhne zu bekämpfen, hat bisher im öffentlichen Sektor im Falle der Elektrizitätsarbeiter und der Postler zu harten Auseinandersetzungen geführt, die aber auf Grund ihrer Isolation in beiden Fällen mit einer Niederlage der Lohnabhängigen endeten. Mit dem bereits mehr als acht Wochen alten Ford-Streik hat die lohnpolitische Auseinandersetzung zwischen der Tory - Regierung und den Gewerkschaften im privaten Sektor ihren Höhepunkt erreicht. Gewerkschafts- und lohnpolitische Disziplinierung ist vom Fordmanagement mit einmaliger Härte vorangetrieben worden, lange bevor sie zur offiziellen Regierungspolitik erklärt wurde. Ford repräsentiert heute das profitabelste und produktivste Unternehmen in der englischen Autoindustrie, zahlt aber die niedrigsten Grundlöhne. Exemplarisch für diesen Streik scheint jedoch die Trennung von ökonomischem und politischem Kampf. Der Ford-Streik wie die Mehrzahl aller lohnpolitischen Kämpfe erscheint im Bewußtsein der Beteiligten vom Kampf gegen die Anti-Streik-Gesetzgebung abgetrennt, sein politischer Inhalt wird nicht reflektiert, noch zielt die Agitation der shop-stewards oder Gewerkschaftsführer darauf hin.

Die Überwindung des für die englische Gewerkschaftsbewegung charakteristischen trade-unionistischen Gewerkschaftsbegriffes, nach dem sich die gewerkschaftliche Funktion in systemimmanenten ökonomischen Forderungen erschöpft, erfordert unter Bedingungen wachsender Verschmelzung politischer und ökonomischer Macht, Strukturveränderungen der Arbeiterklasse im Zuge des technischen Fortschritts, der Entpolitisierung des Klassenbewußtseins und dem Scheitern des Reformismus eine neue Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung. Mit der Aktualisierung der kapitalistischen Widersprüche stellt sich auch für die englische Gewerkschaftsbewegung die Frage nach ihrer Rolle im organisierten Kapitalismus, ihrem Kampf um gewerkschaftliche Autonomie und Gegenstrategie.

Rote oder rechte Schulreform?

Herbert Stubenrauch

Gesamtschulen im Systemzwang

War noch bis 1966 die Einrichtung von integrierten Gesamtschulen von sozialdemokratischen und liberalen Kulturpolitikern und Pädagogen gefordert worden als die schulorganisatorische Einlösung der nicht realisierten Emanzipationsversprechen der bürgerlichen Revolution (gleiches Bildungsrecht für alle, Chancengleichheit, 'Befreiung' des Einzelnen durch Aufhebung der unverschuldeten Unwissenheit), rückten demgegenüber in den letzten Jahren die funktional-technokratischen Argumente immer mehr in den Vordergrund: die Gesamtschule sollte ein höheres 'out-put' an mobilen Nachwuchskräften für die leistungsbestimmte Industriegesellschaft produzieren, sie sollte Bildungsreserven aufschließen und anachronistische sowie unrentable Formen der schulischen Qualifizierung überwinden durch größere Effizienz im Nutzungsgrad der Räume und im Verwertungskoeffizienten spezialisierter Lehrkräfte.

Die Gesamtschule wurde verkauft als das billigere, effektivere und gerechtere Schulsystem, sie wurde damit auch jenen schmackhaft gemacht, die ihr als möglichem Instrument kritischer Aufklärung und allseitiger Entwicklung der schöpferischen Fähigkeiten nachhaltig mißtrauten, so z. B. den Industrie- und Handelskammern. Wer nicht wollte, daß die BRD im internationalen Konkurrenzkampf des Kapitals zurückfiel, so hieß es, der müsse auch die Gesamtschule bejahen. Fast unmerklich, aber umso bestimmter, hatte sich die als eine rote beargwöhnte Schulreform zu einer rechten und funktionellen gewandelt. (1)

Mittlerweile ist die Alternative 'rote' oder 'rechte' Schulreform nicht mehr trennscharf. Die Entwicklung der großen Gesamtschulen (in Berlin, in Hessen und Nordrhein-Westfalen) hat sich so im Netz des Systemzwangs dieser kapitalistischen Gesellschaft verstrickt, daß die 'roten' Inhalte – Fördern statt Auslesen, kritisches, politisches Denken, antikapitalistische Momente – nur noch subversiv realisierbar sind, und daß die 'rechten', funktionalistischen Ansätze am System selbst, dem sie ideologisch entspringen, zu scheitern drohen. Es stellt sich nämlich heraus, daß das System BRD – auf Bundesebene und in den Ländern mit Gesamtschulen von Sozialdemokraten und Liberalen verwaltet – noch nicht einmal in der Lage ist, die eklatantesten Widersprüche im Bildungssektor zu beseitigen: selbst die funktional notwendigen Maßnahmen kann die Anarchie des Kapitals mithilfe ihrer sozialdemokratisch- liberalen Vollstreckungsbeamten nicht bewerkstelligen, – der Widerspruch zwischen den von einzelnen Kapitalfraktionen als objektiv notwendig erkannten höheren Investitionen im Ausbildungsbereich, (die Gesamtschulen erst 'funktionsfähig' machen würden) und der Tatsache, daß die Gesamtschulen gezwungen sind, mit den 'alten' Mitteln ohne wesentlich mehr 'input' ein höheres 'out-put' zu erzielen, verschärft sich zusehends. (2) Aus diesen Widersprüchen des Systemzwangs resultieren zur Zeit zwei Tendenzen:

– Gesamtschulen werden unter der Parole einer 'rolling reform' als bloßes Nebeneinander der alten Schulformen errichtet (Additive Gesamtschulen) Damit können Landräte und Kulturdezernenten den Blumentopf 'progressive und moderne Schulpolitik' gewinnen, ohne das bestehende Bildungssystem auch nur anzukratzen. (In Hessen sollen im Laufe der nächsten 5 Jahre 400 derartiger 'Gesamtschulen' entstehen).

– Die Gesamtschulen, die nicht bereit sind, von vornherein den Anspruch auf inhaltlich-qualitative Änderung der pädagogischen und organisatorischen Konzeption preiszugeben, geraten so vehement unter den Druck personeller, materieller und organisatorischer Notstände, daß um den Preis des Aufrechterhaltens äußerer Funktionsfähigkeit sich der emanzipatorische Anspruch der Schule zu einer bloßen Deklamation verflüchtigt.

Die Personalversammlung der größten Gesamtschule in der BRD – der Ernst-Reuter-Schule, Gesamtschule in der Nordweststadt, Frankfurt – hat dieser zweiten Tendenz ihre immanenten Begriffe entwunden und ein 'Memorandum zur Lage der Schule' erarbeitet, das erstmals im 'Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes' (SLB) im März 1971 der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. (3)

Die Personalverwaltung der Ernst-Reuter-Schule (ERS) stellt in diesem repräsentativen Dokument dem theoretischen Anspruch der Gesamtschulkonzeption die Schulwirklichkeit der Gesamtschule auf drei Ebenen gegenüber: Schüler, Lehrer, Eltern.

Zwar verwahrt sich die Personalversammlung zu Anfang mit Recht „gegen eine eventuelle Benutzung dieses Memorandums durch reaktionäre Gruppen. Aus dem Memorandum kann nicht ein Argument gegen integrierte Gesamtschulen, sondern nur gegen ihre bisherige unzureichende Verwirklichung abgeleitet werden" (S. 34). Das heißt im Klartext: Das Memorandum spricht nicht gegen die notwendige Schulreform, sondern gegen eine Gesellschaftsordnung, die diese nicht aufgrund ihrer immanenten Widersprüche zu realisieren vermag.

In dem ausführlichen Katalog des Memorandums wird vor allem auf folgende Widersprüche hingewiesen:

– Die Erziehungswissenschaft der Universitäten ist nicht in der Lage, eine Analyse der pädagogischen Situation bereitzustellen. (Wissenschaftlich-pädagogische Tradition bürgerlicher Hermeneutik versus 'Forschung' im Vollzug', Unterrichtsforschung in Theorie und Praxis).

– Die curriculare Entwicklung (Entwicklung neuer Lehrpläne und -inhalte) lebt von der Hand in den Mund. Es fehlen institutionelle Absicherungen der Realisation von Innovationsprozessen. Es gibt keine interdisziplinäre, wissenschaftliche, praxisorientierte Forschungsgruppen aus Lehrern, Wissenschaftlern, Lehrerstudenten, Schülern.

– Die Arbeitsplatzbeschreibung eines Gesamtschullehrers hat sich grundsätzlich geändert. Der Lehrer an einer Gesamtschule sollte sein: ein Organisator von Lernprozessen (Lehrer), ein Entwickler von neuen Unterrichtssequenzen (Wissenschaftler), ein Therapeut (Psychologe), ein Manager (Verarbeiter von organisatorischen und informatorischen Steuerungsprozessen). Nach wie vor ist aber seine Arbeitsplatzvorgabe orientiert am Bild des 'Unterrichtsstundenerteilers' alter Prägung, das am Ausbildungsquantum für das alte Dreiklassenschulsystem gemessen wird.
– An Gesamtschulen gibt es 7 Gruppen von Lehrern: Studienräte, Studienreferendare, Realschullehrer, Hauptschullehrer, Fachlehrer, apl. Haupt- und Realschullehrer, apl. Fachlehrer. Selbst die zweite Phase der Ausbildung ist für diese Lehrergruppen in drei Klassen unterteilt. Die Lehrer mit der höchsten Pflichtstundenzahl an 'Unterrichtserteilung' erhalten nach wie vor die schlechteste Ausbildung und niedrigsten Lohn.

– Es gibt noch keine Ausbildung für Gesamtschul-stufen-lehrer. Der Lehrer an Gesamtschulen muß zur Selbstqualifikation gleichzeitig ein unbezahltes und nebenamtliches Zusatzstudium absolvieren. Da dies nicht institutionalisiert ist, entziehen sich naturgemäß die meisten Lehrer dieser Aufgabe, entsprechend sinkt das Qualifikationsniveau.

– Es herrscht permanenter Lehrermangel. Die Ausbildungs- und Rekrutierungsbedingungen für zukünftige Lehrer sind so desolat, daß auch in absehbarer Zeit keine Behebung der Misere abzusehen ist.

– Das Postulat der Förderung eines jeden Einzelnen gemäß seiner spezifischen Interessenlage – auf Schüler bezogen – kann an der Gesamtschule aufgrund der ungenügenden Stellenzuweisung an Lehrkräften gar nicht oder nur symbolisch erfüllt werden.

– Die Fachleistungskurse in Englisch, Mathematik und Deutsch erweisen sich aufgrund ihrer nicht vorhandenen didaktischen Differenzierung mehr als Selektions- denn als Förderungsinstrumente.
– Eine wirksame polytechnische Bildung für alle Schüler – ebenso als erweitertes Äquivalent zur 2. Fremdsprache – kann wegen technischer, personeller und finanzieller Schwierigkeiten nicht vermittelt werden.

– Durch das Festhalten am Organisationssystem der Jahrgangsklassen wird ein ungleichzeitiges Fortschreiten des Lernprozesses in verschiedenen Fächern verunmöglicht.

– Für 2400 Schüler steht nur ein Schulpsychologe bereit; lerntherapeutische Hilfen können nur sehr begrenzt zur Verfügung gestellt werden. (Tendenzielle Reduktion des 'Schulpsychologischen Dienstes' zu einer 'Reparaturwerkstatt' im Dienste des 'TÜV'.)

– Das Organisationssystem Schule arbeitet nach wie vor mit vorindustriellen Techniken: keine Informatik, keine Datenverarbeitungsanlage, sachfremder Einsatz hochspezialisierter Fachleute (Mangel an pädagogisch-technischen Assistenten), mangelnde inner'betriebliche' Rationalisierung; (Ein Industriebetrieb, der so wie die Schule 'produzieren' würde, wäre schon lange bankrott.)

– Die Schule baut zum Teil erst die Lernbarrieren auf, die sie abzubauen vorgibt. (Starres Stundenplanschema, Orientierung an Mittelschichtstandards, ausschließlich fremdbestimmter Lernstoff, Leistungs- statt Motivationsförderung, unzureichende Ausstattung an Medien und Hilfsmitteln bis hin zu fehlenden Gruppenarbeitsräumen, Büchern und Filmgeräten).

– Der gravierendste Widerspruch der Ernst-Reuter-Schule zeigt sich in der Raumsituation: die Schule war für 1800 geplant, zur Zeit besuchen 2400 Schüler die Schule (6 Klassen sind dabei ausgelagert). Diese Raumnot hat sich mittlerweile herumgesprochen. Die mittelständisch-, erfolgs- und leistungsorientierten Eltern schicken nach der Grundschule ihr Kind gar nicht erst auf die Gesamtschule, sondern gleich auf ein 'richtiges Gymnasium'. Es bleiben die tendenziellen Hauptschüler. Aber selbst wenn man davon ausgeht, daß nur 50 % der Schüler der umliegenden Grundschulen nach dem 4. Schuljahr auf die Gesamtschule kommen – eine Tendenz, die sich seit 1970/71 deutlich abzeichnet – reicht die vorhandene und geplante Raumkapazität der Ernst-Reuter-Schule gar nicht aus, um diese Schüler vernünftig zu unterrichten. Damit hat sich, so deutlich wie nirgend sonst, die in den Widersprüchen des bestehenden Systems gefangene SPD-Kultur- und Schulpolitik selbst das Bein gestellt: über den Umweg der Schulraumplanung (oder ihres Nichtstattfindens) funktioniert sie unter der Hand die Gesamtschule um in eine 'Pflichtschule für Hauptschüler', und selbst für den verbleibenden 'Rest' kann sie das nicht einlösen, was sie einst versprach: optimale Förderung, Chancengleichheit, qualitativ neuen Unterricht.

Der Alternative: 'Gesamtschule = Pflichtschule für alle' kann der sozialdemokratisch gebändigte Reformwille nicht das Wort reden, da sie ohne Sprengung des vom System vorgeschriebenen Kostenrahmens weder personell, räumlich noch inhaltlich zu realisieren ist, ohne vom kurzfristigen Profitinteresse der Kapitaleigner unterbrochen zu werden.

Dieses Dilemma spiegelt lediglich ein noch tiefer liegendes: Gerade die Konzeption der Frankfurter Gesamtschule in der Nordweststadt war eingebettet in ein allgemeines politisches Reformprogramm, das sich auch im Städtebaukonzept dieser 'Trabantenstadt aus der Retorte' niederschlug: die Nordweststadt sollte eine Art Schmelztiegel der Nation werden, sie war nach dem Prinzip der sozialen Mischung gebaut – Bungalows für die Reichen, Ein- und Zweifamilienhäuser für die sozialdemokratischen Getreuen aus Stadtverwaltung und Behörden (einschließlich der 'Alibi-Bewohner'), Wohnsilos für die Arbeiter und die aus Obdachlosenquartieren Umgesiedelten. Das Kultur- und Geschäftszentrum in der Mitte sollte der sozialen Integration und Interaktion dienen. (Gut, warum nicht? Auch an der Frankfurter Hauptwache treffen sich Lohnabhängiger, Privilegierter und Kapitalist beim Einkauf fast gleicher Waren und beim Konsum fast gleicher 'Bildungs- und Unterhaltungsgüter'.) Diesem Programm entsprach die Gesamtschule in der Nordweststadt als schulpolitisches Konzept für die Jugend: soziale Integration war die Parole, 'seid nett zueinander' wurde zum schulpolitischen kategorischen Imperativ, mit dem der Ruf nach wirksamen und konsequenten Veränderungen der schulischen Bedingungen übertönt werden konnte. Mittlerweile ist klar geworden, daß mit derartigen frommen Wünschen städtebaulicher und schulpolitischer Provenienz die Realität der gesellschaftlichen Grundwidersprüche nicht überwunden werden kann. Die klassenlose Gesellschaft ist weder durch architektonische Maßnahmen noch durch die Deklamation einer integrierten Gesamtschule herbeizuführen. Beide können ebensogut dem besseren Legitimationseinverständnis mit der bestehenden Ausbeutungsgesellschaft dienen, indem sie Widersprüche verschleiern und betrogene Interessen mit dem Linsengericht leerer Versprechungen abspeisen.

Sozialdemokratischer Städte- und Schulbau mögen wohl flankierende Maßnahmen zur grundsätzlichen Veränderung sein, sie müssen aber dann ihre Relevanz genau an der Stelle erweisen, an der sie mit dem Systemzwang der Klassengesellschaft kollidieren. Da und nur da erweist sich der Ernst einer intendierten 'roten Schulreform', wo er auf die Grenze stößt, die die herrschende Klasse setzt. Daß diese eine 'rechte Schulreform' will, ist klar. Wie aber die sozialdemokratische Gesamtschule das Element der 'Revolutionspädagogik', aus dem sie einst ihren Elan nahm, im Systemzwang zu realisieren vermag, wird von Jahr zu Jahr unklarer.

Die Autoren des 'Memorandums der Ernst-Reuter-Schule' haben die Versprechungen der Reformer (Hessen '80') beim Wort genommen. Sie 'singen diesen versteinerten Verhältnissen ihre eigene Melodie vor' (nach Marx) – wobei ungewiß bleibt, ob sie diese auch damit schon zum Tanzen gebracht haben. Allerdings haben sie klar erkannt: „Der Widerspruch zwischen bildungstheoretischem Anspruch der SPD-Kulturpolitik und den zu ihrer Verwirklichung gegebenen gesellschaftlichen, personellen, inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen ist nicht mehr länger vom Kollegium der Ernst-Reuter-Schule auszuhalten. Der vorliegende Bericht zeigt, daß der Versuchsauftrag und die zu seiner Realisierung gegebenen Bedingungen weit auseinanderklaffen." (S. 34).

Es wäre sicher falsch, das Memorandum der Ernst-Reuter-Schule in die Ecke syndikalistischer Arbeitsplatzverbesserungsforderungen abzuschieben. Politisch-revolutionäre Tätigkeit im Erziehungssektor – und das ist das unausgesprochene Postulat im Hintergrund – hat sich noch nie im Anspruch auf Lohnerhöhungen für Lehrer erschöpft. (Eine Erschöpfung, an der große Teile der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu erstikken drohen). So wie man schlecht erwarten kann, daß die Gefängnisdirektion Metallsägen in die Zellen liefert, wird man auch nicht verlangen können, daß das Kapital die Mittel zu seiner bewußtseinsmäßigen und realen Abschaffung in den Schulen bereitstellt. Wirklich politisch-emanzipatorischer Unterricht kann in der gegenwärtigen Gesellschaft nur Gegenunterricht sein. Aber man wird und muß von den sozialdemokratischen Genossen, die zur Zeit objektiv als Exekutive der Kapitalinteressen in der BRD fungieren, verlangen, daß sie ihre Maßnahmen zur Gesamtschulreform konsequent und loyal am Interesse der Masse der Benachteiligten und Förderungsbedürftigen festmachen und dieses Interesse auch und gerade dann realisieren, wenn sie, wie nicht anders zu erwarten, mit dem an die Produktion von falschem Bewußtsein und die Auslese von willfährigen Handlangern des Kapitals gekoppeltem Systemzwang kollidieren.

Ministerialdirigent Dr. Rommel aus dem Wissenschaftsministerium in Bonn (ehemaliger Schulleiter der Ernst-Reuter-Schule) und Staatssekretär Moos im Hessischen Kultusministerium (ehemaliger Schulleiter der Ernst-Reuter-Schule), Jürgen Girgensohn, Kultusminister in Nordrhein-Westfalen (ehemaliger Realschullehrer), Wissenschaftsminister Johannes Rau (NRW) – (ehemaliger entschiedener Schulreformer der 60er Jahre und Vorsitzender des Bildungspolitischen Ausschusses der SPD) und Prof. Dr. Peter von Oertzen (ehemaliger SDS-Genosse und jetziger Kultusminister von Niedersachsen): sie alle wissen genau, wie die Lage an der 'Front' der Schulreform ist. Wissen sie auch, daß die Selbstrechtfertigung 'progressiver Absicherung der Reformen von Oben' nur solange glaubwürdig ist, wie sie sich an den Widersprüchen der Realität einer 'Schulreform in der Klassengesellschaft' mit der sozialistischen Elle messen läßt?

Anmerkungen

1. Vergleiche zur Funktionsbestimmung einer Schulreform in der Klassengesellschaft die bisher erschienenen vorläufigen Analysen:

Johannes Beck, Manfred Clemenz, Franz Heinisch, Ernst Jouhy, Werner Markert, Hermann Müller, Alfred Pressel: Erziehung in der Klassengesellschaft – Einführung in die Soziologie der Erziehung, München, 1970. (List-Taschenbuch: Zu beziehen über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach, Postfach 591)

Gernot Koneffke: Integration und Subversion – zur Funktion des Bildungswesens in der spätkapitalistischen Gesellschaft, in: Das Argument, 54, Dez. 1969.

Heinz-Joachim Heydorn: Ungleichheit für alle, in: Das Argument, 54, Dez. 1969.
Gamm, Hans-Joachim: Kritische Schule, München 1970.

Stubenrauch, Herbert: Zur Kritik der Gesamtschule, in: Schulreport, (hrsgg. von Dieter Dehm), Frankfurt 1971 (2. Aufl.)

Erziehung und Klassenkampf, Nr. 1, 1971 Frankfurt, Verlag 'Roter Stern'.

2. Der ehemalige Berliner Schulsenator Evers hat diesen Widerspruch deutlich erkannt. Er trat deshalb 1970 von seinem Posten aus Protest zurück. Inzwischen hat er seine Gründe in einem Buch dargelegt: Carl-Heinz Evers, Hans-Günter Rolff, Hans Norbert Burkert, Dieter Kreft: Versäumen unsere Schulen die Zukunft? Düsseldorf, Wien, 1971.

3. Dokumentation zur Situation der Schulreform (Memorandum der Personalversammlung in der Ernst-Reuter-Schule, Gesamtschule in der Nordweststadt, Frankfurt am Main), in: Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes, Ausgabe Nr. 5, Offenbach, März 1971 S. 34–43. (Bezug: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach, Postfach 591).

modelle

Arbeit an der Basis: Selbstdarstellung der AG Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK)

Die AG SPAK ist ein Zusammenschluß von 67 Basisorganisationen; der größte Teil arbeitet in sogenannten Obdachlosensiedlungen mit deklassiertem Proletariat zusammen, der kleinere Teil mit psychisch Kranken, Strafgefangenen, Gastarbeitern, Heimjugendlichen. Daneben gibt es noch Einzelprojekte wie Altenhilfe. Die AG SPAK wurde 1963 als Caritas-Studentenverband gegründet, Arbeitsgebiet war die caritative Arbeit in Waisenhäusern und Altenheimen. Erste Politisierungstendenzen machten sich 1968 bemerkbar. Nicht in Frage gestellt war damals die enge Zusammenarbeit mit der Staatsbürokratie, die auch folgerichtig SPAK-Mitglieder als billige Sozialarbeiter verstand und zur Verschleierung fehlender Planstellen benutzen konnte. Die Politisierungstendenz setzte sich aber fort und gewann die Perspektive des „Kampfes um die partielle Aktualisierung einer neuen Gesellschaft". Die Tagung vom November 70 in Rothenfels leitete eine neue Phase der Arbeit ein: die AG SPAK wurde durch Institutionalisierung überregionaler Gremien ein reaktionsfähiger Verband. Dies war gleichzeitig der Ausdruck einer zunehmenden Einsicht in die Notwendigkeit koordinierten Vorgehens. Zugleich begann eine gewisse Fraktionierung des Gesamtverbandes, die in stundenlangen Debatten und Kampfabstimmungen über die Einrichtung des Bundessprechers vorwärtsgetrieben wurde. Die AG SPAK befindet sich z. Z. in einer Übergangsphase von einer unverbindlichen Gesprächsrunde zu einem politischen Gesamtverband. Das Problem besteht darin, daß die Existenz von Gruppen mit unterschiedlichem Politisierungsniveau eine koordinierte Arbeit und Fortentwicklung erschwert.

Wir mußten dabei feststellen, daß die Behandlung dieses Themas noch verfrüht war für die AG SPAK und vielmehr die grundlegende Frage der Arbeit mit Randgruppen im Vordergrund steht, die wir mit der Diskussion um den RPK-Randgruppenstrategie-Artikel (RPK Nr. 54) angingen.

Darüberhinaus stand vor allem die Frage nach den möglichen Funktionen des gesamten SPAK wie der lokalen SPAKs im Mittelpunkt des Interesses: Der SPAK politisiert seine studentischen Mitglieder durch die sinnliche Konfrontation mit den Auswirkungen der Nebenwidersprüche und ihre Bedingtheit durch den Hauptwiderspruch; was direkt an der Hochschule in dieser Form nicht zu leisten ist. Dies hat folgende Auswirkungen:

a) auf die Intelligenz: durch Rückwirkung der politisierten Studenten auf den Wissenschaftsbetrieb der Hochschulen: kurzfristig durch Arbeit in Basisgruppen und Gremien, langfristig durch Konzipierung revolutionärer Berufspraxis;

b) auf die Arbeiterklasse: die politisierten Studenten haben die Möglichkeit, sowohl in der Theorie wie in der praktischen Aktion sich auf den Klassenstandpunkt des Proletariats zu stellen; im Bewußtsein der tendenziellen Proletarisierung großer Teile der Intelligenz fällt ihnen die Initiativfunktion bei dem Aufbau revolutionärer Organisationen in der Arbeiterklasse zu.

Der SPAK hat Unterstützungsfunktion für die sozialistische Bewegung, indem er bei Teilen des deklassierten Proletariats den Reproletarisierungsprozeß initiiert, der diesen Teilen die objektive Möglichkeit gibt, ein Klassen-Bewußtsein auszubilden.

Somit besteht ein dialektisches Verhältnis zwischen Innen- und Außenfunktion des SPAK: Durch Politisierung der studentischen Intelligenz wird diese befähigt, sich auf den Klassenstandpunkt des Proletariats zu stellen, wodurch die Funktion nach außen erst gewährleistet ist. Umgekehrt bewirkt die sinnliche Konfrontation mit den Widersprüchen, die sich in den Randgruppen bemerkbar machen, und zwar weniger verschleiert als an der Hochschule, sowie der gemeinsame Kampf um ihre Aufhebung eben diese Politisierung.

Aus dieser Wirkungsweise des SPAK ergibt sich seine Funktion für andere politische Organisationen: Hauptsächlich Unterstützung der Arbeit an der Basis durch Ansprechen von Arbeitern im außerbetrieblichen Lebensbereich. Die Funktion anderer politischer Gruppen für den SPAK liegt darin, daß diejenigen, die den Arbeitern im Betrieb, direkt am Hauptwiderspruch, revolutionäres Bewußtsein vermitteln, erst die Voraussetzung dafür schaffen, daß der SPAK politisch sinnvolle Arbeit leisten kann. Erst durch die Eingliederung in die Gesamtstrategie einer sozialistischen Bewegung kann die Arbeit mit Randgruppen eine Aussicht auf Erfolg haben.

„Privat oder Kasse?"

Süddeutsche Zeitung

Damit verband sich für uns die Frage, welche Relevanz die Randgruppen für eine revolutionäre Strategie überhaupt haben können. Dieses Problem muß weiter diskutiert werden. Doch wie immer man es beantwortet, unbestreitbar wichtig erscheint uns die Aufgabe, das deklassierte Proletariat wie auch das deklassierte Kleinbürgertum soweit in eine sozialistische Strategie einzubeziehen, daß sie nicht wieder zur Mobilgarde der Konterrevolution werden.

Bis heute konnte die Rekrutierung von Kadern aus Teilen des deklassierten Proletariats nicht geleistet werden. Die Mobilisierung der Öffentlichkeit durch Randgruppenarbeit beschränkt sich auf liberale Teile.

Hinsichtlich proletarischer Massen ist eine mobilisierende Wirkung nicht zu erkennen. Dies weist auf die derzeitige Isolierung des deklassierten Proletariats hin. Unser Fazit: Die Verbindung von studentischen und proletarischen Randgruppen schafft noch keine revolutionäre Situation.

Einig sind sich alle Fachbereiche in der Einschätzung des Demonstrationscharakters ihrer Arbeit; d. h. bei Randgruppen wie psychisch Kranken, Alten, Strafgefangenen usw. zeigt sich das Elend des Kapitalismus in sehr anschaulicher Weise. Inwieweit die Gruppen ihr Anliegen, nämlich die Probleme einer Resozialisierungsarbeit zu publizieren, verwirklichen können, ist nach Fachbereichen verschieden. Bei der Arbeit mit psychisch Kranken und Strafgefangenen steht die studentische Arbeit „dank" der katastrophalen Lebensumstände dieser Randgruppen (Gefängnisorganisation, Zustände in den Kliniken, Übergangsklassen für Gastarbeiterkinder) unter einem viel zu starken Handlungszwang. Dieser Handlungszwang hat die fatale Auswirkung, daß die Gruppen ihre Arbeit nicht ausreichend reflektieren; weder die spezifischen Bedingtheiten „ihrer" Randgruppe, noch eine Einschätzung des Stellenwertes ihrer Arbeit aufgrund einer Klassenanalyse.

In der Zukunft wird sich auf politisierterem Niveau entscheiden, ob die AG SPAK ein loser pluralistischer Zusammenschluß von Organisationen verschiedenster Färbung bleiben oder sich zu einem verbindlich und mit Perspektiven arbeitenden Gesamtverband entwickeln wird.

KARIN OSTERSETZER
EVELINE RATZEL

links
Sozialistische Zeitung

12 Ausgaben (Juli 69 – Juni 70), gebunden DM 25,–; sowie Jahrgang 1970 (Ausgaben 7 – 17) gebunden DM 25,–.
Bestellungen an
Verlag 2000 GmbH,
605 Offenbach 4, Postf. 591.

Aktionen Kongresse Seminare

Genossen, die an solchen Veranstaltungen teilnehmen, sollten die Gelegenheit nutzen, um „links" und die Sozialistische Betriebskorrespondenz bekanntzumachen. „links" und die SBK sollten überall dabei sein. Werbeexemplare durch:

Sozialistisches Büro

Garaudy für direkte Demokratie

In einer öffentlichen Debatte mit dem Generalsekretär der PSU, Michel Rocard, in der Pariser Handelsakademie wandte sich Roger Garaudy gegen zwei Illusionen im Kampf für den Sozialismus: die parlamentarische Illusion, „die darin besteht, zu glauben, es genüge, dem bestehenden System eine neue Mehrheit aufzupfropfen, während doch das Parlament gar keine Macht mehr hat"; die „andere Illusion immun zu sein und außer mus komme aus den Gewehrläufen. Auch der Kapitalismus ist nicht mehr mit Vorderladern bewaffnet". Es gehe darum, die wirklichen Entscheidungszentren zu paralysieren, gegen die Repression immum zu sein und außer der eigentlichen Arbeiterklasse auch die Intellektuellen, die Ingenieure, Studenten, Beamte u. a. in den Kampf zu ziehen. „Dazu ist es notwendig, die Basisorganisationen der Parteien, Gewerkschaften und diversen politischen Bewegungen zu beleben, mit dem Ziel, zu einer direkten Demokratie zu gelangen".

Streikrecht in China angekündigt

PEKING: Die neue chinesische Verfassung, die noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll, wird nach den Worten von Ministerpräsident Tschou En-lai das Recht auf freie Meinungsäußerung und „breite Debatten", auf „Massenerhebung" wie in der Kulturrevolution und vor allem auf Streik garantieren. Sie werde ferner die Feststellung enthalten, daß die Volksrepublik China von Mao Tsetung geführt wird, und sie werde das maoistische Gedankengut als „Leitprinzip jeder Arbeit"verankern.

Wissenschaftler fordern Rückzug vom Cabora Bassa

FRANKFURT A. M. Zu der wachsenden Zahl von Gegnern des von der Bundesregierung geförderten Staudammprojekts Cabora Bassa in Mosambik hat sich jetzt auch die Vereinigung deutscher Wissenschaftler gesellt. In einer umfassenden Stellungnahme der Studiengruppe „Probleme der Entwicklungsländer" der Vereinigung, zu deren Vorstands- und Beiratsmitgliedern unter anderem die

Beilagenhinweis

Einer Teilauflage dieser „links"-Ausgabe liegen bei: ein Prospekt Sammlung Luchterhand, Die neue Taschenbuch-Reihe; ein Spendenaufruf des Sozialistischen Büros mit anhängender Zahlkarte.

links

Professoren Dietrich Goldschmidt, Carl Friedrich von Weizsäcker und Ludwig Raiser gehören, wird das deutsche Engagement zugunsten Portugals als „kapitaler Fehler" — gemessen sowohl an den langfristigen Interessen der Bundesrepublik wie an der Notwendigkeit einer internationalen Friedensordnung — bezeichnet.

Der (Ende 1969 begonnene) Bau des Cabora-Bassa-Staudamms sei „längst Anlaß zur Vorbereitung und teilweise gar der Durchführung militärischer Auseinandersetzungen" geworden, heißt es in der Stellungnahme, die in der Aprilausgabe der Zeitschrift „Afrika heute" abgedruckt wird. Portugal habe in seinen afrikanischen Kolonien, bezogen auf seine Gesamtbevölkerung, achtmal mehr Soldaten im Krieg, als die USA eigene Soldaten in Vietnam stationiert hätten. Die Finanzierung dieser Aufrüstung sei nur durch umfangreiche Anleihen ausländischer Kapitalgeber möglich gewesen. Hauptgeldgeber neben den USA sei die Bundesrepublik.

Die Stellungnahme versucht, in vier Punkten nachzuweisen, daß die Erklärung der Bundesregierung, nach der an Portugal gelieferte militärische Ausrüstung nur im NATO-Bereich (also nicht in Afrika) verwendet werden dürfe, eine „reine Schutzbehauptung" sei mit dem Zweck, „die Öffentlichkeit uninformiert zu halten".

Damm und Kraftwerk werden auch nicht, wie vielfach argumentiert wird, zu einer wirklichen Erschließung der Region beitragen, meinen die Wissenschaftler. Die durch das Projekt veränderten Strukturen würden vielmehr ganz auf die Bedürfnisse der weißen Minderheit und der ausländischen Investoren zugeschnitten sein und damit die wirtschaftliche und soziale Deformation zementiert werden.

Volksfront-Gewinne in Japan

TOKIO: Die japanischen Regionalwahlen, die als Vorentscheidung für die Oberhauswahlen im Juni besonderes Gewicht besitzen, haben auf nationaler Ebene die dominierende Stellung der Liberaldemokratischen Regierungspartei (LDP) bestätigt. Die Kommunisten erzielten beachtliche Gewinne. Von den 2556 zu vergebenden Sitzen in den Regionalversammlungen von 44 Präfekturen buchten die Konservativen 1417 für sich, und auch von den in 18 Präfekturen zu wählenden Gouverneuren sind 16 Liberaldemokraten oder konservative Unabhängige.

Schlagzeilen in den Millionen-Zeitungen machten die sensationellen Siege der Gouverneurskandidaten der sozialistisch-kommunistischen Wahl-„Volksfront" in den beiden größten Städten des Landes, in Tokio (8,1 Millionen Wähler) und Osaka (5,28 Millionen).

Das Volksfront-Wahlbündnis nützte auf nationaler Ebene vor allem den Kommunisten. Nachdem sie bereits bei den Unterhauswahlen im Dezember 1969 ihre Sitzzahl von 4 auf 14 erhöhten, konnten sie nun auch in den Regional-Parlamenten ihre Vertretung von bisher 35 auf 105 Sitze verdreifachen.

Die in Richtungskämpfen zerfallene, pekingorientierte Sozialistische Partei (SPJ) rutschte dagegen weiter ab. Bereits bei den Unterhauswahlen 1969 massiv dezimiert (Rückfall von 134 auf 90 Sitze), schrumpfte nun auch in den Regionalparlamenten ihre Sitzzahl von 503 auf 471.

Tory-Regierung brachte Steigerung der Lebenshaltungskosten und der Arbeitslosenzahlen

London: Die Politik der britischen Regierung hat die Gefahr einer echten Krise in Großbritannien heraufbeschworen. Sie ist gekennzeichnet sowohl durch eine rasante Erhöhung der Lebenshaltungskosten, als auch durch ein ständiges Wachstum der Arbeitslosigkeit. Wie das britische Arbeitsministerium mitteilte, sind die Lebenshaltungskosten in Großbritannien in den vergangenen zwölf Monaten um 8,85 Prozent gestiegen.

Zugleich mit der Teuerung bedroht die britische Bevölkerung auch das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit. Nach amtlichen Angaben waren Mitte Februar 721.143 Arbeitnehmer oder 3,1 Prozent erwerbslos. Die Zahl der Arbeitslosen war in einem Monat fast um 31.000 gestiegen. Das ist die höchste Arbeitslosenzahl seit 31 Jahren, das heißt, seit der Zeit der tiefen Weltwirtschaftskrise 1929/30.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Arno Klönne (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Gert Schäfer, P. C. Walther, Edgar Weick ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplare DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,— (einschließlich Porto), einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 610 41; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 1/741269/5 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich ● Druck: Druckhaus Reis KG, Beerfelden.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

☐ Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung

(Bezugspreis für 1971 DM 15,—, einschließlich Porto — einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokonto Nr. 1/741269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt werden. (Alle bereits erschienenen Ausgaben aus 1971 werden nachgeliefert.)

Vor- und Zuname: .....

Postleitzahl und Wohnort: .....

Straße: .....

Datum: ....

Unterschrift